

*Heinz Scholl*

**Der**  
**Der falsche Messias**  
**Messias**

Die authentische Lebensgeschichte  
des Berufssozialisten Willy Brandt

**VZD**



**Heinz Scholl**

# Der falsche Messias

**Die authentische Lebensgeschichte  
des Berufssozialisten Willy Brandt**

**VZD**

Alle Rechte vorbehalten.

© 1976 by Allgemeines Nachrichtenbüro

Verlag für zeitgenössische Dokumentation GmbH, Euskirchen

Druck: W. Gottschalk & Söhne GmbH

## Inhalt

Einleitung . . . . .	7
Selbstdarstellung eines Moralapostels. . . . .	11
Merkwürdige Lebensläufe. . . . .	16
Hineingeboren in den Sozialismus. . . . .	21
Mit 17 Jahren lokaler Parteichef. . . . .	35
Flucht oder Emigration? . . . . .	41
Arbeit im Dienst der Weltrevolution. . . . .	57
Das Blutbad von Barcelona_____	68
Das skandinavische Damaskus-Wunder. . . . .	76
Verdacht nachrichtendienstlicher Arbeit . . . . .	85
Start mit falscher Parteiurkunde. . . . .	97
Karrieren für Männer des Systems. . . . .	102
Interventionen aus Amerika. . . . .	107
Rosas Wort in Willys Ohr. . . . .	116
CIA-Gelder für rote Kassen. . . . .	119
Dokumentation. . . . .	124
Bibliographie. . . . .	143
Personenregister. . . . .	145



## Einleitung

Als Willy Brandt im Frühjahr 1974 unter dramatischem Spektakel den Bonner Kanzlerstuhl räumen mußte, schien dies das ruhmlose Ende einer der erstaunlichsten politischen Karrieren dieses Jahrhunderts in Deutschland zu sein. Wer damals die Ansicht vertreten hätte, ein solchermaßen gedemütigter Mann, der zudem schon im siebten Jahrzehnt seines Lebens stand, könnte weiterhin eine bedeutende Rolle im öffentlichen Leben spielen oder gar noch mehr Einfluß als vorher auf die politische Entwicklung nehmen, wäre wahrscheinlich verlacht worden.

In der Regel ist die Annahme richtig, daß ein unter peinlichen Begleitumständen zurückgetretener Regierungschef keine politische Zukunft mehr hat. Im Fall Brandt war diese Annahme falsch, weil der Anlaß seines Rücktritts fälschlich als der Grund dieses Schrittes angesehen wurde. Wenn die Ursache von Brandts Sturz tatsächlich die Spionageaffäre Guillaume gewesen wäre, hätte er seinen Lebensabend als politischer Frührentner verbringen müssen und wäre heute fast vergessen. Da diese Affäre, wie sich später klar herausstellte, nur der Vorwand, nicht aber das Motiv seiner Entfernung aus dem Palais Schaumburg war, stand der Verwendung Brandts für andere bedeutende politische Aufgaben nichts im Weg. So war es nur folgerichtig, daß der Ex-Kanzler von den wirklichen Machthabern hinter den Kulissen zum Chef der Sozialistischen Internationale, der Nachfolgerin der Internationale von Karl Marx, gemacht wurde und die US-Hochfinanz ihrem alten Vertrauten den Vorsitz einer Kommission antrug, deren Aufgabe darin bestehen soll, den Nord-Süd-Dialog zwischen den rei-

chen und den armen Völkern der Erde zu fördern, das heißt die politischen Führer der sogenannten Entwicklungsländer in das System des Rockefeller-Imperialismus zu integrieren.

Die Übernahme dieser beiden Posten neben der Tätigkeit als Vorsitzender der SPD wirft - auch im Zusammenhang mit der von Brandt bestrittenen Behauptung, er habe Geld von der CIA erhalten - die Frage auf, in wessen Diensten er steht, wessen Interessen er wahrnimmt. Die Antwort hierauf soll nicht vorweggenommen werden. Dennoch muß schon an dieser Stelle vor dem Mißverständnis gewarnt werden, Brandt sei, wie es seine parteipolitischen Gegner in der Bundesrepublik Deutschland behaupten, ein Repräsentant antikapitalistischer Interessen. Diese Einschätzung Brandts entbehrt jeder sachlichen Grundlage. Denn Brandt ist bei wertneutraler Würdigung seiner Persönlichkeit nicht mehr und nicht weniger als eine wichtige Figur in dem vom Kapitalismus bestimmten machtpolitischen System der gegenwärtigen Geschichtsepoche. Diesem System, das auch als das demokratische bezeichnet zu werden pflegt, verdankt er seine Karriere, seine Demütigungen, seine Triumphe.

Als loyaler Diener dieses Systems ist Brandt, wie in diesem Buch eingehend nachgewiesen werden wird, vom kapitalistischen Establishment in langen Jahren systematisch zum „Staatsmann“ zunächst für den speziellen Zweck aufgebaut worden, durch eine neue „deutsche“ Ostpolitik auf dem Rücken der Deutschen den Entspannungsprozeß zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR zu unterstützen. Als Kanzler hat Brandt diese Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs erfüllt und wurde dafür mit dem Friedens-Nobelpreis prämiert. Bei aller Wertschätzung für diese hervorragenden Dienste konnte die internationale Hochfinanz den Versuch zur politischen Bewältigung der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit in



der Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich einem auf diesem Gebiet erwiesenermaßen schwachen und inkompetenten Mann wie Brandt nicht überlassen. Deshalb, nicht wegen Guillaume, mußte Willy Brandt als Hauptdarsteller von der Bonner Bühne abtreten.

Daß sich der Übergang der Kanzlerschaft von Brandt auf Helmut Schmidt unter dem Aspekt einer Spionageaffäre vollzog, ist auf die ausgeklügelte Regie der Drahtzieher hinter den Kulissen zurückzuführen. Sie hatten für den Fall, daß Brandt als Kanzler aus politischen Erwägungen plötzlich aus dem Verkehr gezogen werden mußte, vorgesorgt und raffiniert die Affäre Guillaume als Vorwand zu seinem Sturz programmiert. Schon 1973 waren Maßnahmen getroffen worden, um Brandt in eine Situation hineinzumanövrieren, die es erlaubte, ihn jederzeit aus dem Kanzleramt zu entfernen, wenn dies aus politischen Gründen notwendig werden sollte. Im Frühjahr 1974 war dieser Zeitpunkt da.

Ein Hauptverdienst, den zur Belastung gewordenen Mann gestürzt zu haben, gebührt Herbert Wehner. Die treibende Kraft der SPD zog damit eiskalt die Konsequenzen aus den katastrophalen Vertrauensverlusten, die die SPD bei den regionalen und lokalen Wahlen des Frühjahrs 1974 in der Bundesrepublik Deutschland erlitten hatte. Die hervorragende Rolle, die Wehner beim Sturz seines Genossen spielte, ist von den Gazetten, die der Sozialdemokratie nahestehen, so eingehend gewürdigt worden, daß dabei die wesentlich wichtigere Frage der historischen Mitverantwortung Wehners für den Aufstieg Brandts vom Hinterbänkler zum Verwaltungschef des mächtigsten westeuropäischen Industriestaates unerörtert blieb.

Wenn eine so fragwürdige Persönlichkeit wie Brandt emporkommen und fast fünf Jahre lang die Hauptdarsteller-Rolle auf der politischen Bühne in Bonn spielen konnte, dann war dies vornehmlich Wehners Werk, wobei freilich zu berücksichtigen

ist, daß der ehemalige KPD-Spitzenfunktionär und enge Mitarbeiter des KOMINTERN-Chefs Georgi Dimitroff dabei in voller Übereinstimmung mit der herrschenden Finanzaristokratie in New York City handelte. Vordergründig betrachtet, war er es, der dem deutschen Volk den ersten Bundeskanzler bescherte, dessen Lebensweg bis heute teilweise noch ungeklärt oder sehr umstritten ist, der nicht unter seinem Geburtsnamen, sondern unter einem später angenommenen Decknamen regierte, und der - ein Unikum in der westlichen Welt, wie ausländische Beobachter nicht ohne Spott bemerkten - vorher Staatsbürger eines anderen Landes war. Wehner war es auch, der Brandt in die Rolle eines falschen politischen Messias drängte und ihn für seine Zwecke mißbrauchte, obwohl er seit eh und je davon überzeugt war, daß Brandt eigentlich nichts taugte.

Die eigentliche Entscheidung, Brandt als Kanzler kurzerhand zu opfern, ist nicht in Bonn getroffen, sondern dort nur vollstreckt worden. Der Beschluß dazu dürfte auf einem Treffen der internationalen Bilderberg-Gruppe unter Vorsitz von Prinz Bernhard der Niederlande auf dem Rothschild-Schloß in Megeve (Frankreich) gefallen sein, wie aus Hinweisen konservativer Gegner der Welt-Finanzhierarchie hervorgeht.

Willy Brandt ist weiter ein gutbesoldeter Funktionär des heutigen politischen Herrschaftssystems, das sich bei seiner Machtausübung der demokratischen Idee bedient. Das Urteil darüber, ob und inwieweit Brandt für das deutsche Volk nützlich war und ist, bleibt dem Leser überlassen. Dieses Buch bezweckt lediglich, die verworrene Lebensgeschichte dieses Mannes so zu schildern, wie sie sich auf Grund der vorliegenden Fakten tatsächlich darstellt, um dem Leser die Bildung eines ausgewogenen und objektiven Urteils über Willy Brandt zu ermöglichen.

## Selbstdarstellung eines Moralapostels

Als Willy Brandt die ersten Anläufe unternahm, um für die SPD die politische Macht in der Bundesrepublik zu erobern, rief er zur Wiederherstellung der politischen Moral im deutschen Volk auf. Er forderte „Bescheidenheit, Redlichkeit, Offenheit, Duldsamkeit und Achtung vor der Meinung und dem Wert des anderen“. Klage der damalige Kanzlerkandidat:

*„Nur allzuoft haben Politiker den guten Glauben, das Vertrauen der Menschen betrogen, und nur allzuoft müssen Menschen erkennen, daß moralgefüllte Sätze im Munde mancher Politiker in der Wirklichkeit des Lebens zu einem kümmerlichen Rest von Eigennutz und Selbstinteresse zusammenschrumpfen. Auch kleine Lügen, im täglichen Leben nicht selten, können das Vertrauen aller in die Politik zerstören, besonders, wenn ein Volk wie das unsere vor nicht allzu langer Zeit die große Lüge der Diktatur wie eine Krankheit in sich getragen hat und fast daran gestorben ist.“*

War dieser Mann moralisch legitimiert, sich so arrogant zum Sittenrichter des deutschen Volkes aufzuwerfen? Verfügte er über die persönliche und politische Integrität, die erst die Berechtigung verleiht, als Anwalt der Moral auf die politische Kanzel zu treten? War Willy Brandt selbst ehrlich, redlich, bescheiden, offen und tolerant?

Die Antwort auf diese Fragen wird dem Leser erleichtert nicht nur durch die Widersprüche, in die sich Brandt über den Ablauf seines Lebens verwickelt hat, sondern auch durch die Darstellung Brandts über seinen politischen und ideologischen Standpunkt.

Auf dem Höhepunkt seiner politischen Karriere, anlässlich

der Verleihung des Friedens-Nobelpreises, umriß Willy Brandt seinen politischen und weltanschaulichen Standort mit den bemerkenswerten Worten:

*„Sie wissen, ich bin demokratischer Sozialist. Als solcher schöpfe ich aus den Quellen der christlichen Ethik, des Humanismus, der klassischen Philosophie.“*

Ob sich das Auditorium, das dieser subjektiven Standortbestimmung Beifall zollte, über den Wahrheitsgehalt dieser Äußerung tiefeschürfende Gedanken gemacht hat, ist unwahrscheinlich. Die euphorische Stimmung in der Stockholmer Hauptkirche, in der Alva Myrdal die dreiste Behauptung aufstellte, die Ehrung des Nobel-Komitees für Brandt bringe „die Bewunderung der ganzen Welt zum Ausdruck für deine Anstrengungen, dem Frieden in Europa ein festes Fundament zu errichten“, war dazu sicherlich wenig geeignet.

Die Frage, ob und inwieweit Brandts Selbstverständnis als „demokratischer Sozialist“ den Tatsachen entspricht, läßt sich ohne tieferes Eindringen in seine Persönlichkeitsstruktur nicht beantworten. Seine Äußerung muß deshalb zunächst als eine tendenziöse Aussage bewertet werden.

Der zweite Teil des „Bekenntnisses“ in Stockholm, der leichter auf seine Wahrheit geprüft werden kann, stimmt mit der Wirklichkeit nicht überein. Seine Behauptung, daß er aus den Quellen der christlichen Ethik schöpfe, hält einer kritischen Prüfung nicht stand. Es liegen im Gegenteil erdrückende Beweise dafür vor, daß Brandt sich nicht dem Christentum verpflichtet fühlt und elementare Forderungen der christlichen Ethik mißachtet, wie noch an anderer Stelle ausführlich dargelegt wird.

Die Selbstdarstellung Brandts als „demokratischer Sozialist“, verknüpft mit der Behauptung, daß er sich in seiner Tä-

tigkeit vom Geist des Christentums und des Humanismus leiten lasse, verfolgte den Zweck, sich vor einem internationalen Publikum als gemäßigter Politiker der Mitte auszugeben, als abgeklärter Staatsmann, der aus den heiligsten Quellen der abendländischen Tradition schöpft, um das deutsche Volk und die Menschheit insgesamt glücklicher zu machen und — so ist es in Brandts Rede nachzulesen — die Verheißungen des Neuen Testaments durch politisches Handeln zu vollstrecken:

*„Für uns im Einzugs- und Ausstrahlungsgebiet des Christentums geht es ja nicht nur um den Frieden in der Ewigkeit, sondern durchaus um den Frieden in der Zeit. Er ist das Thema des Neuen Testaments, welches damit einer Sehnsucht des Menschen entspricht. Der Friede auf Erden ist eine Verheißung, auf die man nicht zu warten braucht, sondern der man sich durch Taten zu nähern hat. Sie erfüllt sich nicht ohne unser eigenes Handeln“.*

Brandts Ausflug in theologische Gefilde, der sich nach orthodoxem Glaubensverständnis durch eine Fehlinterpretation der christlichen Botschaft im Sinne des von der römischen Kurie als Häresie verurteilten „Sozialen Evangeliums“ auszeichnet, sollte allem Anschein nach den Eindruck hervorrufen, daß er, Brandt, tatsächlich aus den Quellen der christlichen Ethik schöpfe, daß es eine betont a- oder antichristliche Periode des „demokratischen Sozialisten“ Brandt nie gegeben habe und daß jeder Christ einem solchen Staatsmann und der von ihm geführten Partei getrost sein Vertrauen schenken dürfe. Diese Passage der Brandt-Rede paßt fugenlos in das Konzept zur Gewinnung von christlichen Wählerstimmen, das Wehner vor langen Jahren zum vorrangigen Bestandteil sozialdemokratischer Strategie erklärt hat.

Eine andere Erklärung über seinen Standort, die Brandt ge-

legentlich seiner Reise zur Entgegennahme des Nobelpreises abgab, verdient Interesse:

*„Ich glaube, meine grundlegenden Überzeugungen haben sich nicht geändert.“*

Im Kontext mit seinem Lippenbekenntnis zu Christentum und Humanismus kann diese Aussage nur so verstanden werden, als ob Brandt, dem christliche Begriffe wie „Nächstenliebe“, „Barmherzigkeit“, „Bergpredigt“ und „Mitleid“ gekonnt von den Lippen fließen, sagen wollte, er sei Zeit seines Lebens eigentlich christlicher Politiker gewesen. Auf die Erzeugung dieses Eindrucks verwendet Brandt viel Mühe, achtet aber nicht sorgfältig genug darauf, wie er sich dabei immer stärker in Widersprüche verwickelt. Um sich als besonders vertrauenswürdig gegenüber der antimarxistisch eingestellten Wählerschaft auszuweisen, erweckte er z. B. in einem Interview den Eindruck, er sei nie wirklich Marxist gewesen:

*„Als junger Mann glaubte ich, Marxist zu sein. Aber ich bin nicht sicher, ob ich genug gearbeitet habe, um es zu werden. Schade. Ich hätte es tun sollen. Denn in der Jugend Marxist zu sein, ist eine gute Vorbereitung, um im Alter ein guter Sozialist zu werden.“*

Wohl niemand vermag eine Antwort darauf zu geben, ob Brandt wirklich Marxist war oder nur „glaubte“, Marxist zu sein. Mit Sicherheit läßt sich nur sagen, daß er im marxistischen Geist erzogen worden ist und entsprechend den Lehren von Marx und Lenin lange Jahre hindurch ganz eindeutig kommunistische Ziele verfolgt hat:

*„Als Schüler von Marx und Lenin wissen wir, daß es zum siegreichen Kampf der Arbeiterklasse einer zielbewußten und revolutionären Partei bedarf.“*

Nach diesen beiden Zitaten drängt sich die Vermutung auf, daß Brandt nicht nur glaubte, Marxist zu sein, wie er es heute darstellt, sondern daß er tatsächlich Marxist und Leninist war. Wahrscheinlich wollte er mit seiner Äußerung, daß er nicht genug getan habe, um Marxist zu „werden“, andeuten, daß er als junger Mann zwar wie ein Marxist und Leninist aufgetreten ist, aber nicht an die Heilslehren der kommunistischen Väter glaubte und ganz andere Ziele verfolgte. Vielleicht verbirgt sich hinter dieser Formulierung gar ein verbaler Akt der Reue darüber, kein prinzipientreuer Marxist gewesen zu sein, was ihm aus der sozialistischen Bewegung schon den bitteren Vorwurf des „Arbeiterversäters“, des anarchistischen Sozialfaschisten und des Gestapoagenten eingebracht hat. Unter diesem Aspekt betrachtet, klingt sein Bedauern darüber, vielleicht nicht genug gearbeitet zu haben, um Marxist zu werden, wie ein selbstkritisches Eingeständnis, daß er sich wie ein disziplinloser Extremist betätigt und damit der sozialistischen Sache geschadet habe.

Die zitierten widersprüchlichen Selbstdarstellungen zwingen zur intensiven Erforschung der Frage, wer dieser Mann tatsächlich ist, wie sich sein Leben wirklich abgespielt hat und welche Ziele er verfolgt.

## Merkwürdige Lebensläufe

Zur völligen Offenlegung seines Lebens ist niemand verpflichtet. Auch der Politiker darf für sich das Recht beanspruchen, seinen Lebensweg dem interessierten Publikum so zu unterbreiten, daß sein berechtigtes eigenes Interesse dabei nicht zu kurz kommt. Er muß es freilich hinnehmen, daß seinen Selbstauskünften nicht ohne weiteres Glauben geschenkt wird, daß man seine Angaben streng prüft.

Ob der Versuch, das eigene Leben darzustellen, wie es andere sehen und empfinden sollen, erfolgreich ist, hängt von der Kunstfertigkeit des jeweiligen Autors ab, sich nicht in Widersprüche zu verwickeln. Vor besonderen Schwierigkeiten stehen jene Politiker, die aus einer bestimmten Interessenlage heraus zu verschiedenen Zeiten jeweils andere Lebensläufe verfaßt haben.

Differenzen, die zwischen dem objektiv ermittelbaren Ablauf eines Lebens und seiner subjektiven Selbstbeschreibung sichtbar werden, erlauben Einblicke in den Charakter und Rückschlüsse auf die Glaubwürdigkeit des Autors. Unterschiedliche und widersprüchliche autobiografische Versionen machen deshalb die Beschäftigung mit solchen Persönlichkeiten besonders reizvoll. Willy Brandt gehört zu ihnen.

Im amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages (6. und 7. Legislaturperiode) ließ Brandt einen Lebenslauf von sich veröffentlichen, der aus nur zwölf Druckzeilen bestand:

*„Geboren am 18. Dezember 1913 in Lübeck; verheiratet, vier Kinder. Abitur am Johanneum in Lübeck. Historisches Studium in Oslo. 1933 bis 1937 Journalistische und politische Betätigung in Skandinavien. 1945 bis 1947 Berichterstatter skandinavischer Zeitungen in Deutschland, Pressemitarbeiter der norwegischen Vertretung in Berlin.*



*1958 bis 1962 Vorsitzender der Berliner SPD; seit 1958 Mitglied des Vorstandes, seit 1964 Vorsitzender der SPD. Seit 1950 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, 1955 bis 1957 dessen Präsident. 1957 bis 1966 Regierender Bürgermeister von Berlin. — Mitglied des Bundestages 1. und 2. Wahlperiode. 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969 Stellvertreter des Bundeskanzlers und Bundesminister des Auswärtigen. 21. Oktober 1969 Bundeskanzler. "*

An diesem Lebenslauf fällt auf, daß er das Erfordernis einer knappen Darstellung des Werdeganges erfüllt, aber keineswegs den Verlauf des Lebens exakt beschreibt. Insbesondere fehlen im Hinblick auf die „politische Betätigung“ von 1933 bis 1947 genaue Angaben, zum Beispiel darüber, wann und für wen er in diesen Jahren tätig war.

Der ahnungslose Leser dieses Lebenslaufes kann sich kein auch nur annähernd wirklichkeitsgetreues Bild von Brandt machen. Der Eindruck, der sich dem unbefangenen Leser aufdrängt, ist: Brandt hat nach dem Abitur Geschichte studiert und war anscheinend vornehmlich journalistisch in Skandinavien tätig. Seine Hinweise auf die politische Tätigkeit in der Nachkriegszeit können zu der Annahme verführen, Brandt sei auch in der Zeit vor Kriegsende für die SPD tätig gewesen.

Mit sehr viel Geschick hat Brandt sich durch diesen Lebenslauf der Aufgabe entledigt, die Öffentlichkeit mit dem wirklichen Ablauf seines Lebens vertraut zu machen. Vom Standpunkt der Imagepflege aus betrachtet, ist es ihm gelungen, in äußerst zusammengedrängter Form alle wesentlichen Daten und Ereignisse in seiner persönlichen und politischen Entwicklung zu verschleiern.

In dieser Beziehung war Brandt früher unbeholfener. Ein Lebenslauf, den er ein paar Jahre vorher im Handbuch des Berliner Abgeordnetenhauses (5. Legislaturperiode) veröffent-

lichte — Brandt war zu dieser Zeit schon Außenminister der Großen Koalition —, gab mehr über seinen Werdegang preis. Diese Schilderung weist außerdem einige bemerkenswerte Unterschiede zu dem eingangs erwähnten amtlichen Lebenslauf auf, den er als Kanzler schrieb.

Nach der Erwähnung des Schulbesuches in Lübeck vermerkte Brandt in diesem Lebenslauf: „Journalistische Tätigkeit und Schiffsmaklerlehre in Lübeck.“ Weiter berichtet er, er sei 1933 nach Skandinavien „emigriert“. An der Universität Oslo machte er nach dieser Version „historische und *philosophische* Studien“. Er lokalisiert seine journalistische und politische Tätigkeit von 1933 bis 1945 „in *Norwegen und Schweden*“. Für die Zeit von 1945 bis 1947 erwähnt er, er sei „Pressemitarbeiter der norwegischen *diplomatischen* Vertretung in Berlin“ gewesen.

Gleichlautende Biografien ließ Brandt auch in den Handbüchern des Berliner Abgeordnetenhauses für die 3. und 4. Wahlperiode veröffentlichen.

Das Handbuch für die 2. Legislaturperiode des Berliner Abgeordnetenhauses enthält dagegen eine wiederum von den schon zitierten unterschiedlichen biografischen Versionen abweichende Darstellung.

Nach den Angaben über seine Schulbildung vermerkt Brandt diesmal: „Funktionär der sozialistischen Jugendbewegung. Mitarbeiter am ‚Volksboten‘. Zeitweilig kaufmännische Praxis in einer Schiffsmaklerfirma.“ Von großer Bedeutung ist der Hinweis in dieser Biografie: „1933 *Flucht* nach Skandinavien.“ Außerdem erfährt der Leser, daß Brandt von 1948 bis 1949 „Vertreter des Parteivorstandes der SPD in Berlin“ gewesen sei.

Im Handbuch des Deutschen Bundestages für die 2. Legislaturperiode gab Brandt wieder eine andere Version über sein Leben. Es fehlt darin nach der Erwähnung des Gymnasialstu-

diums der in späteren Lebensläufen enthaltene Hinweis: „Abitur“. Sodann schreibt Brandt: „Arbeit in der sozialistischen Jugendbewegung. 1933 *Emigration* nach Norwegen. Studium der Geschichte, *journalistische* Tätigkeit. 1940 bis 1945 journalistische und politische Betätigung in Schweden.“ Beachtenswert ist, daß Brandt für die Zeit von 1933 bis 1940 seine politische Tätigkeit unterschlägt.

Das Handbuch für die 1. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages enthält noch eine andere Darstellung des Brandt'schen Lebenslaufes, die nach Erwähnung von Geburtsdatum und Geburtsort folgenden Wortlaut hat:

*„Sozialistische Jugendbewegung (leitender Funktionär), 'Volksbote' Lübeck (Mitarbeiter), 1933 Emigration (Norwegen). Studium Geschichte, Journalist, Pressesachbearbeiter (norwegische Volkshilfe), 1940 Stockholm, 1942 bis 1945 Leiter norwegisch-schwedisches Pressebüro (Veröffentlichung mehrerer Schriften zu außenpolitischen und aktuell historischen Themen). 1945 Sonderkorrespondent in Deutschland (skandinavische Zeitungen), Presseattache (norwegische Vertretung Berlin). 1948—1949 Vertreter SPD-Parteivorstand in Berlin (Aufgabe norwegischer Staatsbürgerschaft).“*

Ein Vergleich der verschiedenen Versionen, die Brandt in amtlichen Handbüchern des Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses über seinen Werdegang verbreitet hat, ergibt zahlreiche Widersprüche und Unklarheiten über den tatsächlichen Ablauf seines Lebens. Die autobiografischen Fassungen seit 1949 zeigen, daß Brandt heute anders gesehen werden möchte als zu anderen Zeitpunkten in den letzten 23 Jahren.

Auffällig ist vor allem das im Laufe der Zeit stärker hervortretende Bemühen, eine genaue Beschreibung seiner politischen

Tätigkeit vor 1933 zu vermeiden. Stattdessen legt er das Schwergewicht seiner Selbstdarstellung auf Studien und journalistische Arbeit. Wenden wir uns nun einer genauen Analyse zu.

Zunächst fällt auf, daß Brandt in den Lebensläufen abwechselnd von „Flucht“ und „Emigration“ spricht. Auf den erheblichen Bedeutungsunterschied der beiden Begriffe braucht hier nicht hingewiesen zu werden.

Einer eindeutigen Klarstellung, ob er 1933 aus Deutschland „flüchtete“ oder „emigrierte“, ist Brandt bisher ausgewichen. In seiner letzten Autobiografie übergeht er dieses Thema sehr raffiniert, indem er unvermittelt vom „Abitur am Johanneum in Lübeck“ zum „Historischen Studium in Oslo“ überleitet.

Von Interesse ist sodann vor allem, daß Brandt in einigen Versionen seine politische Tätigkeit nach 1933 unerwähnt läßt und nur von journalistischer Betätigung spricht. Das läßt die Vermutung zu, daß Brandt ein Bekenntnis seines politischen Wirkens in der Emigration zeitweilig nicht opportun erschien.

Seine Tätigkeit von 1933 bis 1945 lokalisiert Brandt auf „Skandinavien“ beziehungsweise „Norwegen und Schweden“. Diese Angabe, die sich auch in der letzten Autobiografie des *Kanzlers* Brandt findet, ist jedoch falsch und irreführend, wie noch eingehend darzulegen sein wird. Tatsächlich übte Brandt seine politische und journalistische Arbeit von 1933 bis 1945 nicht nur in Skandinavien aus.

Die anderen Unebenheiten und Widersprüche in den Lebensläufen, die Brandt veröffentlicht hat, erscheinen von sekundärer Bedeutung. Die früheren Lebensläufe, so unzulänglich sie für eine Meinungsbildung über den Weg Brandts sind, geben in ihrer Gesamtschau aber einen besseren und tieferen Einblick in seinen Werdegang als die sparsamen Angaben im letzten Handbuch des Bundestages; sie vermitteln wenigstens eine gewisse Ahnung von Brandts politischem Standort in seiner

Jugendzeit. Der dichte Schleier über dem Leben Brandts wird jedoch durch diese Beschreibungen nicht gelüftet.

Brandts Memoiren unter dem Titel „Mein Weg nach Berlin“, die Lazar Herman unter dem Pseudonym Leo Lania schrieb, befriedigen nicht das Bedürfnis nach gesicherter Information. Diese tendenziösen Erinnerungen sind eher geeignet, die Erforschung des Persönlichkeitsbildes und des Lebensweges von Brandt zu erschweren und die Leser irrezuführen. Dennoch ist dieses zur Imagepflege Brandts geschriebene Werk im Zusammenhang mit anderen Quellen von gewissem Wert. Auf diese Selbstdarstellung wird daher häufig Bezug genommen werden müssen.

## **Hineingeboren in den Sozialismus**

Auf unkonventionelle, aber keineswegs den Begriffen sozialistischer Moral widersprechende Weise hat das abenteuerliche Leben Willy Brandts begonnen: Im Schoß einer jungen Frau, die sich einem bis heute der Öffentlichkeit unbekanntem Manne hingab und dabei schwanger wurde.

Die Enthüllung dieses Sachverhaltes durch politische Gegner Brandts, die in seiner unehelichen Geburt einen Makel sehen, schlug vor Jahren hohe Wellen. Brandt und seine Partei sprachen von Rufmord. Personen, die dieses und andere wirkliche oder vermeintliche Details aus dem privaten Bereich des damaligen Kanzlerkandidaten der SPD zur Sprache brachten, wurden mit Straf- und Zivilverfahren Überzogen.

Rückblickend erscheint der Versuch, Brandts politische Karriere mit dem Hinweis auf seine uneheliche Abkunft zu stoppen, als ein törichtes Manöver. Das Argument, daß Brandt aus diesem Grunde unwürdig oder ungeeignet sei, Regierungs-

chef eines Volkes zu werden, das sich zu mehr als 90% zum christlichen Glauben bekennt, war unhaltbar.

Willy Brandt kam als Sohn der ledigen 19jährigen Lübecker Konsumverkäuferin Martha Frahm zur Welt. Der Knabe erhielt den Namen Herbert Ernst Karl Frahm und verlebte seine Kindheit und frühe Jugend im Hause seines Großvaters Ludwig Frahm.

Nach der gängigen Lesart wurde Brandt „in Lübeck“ geboren. Im Verlauf einer Kontroverse, die der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Brandt durch die Hansestadt Lübeck vorausging, wurden Zweifel an der Richtigkeit des Geburtsortes geäußert und in Zusammenhang damit auch Spekulationen darüber angestellt, wer Brandts Vater sei.

Der im Lübecker Stadtparlament in Opposition zur SPD-Mehrheit stehenden CDU, die sich davon überzeugen wollte, ob Brandt tatsächlich in Lübeck geboren wurde, ist nach Auskunft der Lübecker Parteiorganisation die Einsichtnahme in das standesamtliche Geburtsregister des Jahres 1913 verweigert worden. Die SPD, so wurde erklärt, Sorge dafür, daß im Standesamt niemand Einblick in das Register nehmen könne.

Der Wunsch der CDU, das Geburtsregister einzusehen, war durch den Brief eines Mannes aus Schönberg (Mecklenburg) ausgelöst worden. In diesem Schreiben, das am 2. Februar 1970 bei der Lübecker Opposition einging, wurde behauptet, Herbert Frahm sei nicht in Lübeck, sondern in Schönberg geboren.

Der Einblick in das Geburtsregister schien der CDU auch deshalb geboten, weil nach ihrer Darstellung Brandt nach dem Kriege bei seiner Wiedereinbürgerung eine „eigentümliche Ersatzurkunde“ anstelle der normalen Geburtsurkunde vorgelegt habe.

Möglicherweise wurde die Einsichtnahme in das Geburtsregister deshalb verweigert, weil in ihm der Name von Brandts

Vater eingetragen sein kann.

Von den Eintragungen im Lübecker Standesamt über die Geburt Willy Brandts hat die Opposition keine Kenntnis. So bleibt weiterhin offen, ob Brandt wirklich in Lübeck geboren wurde. Übrigens scheint auch die SPD nicht genau zu wissen, wo Brandt zur Welt kam. In dem Mitgliedsbuch, das die Partei Brandt im Jahr 1948 ausstellte, fehlt bemerkenswerterweise eine Eintragung in der Spalte, in der der Geburtsort des Mitglieds anzugeben ist.

Martha Frahm, nach Fotos ein attraktives Mädchen, war die Tochter des aus Mecklenburg stammenden Chauffeurs Ludwig Frahm, den das Schicksal in die alte Hansestadt an der Trave verschlagen hatte. Sie scheint im Leben Willy Brandts nicht annähernd die Rolle gespielt zu haben wie ihr Vater, der sich des Enkelsohnes annahm und ihn vor allem politisch und weltanschaulich auf die sozialistische Bahn brachte.

Seinen Großvater bezeichnet Brandt als den „ersten Roten“ in seinem mecklenburgischen Heimatdorf, dessen Name in keiner einzigen Quelle erwähnt wird. Der alte Frahm verehrte allem Anschein nach den Sozialistenführer August Bebel und bekannte sich stolz zur marxistischen Arbeiterbewegung.

Dieser Großvater, der mit seiner Tochter Martha in bescheidenen Verhältnissen lebte, hat nach allen vorliegenden Zeugnissen offensichtlich einen lebensprägenden Einfluß auf den kleinen Herbert genommen. Brandt, so meint Puttkamer, sei hineingeboren worden in eine Welt „am Rande der bürgerlichen Gesellschaft“ und habe aus ihr heraus seinen Weg „auf die Seite der unbedingten sozialen Gerechtigkeit“ gefunden. „Erziehung zum Klassenbewußtsein, die ersten sozialistischen Impulse“ habe er von seinem Großvater erhalten.

Brandt erzählt in seinen Memoiren, daß das Band zwischen ihm und seinem Großvater sehr fest gewesen sei. Über dessen Lebensgrundsätze äußert er:

*„Sozialismus war dem Großvater mehr als ein politisches Programm, es war ihm eine Art Religion. Sie würde alle Menschen zu Brüdern machen, alle Ungleichheit aus der Welt schaffen, sogar das Geld würde verschwinden.“*

Die Frahms zählten Bolesch/Goyke zufolge „zu den armen Leuten“, die offensichtlich über ihr proletarisches Los verbittert gewesen seien. Von Brandts Großvater berichten sie, er sei in seiner Jugend „Knecht auf einem Rittergut in Mecklenburg“ gewesen. Puttkamer bezeichnet ihn als ehemaligen „Landarbeiter“.

Unter Berufung auf Schilderungen seines Großvaters gibt Brandt an, sein Urgroßvater sei noch von dessen mecklenburgischem Gutsherrn körperlich gezüchtigt worden. Bolesch und Goyke gehen über diese Version hinaus und behaupten, Brandts Großvater, sein Erzieher, habe „noch Prügel bezogen wie ein Leibeigener“.

Sämtliche Quellen stimmen darin überein, daß der Großvater ein strammer Linksradikaler war. Bolesch/Goyke meinen aber, daß er erst nach seiner Übersiedlung von Mecklenburg nach Lübeck „klassenbewußter Sozialist“ geworden sei.

Dollinger erwähnt in Anlehnung an Darstellungen Brandts, der Großvater habe seinem Enkel „sozialistische Lieder“ vorgesungen. Zitiert wird an anderer Stelle ein Vers aus einem Kampflied mit atheistischem Charakter, das der alte Frahm seinem Enkel vorgetragen habe: „Es rettet euch kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun.“

Brandts Großvater soll ein guter Erzähler gewesen sein, der seinem Enkelsohn allerdings keine Märchen oder lustige Geschichten vortrug. „Seine Geschichten hatten andere Helden: Karl Marx, August Bebel und Ferdinand Lasalle“, meinen Bolesch/Goyke und berichten, der Alte habe schwärmerisch von einer besseren Zukunft der Arbeiterklasse gespro-



chen. „Er malte sie aus wie eine romantisch-kommunistische Idylle. Sozialismus im Gartenlaubstil.“ Diese Darstellung könnte stimmen. Denn in den Reden Brandts schwingt gelegentlich dieser Sozial-Romantizismus mit.

Geheimnisumwittert und unbeantwortet ist die Frage, wer Brandts Vater war. Häufig wird Brandt von der ihm nahestehenden Presse und in Reden seiner politischen Freunde als „Arbeitersohn“ apostrophiert. Beweise für diese Behauptung gibt es ebensowenig wie für andere Mutmaßungen.

In Lübeck wurde anlässlich der öffentlichen Diskussion über die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Brandt viel darüber geredet und getuschelt, wer sein Vater sei. Nach Angaben der CDU machten SPD-Kreise Flüsterpropaganda damit, Brandt sei „von besserer Herkunft“. In den Erzählungen tauchte vor allem der Name eines bekannten Mannes auf, der etwa gleichaltrig wie Brandts Mutter war und der sozialistischen Bewegung angehörte. In dem schon erwähnten Brief aus Schönberg war dieser Mann namentlich als Vater Brandts genannt worden. Nach einer anderen Lesart, die ebenfalls häufig kolportiert wurde, soll Brandts Vater ein Bauer aus Mecklenburg gewesen sein.

Es ist nicht bekannt, ob Brandt den Namen seines Vaters kennt und ob er ihm jemals begegnet ist. Allgemein herrscht die Auffassung vor, Brandt wisse nicht, wer sein Vater sei. In seinen Memoiren hat er allerdings nur gesagt, er sei seinem Vater nie begegnet.

Die Brandt'sche Version wird von Puttkamer fast wortgetreu übernommen und ist offenbar die offizielle Meinung der SPD. Bolesch/Goyke zitieren dazu eine weitere Äußerung Brandts: „Ich kenne meinen Vater nicht. Ich hatte nie den Wunsch, ihn zu kennen. Ich habe mich nie gefragt, was ich von ihm habe.“

Im Widerspruch zu diesen Aussagen über seinen Vater steht

jedoch eine Bemerkung Brandts in seinen Memoiren. Als seine Mutter den Maurer Kuhlmann heiratete, scheint er den Namen eines Mannes aufgefangen zu haben, der sein Vater gewesen sein soll: „Der Name konnte auf Hamburg hindeuten oder auf den skandinavischen Norden“, erinnert sich Brandt. „Aber das interessierte den Jungen nicht. Oder doch?“

Neuerdings gibt es Indizien dafür, daß Brandt über die Identität seines Vaters informiert und ihm auch begegnet sein könnte. In verschleierte Form ließen die Brandt freundschaftlich verbundenen Wochenzeitschriften „stern“ und „Spiegel“ durchblicken, daß Brandt seinen Vater zwar früher nicht kannte, heute aber wohl kennt.

In dem gleichen Artikel behauptet der „Spiegel“, Brandt sei „Proletariersohn“, ohne dies zu belegen. Das Magazin, das nach eigenem Bekunden jede Tatsachenbehauptung, die es verbreitet, zuvor zu verifizieren pflegt, ist von Brandt hinsichtlich dieser Aussage nicht berichtet worden. Das ist natürlich noch kein Beweis für die Authentizität der „Spiegel“-Aussage, denn es könnte sein, daß ein Interesse daran besteht, die Öffentlichkeit in dem Glauben zu belassen, Brandts Vater sei Proletarier gewesen.

Der Illustrierten „stern“ sind ebenfalls Hinweise zu diesem Thema zu verdanken, ohne daß das Geheimnis um Brandts Vater gelüftet worden wäre. Der „stern“ beschrieb den 20jährigen Brandt als einen jungen Mann, „der nicht einmal des Namens seines Vaters sicher war“, als er Deutschland 1933 verließ. Daraus ergibt sich, daß Brandt schon als 20jähriger eine gewisse Ahnung zu haben schien, wer sein Vater war. Die Formulierung des „stern“ läßt aber auch die Vermutung zu, daß Brandt heute den Namen seines Vaters kennt.

Die Lebenserfahrung gibt übrigens keinen Grund zu der Annahme, daß Brandts Mutter, die vor einigen Jahren starb, ihrem inzwischen prominent gewordenen Sohn das Wissen vor-

enthalten haben sollte, wem — außer ihr — er sein Leben verdankt.

Zuverlässige Informationen über die Kindheitsgeschichte Brandts gibt es nicht. Authentische Quellen dafür, wie er seine Kindheit erlebte und wie die Bedingungen waren, unter denen er aufgezogen wurde, sind nicht vorhanden.

Charakteristisch für die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet ist schon der Mangel an Klarheit darüber, wo Brandt seine Kinderjahre verbrachte. Aus Quellen, die ihm nahestehen, scheint er bis zu seinem 14. Lebensjahr im Haushalt seines Großvaters, anschließend im Haushalt seines Stiefvaters, des SPD-Mitglieds Emil Kuhlmann, gelebt zu haben. Martha Frahm ließ diesen Quellen zufolge ihren Sohn Herbert nach der Heirat mit Kuhlmann im Hause des Großvaters zurück und sah ihn nur ein- bis zweimal wöchentlich. Nach anderen Quellen zog Herbert Frahm unmittelbar nach der Heirat seiner Mutter in das Haus Kuhlmanns. Über das Verhältnis zwischen Brandt und Kuhlmann, insbesondere über dessen etwaigen Einfluß auf den Jungen, ist gar nichts bekannt.

Was Brandt in seinen Memoiren zum Ablauf seiner Kindheit sagt, ist wenig ergiebig und kann nur zu Spekulationen führen, wie es gewesen sein könnte. Seine spärlichen Angaben lassen viele wichtige Fragen offen, deren Beantwortung zur vollständigen Beurteilung dieses Lebensabschnittes erforderlich wäre.

An seine frühe Kindheit scheint Brandt nur noch unklare Erinnerungen zu haben, wenn man von der Charakterisierung des Großvaters als eines in der Wolle gefärbten Sozialisten absieht. Nur schemenhaft erinnert er sich an Vorgänge, die sich in seiner unmittelbaren Umgebung abspielten. Da ist beispielsweise von dem Großvater die Rede, der während des Ersten Weltkrieges als Soldat auf Heimaturlaub in Lübeck war. Es roch in der Wohnung, wie Brandt schreibt, nach Schweiß, Leder und Pulver. Brandt war zu dieser Zeit vielleicht drei oder

vier Jahre alt. Die Erinnerung an den von der Front heimgekehrten Großvater kann somit auf purer Einbildung beruhen. Möglicherweise vermischen sich bei der Rückschau verschiedene Impressionen aus der Kindheit zu einem Zerrbild, an dem vielleicht nur richtig ist, daß Brandt noch heute einen merkwürdigen, nicht genau definierbaren Geruch nachempfindet.

Die einzige sicherlich verlässliche Aussage Brandts über diesen Lebensabschnitt dürfte seine Feststellung sein, er habe keine leichte Kindheit gehabt. Wie es im Alltag der Frahms aussah, beschreibt er nicht ausführlich. Er überließ dies seinen Propagandisten. Seine Zurückhaltung ist begreiflich. Brandt unterscheidet sich darin von vielen anderen Staatsmännern, die sich in ihren Lebenserinnerungen sehr ausführlich über ihre Kindheit geäußert und damit einen wichtigen Schlüssel zum Verständnis ihrer Persönlichkeitsentwicklung geliefert haben.

Wenn man Brandts Darstellung folgt, drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß er in beengten wirtschaftlichen Verhältnissen heranwuchs. Ausgesprochen ärmlich scheint es aber nicht zugegangen zu sein, denn Fotos zeigen Brandt als einen gepflegten, adrett gekleideten Knaben. Die Menschen, denen er anvertraut war, scheinen sich um sein leibliches Wohlergehen redlich gekümmert zu haben. Von seiner Mutter berichtet Brandt, sie habe versucht, ihn zu verwöhnen.

Ob und inwieweit die Familie Frahm vielleicht von dem Vater Brandts Zuwendungen erhielt, ist nicht bekannt. Wenn man Dollinger folgt, muß man dies verneinen: „Er (der Vater) kümmerte sich nicht um sein Kind, und im Hause der Mutter wurde nicht über ihn gesprochen“, behauptet dieser Pro-Brandt-Biograf. Es ist nicht bekannt, ob Brandts Mutter oder sein Großvater mit dem Vater ein Arrangement über Unterhaltszahlungen für den Jungen getroffen hatten oder ob Brandts Vater vielleicht von einem Gericht zur Alimentenzahlung verurteilt wurde.

Sein „Daheim“ beschreibt Brandt als „eine bescheidene Arbeiterwohnung“, die ihm jedoch kein „Heim“ gewesen sei. Bolesch/Goyke sprechen von einer „trübseligen Atmosphäre“ beim Großvater, „aus der er sich wegsehnte“. In der Küche sei es „kärglich zugegangen“.

Großvater Frahm heiratete noch einmal nach dem Ersten Weltkrieg. Für seine Stief-Großmutter konnte der kleine Herbert nach Bolesch/Goyke „nie viel Gefühl aufbringen“. Die „fehlende Nestwärme“ habe der Junge deshalb „außerhalb des Hauses in anderer Gemeinschaft“ — bei sozialistischen Jugendgruppen — gesucht.

Der offenbar hin- und hergeschobene Junge könnte durch Erlebnisse außerhalb des Hauses psychisch geschädigt worden sein. Dollinger berichtet ohne Quellenangabe über Schmähungen und Erniedrigungen, die der Junge auf dem Gymnasium habe erdulden müssen; seine Mitschüler aus „gutbürgerlichen Verhältnissen“ hätten ihn wegen seiner proletarischen Herkunft gehänselt. Brandts Erinnerungen an diese Zeit enthalten keine Feststellungen dieser Art. Er bezeichnet den Eintritt in das Gymnasium als eine wichtige Etappe seines Lebens vor allem deshalb, „weil ich zum erstenmal in eine wenn nicht feindliche, so doch mir fremde Welt geriet“. Ganz so fremd wiederum kann ihm diese Umgebung nicht gewesen sein, weil seiner Schulklasse Kameraden aus der sozialistischen Jugendbewegung angehörten.

Nach Dollinger muß Brandt heftig auf die ungewohnte schulische Umgebung reagiert haben: „Der schon als Knabe oft auf sich allein gestellte Gymnasiast wurde nun noch verschlossener und trotzte seinen Mitschülern und wohl auch den Lehrern, indem er oft in der Uniform der Sozialistischen Arbeiterjugend, in blauer Bluse mit roter Krawatte, in die Schule ging.“ Später hätten die Mitschüler ihre „Aversion“ gegen den „Arbeiterjungen“ mehr und mehr verloren und ihm einen „gewissen Respekt“ bezeigt.

Von noch größerem Interesse als die materiellen Bedingungen, unter denen Brandt groß wurde, ist die Frage, ob außer sozialistischem Ideengut auch andere weltanschauliche oder religiöse Strömungen ihn beeinflusst haben.

Brandt äußert sich nicht über die religiöse Einstellung seiner Mutter. Aus seinen Memoiren geht auch nicht hervor, ob er getauft wurde. Auch etwaige religiöse Verhaltensweisen in seiner unmittelbaren Umgebung werden von ihm nicht erwähnt. Einige Passagen in seinen Erinnerungen legen den Schluß nahe, daß er als Kind und Heranwachsender nicht nachhaltig mit religiösen Fragen konfrontiert war. „Als Knabe war ich nie wachgelegen, um der Frage nach dem Schöpfer nachzugrübeln — ich sagte mir, daß es immer noch eine letzte Frage hinter allen Fragen gibt, und ich war wahrscheinlich zu gesund und robust, um unter der Erkenntnis zu leiden, daß es uns Menschen nicht gegeben ist, die Antwort auf diese letzte Frage zu finden.“

Religiös hat Brandt sich in seiner Jugend nach eigenem Bekunden nicht betätigt; er habe dem „organisierten Religionsbetrieb“ ferngestanden, „Frömmerei“ sei ihm zuwider gewesen. Aus einer weiteren Bemerkung geht hervor, daß sein Großvater ihn dem Einfluß der Kirche entzogen wissen wollte. „Ich hatte während meiner frühen Schulzeit am Kindergottesdienst teilgenommen und war deshalb von Großvater nicht gerade gelobt worden, der sich den militanten Antiklerikalismus aus der Frühzeit der Sozialdemokratie bewahrt hatte.“

Auf dem Gymnasium begann Brandt, sich „sehr für Religionsgeschichte“ zu interessieren, hielt sich aber für einen „Freidenker“. Gleichzeitig bemerkt er, das „Ethos des Christentums“ habe ihn angesprochen. Er will damals gemeint haben, ein wahrer Sozialist sei „ein besserer Christ“: „Sein praktisches Wirken für Toleranz, Gerechtigkeit und Menschenliebe mußte Gott wohlgefälliger sein als Lippenbekenntnisse und Zeremoniell.“

Ob und inwieweit die Schule und die Lehrer einen weltanschaulichen Einfluß auf Brandt ausgeübt haben, ist nicht überliefert. Brandt hat sich darüber nie geäußert. Auch alle anderen Quellen enthalten darüber keine Mitteilung.

Brandts Bildungsgang war zur Zeit seiner ersten Kanzlerkandidatur ebenfalls Gegenstand hitziger Kontroversen, die allem Anschein nach vornehmlich durch verwirrende und mißverständliche Angaben Brandts verschuldet wurden. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Lebensläufe, die Brandt im Handbuch des Bundestages für die 1. und 2. Legislaturperiode veröffentlichte, nicht die Feststellung enthalten, er habe das Abitur abgelegt. Der Verdacht, daß diese Angabe unrichtig sein könne, erhielt weitere Nahrung durch die verschwommenen Darstellungen Brandts über seine kaufmännische Betätigung in der fraglichen Zeitspanne.

Aus Brandts Memoiren geht nicht hervor, wann er das Abitur gemacht hat. Auch die Autobiografien in den amtlichen Handbüchern geben über den Zeitpunkt der Reifeprüfung keine Auskunft. Einem „Rotbuch“ der CSU über Brandt und Wehner zufolge werden von der Schulverwaltung Auskünfte über Brandts Abitur verweigert.

Bolesch/Goyke nennen das Jahr 1932 als Zeitpunkt der Reifeprüfung. Sie berichten gleichzeitig, daß Brandt 1931 ein Volontariat bei einer Schiffsmaklerfirma in Lübeck begonnen habe. Indirekt bestätigt Brandt diese Angabe, ohne daß dabei klar wird, wie ein junger Mann gleichzeitig das Gymnasium besuchen und sich einer ganztägigen kaufmännischen Lehre unterziehen kann.

Wenn die Darstellung richtig ist, daß Brandt 1931 als Lehrling in die Maklerfirma eintrat, dann muß die Angabe Dollingers falsch sein, der im Anschluß an die Beschreibung eines Zerwürfnisses zwischen Brandt und seinem Gönner Julius Leber schrieb: „Um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, ver-

dingte sich der *Abiturient* als Volontär gegen ein Monatseinkommen von 30 Mark in einer Lübecker Schiffsmaklerfirma." 1931 aber kann Brandt nach allen anderen Quellen nicht die Reifeprüfung abgelegt haben. Die Öffentlichkeit kann folglich über diese Frage so lange weiterrätseln, bis Brandt sich einmal dazu bequemt, auch in dieser Frage alle Karten auf den Tisch zu legen. .

Die ausführliche Würdigung der Berichte über Brandts Kindheit und frühe Jugend erschien unerlässlich, weil sie die Frage aufwerfen, ob Brandt in dieser Zeit seelische Dauerschäden erlitten hat. Die entschieden revolutionäre Phase, die er später durchmachte, und sein späteres Verhalten sind möglicherweise auf Kindheitserlebnisse zurückzuführen. Das Heranwachsen in einem Milieu, das als sozial ungerecht empfunden wurde, und die starken Einflüsse aus vulgärmarxistischem Denken, denen er ausgesetzt war, erklären einige markante Züge seines Wesens.

Was die Kindheitsgeschichte Brandts angeht, so ist — wie bei allen Kindheitsgeschichten historischer Figuren — Skepsis hinsichtlich ihrer Authentizität angebracht schon deshalb, weil solche Geschichten durchweg tendenziös und legendär gefärbt sind. Distanz ist im vorliegenden Fall geboten, weil die Kindheitsgeschichte Brandts auf seinen eigenen und — wie sich gezeigt hat — keineswegs immer verlässlichen Darstellungen beruht, Auskünfte von ihm nicht zu erlangen sind und andere Quellen nicht zur Verfügung stehen. Inwieweit die über Brandts subjektive Schilderung hinausgehenden beziehungsweise von seinen Darstellungen abweichenden Versionen anderer Autoren den Tatsachen entsprechen, darüber läßt sich schwer ein Urteil fällen. Auffällig ist, daß die Pro-Brandt-Biografien durchweg auf Belege und Quellenangaben für Tatsachenbehauptungen über die Kindheit des SPD-Vorsitzenden verzichten.



Die Öffentlichkeit muß sich mit dem unbefriedigenden Sachverhalt abfinden, daß Brandt, der als Politiker mit seinen Memoiren in erster Linie politische Ziele verfolgte, der Öffentlichkeit eine Geschichte seiner Kindheit vermittelte, die möglicherweise wichtige Vorgänge unerwähnt läßt. Daher empfiehlt sich eine äußerst zurückhaltende und vorsichtige Bewertung. Der Autor, der sich vergeblich um die Klärung einiger wichtiger Punkte im Leben Brandts bemühte, kann nur von dem ausgehen, was sich ihm als gesicherte Tatsache darstellt.

Die erste wichtige Schlußfolgerung, die sich aus den Schilderungen der Kindheit Brandts mit Sicherheit ziehen läßt, ist, daß der kleine Herbert Frahm unter Bedingungen heranwuchs, die für die seelische Entwicklung eines Kindes denkbar ungünstig waren. Zwischen den Zeilen kann jedermann aus der Darstellung Brandts deutlich spüren, daß er eine ziemlich freudlose Kindheit hinter sich hat und als unehelich Geborener nie in den Genuß eines normalen Familienlebens gekommen ist. Gleichzeitig scheint der Großvater in seiner Rolle als Ersatzvater dem Kind einen abgrundtiefen Haß auf die herrschende Gesellschaftsordnung eingepflegt und ihn zum Kampf für seine Vorstellungswelt angestachelt zu haben. Anstelle von unpolitischer Liebe dürfte Brandt als Kind im wesentlichen nur klassenkämpferische Unterweisung empfangen haben.

Viele charakterliche Züge Brandts sind wohl darauf zurückzuführen, daß er nicht wie ein Kind in normalen Verhältnissen umhertrotzte. Seine Kontaktarmut, seine spätere Aggressivität, sein Hang zur Gewalttätigkeit, sein Durchsetzungs- und Stehvermögen, sein Sinn für Macht- und Mehrheitsverhältnisse, seine Neigung zum blitzschnellen Ändern der eigenen politischen Position sind wahrscheinlich dadurch gefördert worden, daß er als Kind nicht so sehr Objekt fürsorgender Liebe war, sondern schon früh in eine Subjektrolle hineinwuchs und selbst mit den Widrigkeiten des Lebens fertig wer-

den mußte. Vielleicht erklärt der Zwang, sich immer wieder anderen Verhältnissen schon als Kind anpassen und sich arrangieren zu müssen, den opportunistischen und reaktionären Grundzug in der Persönlichkeit Brandts. Die politische Flexibilität, die Brandt in seinem späteren Leben auszeichnet, dürfte eine Auswirkung der Verhaltenszwänge sein, denen der kleine Herbert Frahm ausgesetzt war.

Die zweite wesentliche Erkenntnis, die die Kindheitsgeschichte Brandts vermittelt, ist die prägende Kraft des vulgärmarxistischen Einflusses auf sein Denken und Handeln. Das Kind Herbert Frahm ist offensichtlich in einem Milieu groß geworden, dessen Mentalität fixiert war auf die Erlösung von Übeln, die ausschließlich der Gesellschaft zur Last gelegt wurden. Allem Anschein nach stellte sich in der Familie Frahm nicht die Frage, ob der Sozialismus als Ersatzreligion überhaupt die vernunftgemäße Lösung zur Bewältigung der eigenen Probleme sei. Vorurteilslose und kritische Betrachtung und Prüfung der Welt und der Ideologien, die zur angeblichen Beglückung der Menschheit feilgeboten wurden, gehörte nach den vorliegenden Berichten ebensowenig zu den Gewohnheiten der Familie Frahm wie selbstkritische Gewissenerforschung in dem Sinn, ob nicht vielleicht auch durch eigenes falsches Verhalten das eigene Schicksal ungünstig mitbeeinflusst worden ist. Diese einseitige, den Blick auf die ganze Wirklichkeit des eigenen Seins und der sozialen Bezüge behindernde Haltung färbte selbstverständlich auf das Kind Herbert Frahm ab und bildet eine Erklärung für die politische Odyssee des Willy Brandt, der schon bald nach seinen ersten politischen Gehversuchen bei den linksextremen Sezessionisten der SAP landete und dort der Indoktrinierung durch routinierte KP-Profis anheimfiel.

## Mit 17 Jahren lokaler Parteichef

Als 16jähriger Oberschüler trat Brandt nach eigenem Bekunden im Jahr 1930 der SPD bei. Rückblickend erklärt er zu den Motiven seines Schrittes:

*„ Wir wuchsen auf in der antimilitaristischen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und im Mißtrauen gegen die, herrschende Klasse'."*

Sein väterlicher Freund und Gönner war der als gemäßigt geltende, aus dem Eisass stammende Lübecker SPD-Reichstagsabgeordnete Dr. Julius Leber, der nach dem Putsch gegen Hitler am 20. August 1944 hingerichtet wurde.

Der junge Frahm kam nicht zufällig in die SPD. Auf den offenbar sehr starken Einfluß, den der klassenkämpferische Großvater auf seinen Enkel nahm, ist schon hingewiesen worden. Nach Brandts eigener Schilderung scheint ihm der Großvater viel über die Geschichte der marxistischen Arbeiterbewegung und besonders über menschenunwürdige und unsoziale Zustände und Lebensbedingungen auf mecklenburgischen Latifundien in der Mitte des vorigen Jahrhunderts erzählt zu haben. Wahrscheinlich machte der alte Frahm seinen Enkel auch mit marxistischem Schrifttum bekannt und sorgte dafür, daß Herbert schon als Kind sozialistischen Jugendorganisationen beitrat. Nacheinander war Herbert Frahm Mitglied einer Kindergruppe der „Arbeitersportler", der „Roten Falken" und der „Sozialistischen Arbeiterjugend". Für das Lübecker SPD-Organ „Volksbote" schrieb Schüler Herbert Frahm gelegentlich kleinere Beiträge für den Lokalteil.

Schon ein Jahr nach seinem Eintritt brach Herbert Frahm mit der SPD und überwarf sich mit Julius Leber. Offensichtlich war der Einfluß, den Leber auf den jungen Mann hatte,

sehr gering. Brandt und alle anderen Quellen geben keine zuverlässige Auskunft darüber, weshalb es zu dem Zerwürfnis mit Leber kam.

Rückblickend entsinnen sich Altersgenossen der sozialistischen Bewegung in Lübeck, Herbert Frahm habe damals die junge Linke in der SPD der Hansestadt vertreten, er habe den Parteivorstand als zu lasch im Kampf gegen den „Faschismus“ gefunden und sei deshalb zum offenen Kampf gegen Leber angetreten.

Nach Dollinger soll Leber gegenüber der jungen linken Opposition in der SPD „etwas zu weit gegangen“ sein, als er versucht habe, sie vom Übertritt zur SAP abzuhalten. Unter Anspielung auf den Buckel von Max Seydewitz habe er die SAP als einen „Krüppelverein“ bezeichnet und den jungen Rebellen Impotenz vorgeworfen, „die aus der Erkenntnis ihrer physischen oder sonstigen Unzulänglichkeiten“ in den Radikalismus führe.

Der gerade 17jährige Herbert Frahm wandte sich jedenfalls politisch der linksextremen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) zu, die zu dieser Zeit von der Linksopposition innerhalb der SPD gegründet wurde und Zulauf auch aus den Reihen unzufriedener Kommunisten erhielt. Zur Begründung seines Bruchs mit der SPD, der Mutterpartei des deutschen Sozialismus, erklärte Brandt später in seinen Memoiren:

*„Die fortschreitende Radikalisierung der Linken, gefördert durch die Provokationen der Nazis, und die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise erweiterte die Kluft zwischen uns Jungen und der Führung der Partei.“*

Brandt erwähnt zwar in seinen Memoiren die Abspaltung des linken Flügels der SPD, der die Bildung der SAP folgte, geht aber auf die wirklichen Gründe und Hintergründe dieser Ereignis-

nisse nicht ein. Die Schilderung Brandts vermittelt den Eindruck, als ob die SAP wegen des Zusammenschlusses der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und des Stahlhelms zur „Harzburger Front“ entstanden sei.

Um der historischen Wahrheit willen bedarf diese Version einer Korrektur. Tatsächlich bildete nämlich die Gründung der SAP nur den Schlußpunkt eines langjährigen Gärungsprozesses innerhalb der SPD. Die Linke in der SPD, die schon seit dem Zerfall der USPD auf eine klassenkämpferische und revolutionäre Politik der Partei drängte, sich aber mit ihren Ansichten und Forderungen in der SPD nicht durchsetzen konnte, war nicht mehr willens, den politischen Kurs der gemäßigten Mehrheit mitzumachen. Die SPD-Linksopposition fand einen günstigen Anlaß zur Spaltung, als sich die Mehrheit der Partei zur Tolerierung der Reichsregierung unter dem Zentrumskanzler Heinrich Brüning entschloß. In der sogenannten Panzerkreuzer-Affäre stimmten am 20. März 1931 neun linkssozialistische SPD-Abgeordnete trotz einer ernsten Warnung des Fraktionsvorstandes im Reichstag gegen den Staatshaushalt, der Ausgaben für den Panzerkreuzer A und den Bau eines neuen Panzerschiffs B enthielt. Die „Harzburger Front“ entstand dagegen erst am 31. Oktober, also neun Monate nach der Abstimmung im Reichstag. Im Gegensatz zur Darstellung Brandts wurde die Gründung der SAP also lange vor Bildung der „Harzburger Front“ vollzogen und kann deshalb keine Reaktion hierauf gewesen sein.

Die SAP, die sich unmittelbar nach der Abstimmung über die Marinevorlage bildete, bestand nicht nur aus linken SPD-Leuten, sondern auch aus Mitgliedern der sogenannten kommunistischen Parteiopposition (KPO), die von der KPD als „Trotzkisten“ ausgestoßen worden waren. Im Vorstand der SAP gewannen diese „trotzkistischen“ Kommunisten schon sehr bald erheblichen Einfluß. Einer der führenden SAP-Leute

kommunistischer Provenienz war der Politiker Jacob Walcher, den Brandt seinen „Freund“ nennt. Mit Walcher und anderen Kommunisten stand Brandt noch nach dem Krieg in Berlin in Kontakt, als wieder einmal — wie so oft in der Geschichte des von Spaltungen gekennzeichneten sozialistischen Lagers — die Sehnsucht nach der *einen* sozialistischen Partei aufbrach.

In dem Programm der SAP, das am 4. Oktober 1931 auf der „Reichskonferenz oppositioneller Sozialdemokraten“ angenommen wurde, werden als Ziele der Sturz des Kapitalismus und die Machtergreifung des Sozialismus je nach der gegebenen Situation entweder „auf demokratischem Wege“ oder in der Form der „proletarischen Diktatur“ genannt. Die SAP verpflichtete sich in ihrem Programm, die Sowjetunion gegen Aggressionen kapitalistischer Staaten zu unterstützen und dem sowjetischen „Aufbauplan die nötige Freiheit und Entfaltung zu sichern“. Mit ihrer Politik wollte die SAP, wie sie es umschrieb, anknüpfen an die „besten Traditionen der Vorkriegs-Sozialdemokratie“. Unter den Mitgliedern des ersten SAP-Vorstands befanden sich drei Persönlichkeiten, die nach 1945 in der SED eine führende Rolle spielten: Max Seydewitz, der spätere sächsische Ministerpräsident, Edith Baumann, die langjährige FDJ-Führerin und Lebensgefährtin von SED-Chef Erich Honecker, und Hans Seigewasser, der Ostberliner Staatssekretär für Kirchenfragen.

Willy Brandt stellte sich begeistert in den Dienst der revolutionären SAP, „die mich trotz meiner jungen Jahre zu ihrem politischen Leiter machte“. Gemeint ist damit die Leitung der SAP-Organisation in Lübeck. Gleichzeitig wurde Brandt Vorsitzender des Sozialistischen Jugendverbandes (SJV) in Deutschland, der auf den „revolutionären Kampf der proletarischen Klasse um den Sozialismus verpflichtet“ war und „in engem Kampfbündnis“ mit der SAP stand.

Über seinen damaligen ideologischen Standort schweigt Brandt in seinen Lebenserinnerungen. Er erwähnt nur fast beiläufig: „Wir glaubten an einen neuen Start, an die Möglichkeit, den Absturz in das Verderben noch aufhalten zu können.“ Offenbar hielt es Brandt, als er nach dem Krieg in Berlin zu Amt und Würden gekommen war, nicht für opportun, die Öffentlichkeit mit der ideologischen Standortbestimmung bekanntzumachen, die er 1932 vorgenommen hatte. Am 17. Januar 1932 schrieb der SAP-Ortsvorsitzende in Lübeck und SJV-Reichsführer Herbert Frahm in der „Sozialistischen Arbeiterzeitung“, dem Organ der SAP:

*„Der Wandlungsprozeß in uns hat sich soweit vollzogen, daß wir der SPD ideologisch nicht mehr näherstehen als irgendeiner anderen proletarischen Partei. Im Gegenteil, vielleicht stehen wir der SPD am wenigsten nahe.“*

Nach Hitlers Machtübernahme nahm der Lübecker SAP-Chef Herbert Frahm an einem Parteitag der SAP in Dresden teil, über den Brandt sich in seinen Memoiren nicht mit der erforderlichen Sorgfalt äußert. Vor allem verschweigt Brandt, daß die Mehrheit des SAP-Parteivorstandes die SAP bereits aufgelöst hatte und eine Minderheit den Parteitag einberief.

Frahm war einer der rund 60 Delegierten, die sich am 11. und 12. März illegal zum sogenannten II. Reichsparteitag der SAP in der Gaststätte eines Dresdner Vororts trafen. Die Versammlung beschloß, daß die SAP ihre Arbeit fortsetzen solle, und wählte einen neuen Parteivorstand, der sich „Reichsleitung“ nannte und zunächst von Berlin aus illegal arbeitete.

Das SAP-Führungsgremium hatte in seiner neuen Zusammensetzung eine knappe absolute kommunistische Mehrheit. Von seinen neun Mitgliedern waren fünf ehemalige KPD-Funktionäre, die von der KPD wegen angeblicher rechtsoppo-

sitioneller Betätigung ausgeschlossen worden waren. Der schon erwähnte Jacob Walcher und Paul Frölich, die jetzt im Vorstand saßen, waren erprobte kommunistische Berufsrevolutionäre und schon 1923 auf Weisung der Komintern aus der KPD-Führung, ein Jahr später auch aus der KPD entfernt worden. Walcher, Frölich und andere kommunistische „Rechtsabweichler“ sammelten sich danach in der Kommunistischen Partei-Opposition (KPO), die sich von der KPD nicht in den Grundsätzen und Zielen, sondern nur in der Taktik des politischen Handelns unterschied. Zur linkssozialistischen Minderheit im SAP-Vorstand gehörten Edith Baumann und Walter Fabian, der nach dem Krieg eine bedeutende Rolle als Gewerkschaftstheoretiker in der Bundesrepublik spielte und im Sommer 1970 auf spektakuläre Weise vom DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter als Chefredakteur des theoretischen Organs des DGB entlassen wurde.

Als der Dresdner SAP-Parteitag stattfand, war Hitler sechs Wochen an der Macht. Brandt, damals 19 Jahre alt und als Schiffsmaklerlehrling in Lübeck beschäftigt, schätzte wie die meisten Sozialisten, die politische Lage völlig falsch ein. Der Lübecker SAP-Chef gewann seinerzeit den Eindruck, „daß das Hitler-Regime von kurzer Dauer sein würde“, weil die Nationalsozialisten nach seiner Meinung „bald abwirtschaften“ würden. Sein Optimismus beruhte auf einer Illusion über die Haltung der durch Arbeitslosigkeit zermürbten Massen. „Eine Nation mit der bestgeschulten und bestorganisierten Arbeiterschaft Europas würde sich nicht versklaven lassen“, meinte Brandt damals.



## Flucht oder Emigration?

Einige Wochen nach der Bildung der Regierung Hitler verließ Frahm Deutschland und ließ sich in Norwegen nieder. Über die Motive dieses Schritts herrscht bis heute keine restlose Klarheit.

Die öffentliche Meinung im In- und Ausland steht überwiegend unter dem Eindruck, Brandt sei 1933 aus politischen Gründen geflohen. Brandt, die SPD und die ihnen nahestehenden Massenmedien haben diese Version genährt. Beweise dafür, daß Brandt aus politischen Gründen, oder unter dem Druck politischer Verfolgung geflohen sei, liegen nicht vor. Gegen die Annahme einer Flucht aus politischen Gründen sprechen sozialistische und nichtsozialistische Quellen, die auf andere Motive der Emigration schließen lassen.

Schon über das Datum, an dem der junge Linksradikale Deutschland den Rücken kehrte, gehen die Darstellungen auseinander. Nach offiziöser Lesart gilt der 31. März 1933 als Tag seiner Abreise. Nach Angaben des „stern“, der wegen seiner besonders engen und freundschaftlichen Beziehungen zu Brandt bekannt ist, wurde er dagegen von dem Lübecker Fischer Paul Stoss „in der Nacht vom 3. auf den 4. April“ mit dem Kutter TRA 10 illegal nach Dänemark gebracht.

Früher hatte der „stern“ die offiziöse Lesart verbreitet, Brandt sei am 31.3.1933 nach Skandinavien geflüchtet. Brandt, so hieß es in einer Werbereportage des Blattes, habe an diesem Abend in einer Travemünder Kneipe einen ehemaligen SAP-Genossen getroffen, der sich inzwischen den Nationalsozialisten angeschlossen hatte, und mit ihm beim Bier „belangloses Zeug“ gesprochen. An diesem Abend, so fuhr der „stern“ fort, „dachten beide an Verrat. Willy Brandt fürchtete, daß ihn der ehemalige politische Freund an die Polizei ausliefern würde. Der andere sah im *politischen* Flüchtling den

Verrater an Volk und Vaterland."

Der „stern“ scheint aus Brandts Autobiografie sinngemäß abgeschrieben und noch hinzugedichtet zu haben. Auffällig ist vor allem die durch nichts belegte Behauptung, als ob Brandt *politischer* Flüchtling gewesen sei. Brandts eigene Darstellung über die Begegnung mit dem Ex-SAP-Mann enthält nämlich keinerlei Hinweis, daß er befürchtete, er könne aus politischen Gründen verraten werden. Den Grund seiner Abreise läßt Brandt offen.

Die Fluchtversion eines von den Nationalsozialisten gehetzten Herbert Frahm hat sich so nachhaltig in den Köpfen vieler Zeitgenossen festgesetzt, daß sie gründlich auf einen etwaigen Wahrheitsgehalt geprüft werden muß. Das Ergebnis wird Aufschluß darüber geben, ob der vor allem im Ausland vorhandene Eindruck sachlich gerechtfertigt ist, Brandt sei 1933 aus politischen Gründen ins Ausland geflohen.

Unstrittig steht fest, daß die Fluchtversion von Brandt selbst stammt. In seinen Memoiren hat er von seiner „Flucht“ nach Norwegen gesprochen. In seinen Lebensläufen in den amtlichen Handbüchern des Deutschen Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses taucht die Fluchtversion freilich nur einmal auf. Wie schon zitiert, erwähnt Brandt in einigen älteren Handbüchern, er sei 1933 emigriert. Der wertneutrale Ausdruck „Emigration“ läßt offen, ob die Emigration freiwillig erfolgte. In den letzten Ausgaben der amtlichen Handbücher verliert Brandt kein Wort darüber, wie, wann und weshalb er nach Skandinavien ging. Festzuhalten bleibt also zunächst, daß Brandt zwei verschiedene Versionen verbreitet hat.

In seiner Fluchtversion spricht Brandt davon, et sei gefährdet gewesen und vor seiner unmittelbar bevorstehenden Verhaftung gewarnt worden. Konkrete Angaben über seine angebliche Gefährdung und seine drohende Verhaftung fehlen. Mitteilungen von irgendeiner Seite, wer Brandt vor einer Verhaf-

tung gewarnt haben will, liegen nicht vor. Mit keinem Wort erwähnt Brandt, er sei aus politischen Gründen gefährdet gewesen.

Die Möglichkeit, daß Brandt Ende März 1933 Deutschland nicht aus freien Stücken verlassen hat, kann natürlich nicht von der Hand gewiesen werden. Der Autor würde gegen seine Sorgfaltspflicht verstoßen, wenn er nicht alle Gesichtspunkte berücksichtigen würde, die für die Fluchtversion sprechen. Er muß deshalb auch den sogenannten Fall Naujock mit in seine Untersuchung einbeziehen.

Der Fall Naujock betrifft die — wie hier ausdrücklich betont wird — bislang unbewiesene Anschuldigung des ehemaligen Kriminalobersekretärs August Naujock aus Hamburg, Brandt sei nach Norwegen geflüchtet, weil er in Lübeck einen Menschen brutal ermordet habe. Diese Anschuldigung wurde von Naujock im Frühjahr 1972 in einem Brief an Brandt und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erhoben.

Naujock warf Brandt vor, er habe einem Mann namens Willi Meinen „von hinten ein Klappmesser in den Rücken gejagt“. Dem ehemaligen Kriminalisten unterlief hinsichtlich des Zeitpunkts ein Irrtum. Als Zeitpunkt der Ermordung Meinen nannte er den Abend des 31. Januar 1933. Tatsächlich wurde Meinen jedoch in der Nacht zum 31. Juli 1932 umgebracht. Naujock verwechselte die Bluttat mit einer Schlägerei in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar 1933, bei der ebenfalls ein Nationalsozialist namens Rudolf Brüggmann ums Leben kam. Da Brandt in seinen Memoiren auf die Ereignisse an diesem Abend eingeht und höchstwahrscheinlich Augenzeuge der Bluttat war, konnte, da Naujock irrtümlich als Opfer Meinen nannte, der Eindruck entstehen, Brandt sei in die Mordaffäre Meinen verwickelt gewesen.

Gegen Naujocks Anschuldigung wehrte sich Brandt mit dem Argument, es handele sich bei dem ehemaligen Kriminalbeam-

ten um einen Irren, der für seine Taten strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden könne. Tatsächlich war Naujock von den sozialdemokratischen Behörden Hamburgs vor einigen Jahren unter sonderbaren Begleitumständen in eine psychiatrische Anstalt eingewiesen, aber bald wieder entlassen worden. Naujock behauptet, dies sei nur geschehen, um ihn als Mitwisser krimineller Handlungen prominenter Personen mundtot zu machen.

Die Methode, Menschen für geisteskrank zu erklären und in Anstalten einzuliefern, um ihre Tatsachenbehauptungen zu ersticken, ist zu allen Zeiten von politischen Machthabern praktiziert worden. Beispiele für die Ausschaltung von Regimegegnern durch ihre Einweisung in Heilanstalten sind in den letzten Jahren aus der Sowjetunion bekanntgeworden. Deshalb können behördliche Beteuerungen, daß jemand geisteskrank sei, nicht ohne weiteres als wahr akzeptiert werden. Das muß auch für die Erklärungen von amtlicher Seite über den Geisteszustand Naujocks gelten.

Naujock hinterließ zu der Zeit, als er seine Beschuldigungen gegen Brandt erhob, nicht den Eindruck eines Geistesgestörten, sondern den eines alten Mannes, der nicht zu differenzieren versteht und tatsächliche Vorgänge, mit denen er früher dienstlich befaßt war, nicht sachgerecht bewertet. Die Unfähigkeit, Vorgänge und Ereignisse präzise darzustellen und objektiv zu beurteilen, spricht freilich noch nicht dafür, daß Naujock seine Behauptungen aus der Luft gegriffen hat. Seine Leichtfertigkeit im Umgang mit Fakten kann kein Grund sein, diesen Fakten überhaupt keine Beachtung zu schenken. Der Hintergrund, auf dem Naujocks Anschuldigungen gegen Brandt beruhen, ist einer vorurteilslosen Betrachtung schon deshalb wert, weil er Anhaltspunkte für die Beurteilung der Motive Brandts zur Emigration gibt.

In dem schon erwähnten Schreiben an Brandt und die

CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilte Naujock mit, er sei als Leiter der Außendienststelle Esbjerg (Dänemark) der deutschen Sicherheitspolizei 1944 auf die Akte Brandt gestoßen. Naujocks Erinnerung an diese und andere Akten, die den Vermerk „Mordverdacht“ trugen, aber auch sein 1933 dienstlich gewonnenes Wissen über Kriminalfälle in Lübeck, bildeten die Grundlage seiner Anschuldigung gegen Brandt.

Seine Mordanschuldigung gegen Brandt leitete Naujock mit den Worten ein:

*„Nun wissen heute bereits nicht wenige Deutsche aus zuverlässiger Quelle — u. a. von alten Lübecker Sozialdemokraten —, daß Ihre Untat der wahre Grund Ihrer Flucht aus Deutschland war. Alles was Sie und Ihre Hofschreiber darüber bisher berichtet haben, war leeres Propagandagewäsch. Bemerkenswert dürfte wohl die Tatsache sein, daß Sie in Ihren Lübecker Jahren (1930—1933) als ausgesprochener Schläger Ihrer SAP-Gruppe bekannt waren und deshalb auch vor Gericht in Lübeck gestanden haben.“*

An dieser Anschuldigung ist zweifellos die Behauptung richtig, daß Brandt sich wegen einer Schlägerei mit Nationalsozialisten vor einem Gericht in Lübeck zu verantworten gehabt hatte. In Dollingers Pro-Brandt-Biografie wird berichtet, Brandt habe 1930 „wegen Körperverletzung“ vor Gericht gestanden, sei aber „mangels Beweisen“ freigesprochen worden. „Eine Schlägerei mit Anhängern Hitlers hatte zu dieser Gerichtsverhandlung geführt“, schrieb Dollinger.

Auch von Brandt wissen wir, daß er sich zwischen 1931 und 1933 wiederholt an Schlägereien beteiligt hat:

*„ Wir trafen uns mit der Hitlerjugend, diskutierten mit ihr, schlugen uns auch mit ihr herum. Zu nächtlicher Stunde wurde manche Straße zum Kampfplatz. “*

An der Schlägerei, die ihn 1930 vor die Richter brachte, will Brandt nicht beteiligt gewesen sein:

*„Doch in diesem Fall war ich nicht am Tatort gewesen.“*

Die Neigung Brandts zur Teilnahme an gewaltsamen Auseinandersetzungen ist auch dem ganz auf Sympathiewerbung für Brandt eingestellten Buch von Bolesch/Leicht zu entnehmen. Danach dienten die Abende des späteren Bundeskanzlers nicht nur der Politik, sondern auch „erbitterten Straßen- und Saalschlachten mit der SA“.

Unabhängig voneinander belegen somit alle vorhandenen Quellen, daß Brandt Auseinandersetzungen mit physischer Gewalt keineswegs verabscheute. Noch als erwachsener Mann hat er überdies Mord aus politischen Motiven gutgeheißen, wie aus anderen Quellen bekannt ist. Da weitere Quellen bezeugen, daß er zum Haß auf seine politischen „Feinde“ erzogen worden ist, dürfte es nicht auszuschließen sein, daß er wiederholt an Straßen- und Saalschlachten teilgenommen hat. Unter diesen Umständen ist es nicht ungewöhnlich, daß er für die Strafverfolgungsbehörden, denen die Namen aller Rowdies in Lübeck bekannt waren, zum Kreis derjenigen gehörte, die häufig Teilnehmer an strafbaren Handlungen waren.

Nun wurde Willi Meinen nicht im Verlauf einer Straßenschlacht getötet, sondern als Einzelner von mordlüsternen Linksextremisten wie ein Tier abgestochen (Dokumente 1, 2, 3). Selbst die Lübecker SPD-Zeitung „Volksbote“ distanzierte sich verbal von diesem grauenhaften Kapitalverbrechen, schob aber die Verantwortung dafür auf die NSDAP ab. Während der bürgerliche „General-Anzeiger“ in den folgenden Tagen wiederholt über den Stand der Ermittlungen berichtete und Aufrufe der Behörden zur Mitwirkung der Bevölkerung an der Aufklärung des Verbrechens veröffentlichte, ignorierte das

SPD-Blatt dieses damals die Menschen in Lübeck erregende Thema.

Den Grund dafür, daß sich trotz zahlreicher Zeugenaussagen zwar ein klares Bild über den Tatablauf ergab, aber die Namen der Täter von der Polizei nicht ermittelt werden konnten, nannte der „General-Anzeiger“ am 11. August 1932:

*„Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß Wissende sich scheuen, die Namen der Täter zu nennen, weil sie den Terror Interessierter befürchten.“*

Wie groß seinerzeit die Furcht der Bevölkerung war, vor Gericht Angaben über Verbrechen von Sozialisten zu machen, geht aus einer Bemerkung des „General-Anzeigers“ vom 4. August 1932 hervor, daß schon in einem Prozeß gegen den Reichsbanner-Mann Moising Zeugen aus Angst vor der SPD gekniffen hätten.

Naujock schrieb im Winter 1972 an sämtliche Mitglieder des Deutschen Bundestages einen Brief, in dem er mitteilte, Herbert Frahm sei von den später des Mordes an Meinen für schuldig befundenen Reichsbanner-Mitgliedern Fick und Kähding als „Mittäter und eigentlicher Rädelsführer“ bezeichnet worden und habe deshalb Deutschland verlassen:

*„Der Mord an Meinen blieb von August 32 bis Februar 33 ungeklärt. Dann startete die Lübecker SA unter Führung des SA-Standartenführers Rechtsanwalt Dr. Währer eine Aktion in der sie alle Kommunisten festnahmen, die in unmittelbarer Nähe des Tatorts Hundestr. wohnten. Da man in Lübeck nicht alle unterbringen konnte, kam ein Teil davon nach Hamburg, Polizeigefängnis Fuhlsbüttel. Hier stellte sich heraus, daß die festgenommenen Kommunisten am Mord von Meinen nicht beteiligt waren. Sie ga-*

*ben jedoch Hinweise, wonach Fick und Kähding als Täter in Betracht kamen, die zur Festnahme dieser beiden führte. Fick und Kähding gaben an, Frahm sei Mittäter und eigentlicher Rädelsführer gewesen. Frahm erfuhr von der Festnahme Ficks und Kähdings und zog die Konsequenz zur Flucht, wie unter 2b geschildert. Fick und Kähding wurden zum Tode verurteilt, Fick wurde hingerichtet und Kähding beging Selbstmord."*

Beweise dafür, daß Fick und Kähding Herbert Frahm tatsächlich in diesem Sinn belastet haben, liegen nicht vor. Dennoch müssen gegen Ende März 1933 Ereignisse eingetreten sein, die dazu führten, daß Frahm in den Verdacht geriet, er sei in den Mord an Meinen verwickelt. Brandt schrieb später im Zusammenhang mit seiner Behauptung, daß er vor seiner Verhaftung gewarnt worden sei, er habe „aufgrund lokaler Gegebenheiten mit dem Schlimmsten rechnen müssen“. Möglicherweise umschrieb er damit den Verdacht, der auf ihn gefallen war.

Ob ein Haftbefehl gegen Frahm wegen der Mordsache Meinen erlassen war und ob Kriminalbeamte den Auftrag erhalten hatten, einen solchen Befehl zu vollstrecken, läßt sich infolge des hartnäckigen Schweigens aller Personen, die noch darüber Auskunft geben können, nicht klären. Die Gerichts- und Polizeiakten über den Fall sind aus Lübeck verschwunden und befinden sich nach Angaben von unterrichteter Seite heute in einem Bonner Panzerschrank.

Eine Zeugenaussage liegt allerdings vor, die darauf hindeutet, daß Frahm „wegen der Mordsache in der Hundestraße“ festgenommen werden sollte und deshalb flüchtete. In dem schon zitierten Brief Naujocks von Ende 1972 an die Bundestagsabgeordneten heißt es:

*„Der Krim.-Sekretär Kloppenburg hatte am 1.4.33 den Dienst beim Grenzkommissariat in Lübeck an der Unter-*



*trave wie immer zu verrichten, wo am Morgen des 1.4.33 der Dampfer „Dora“ der Reederei Bertling vor der Ausfahrt abzufertigen war. Für die Fa. Bertling hatte bis dahin immer ihr Angestellter Frahm diese Formalien zu erledigen, daher war Frahm dem Herrn Kloppenburg bestens bekannt. Kloppenburg war daher verwundert, an jenem Morgen des 1.4.33 nicht Herrn Frahm anzutreffen, sondern einen andern Vertreter der Firma Bertling. Daher fragte Kloppenburg den neuen Vertreter der Fa. Bertling, wo denn Herbert Frahm sei und erhielt zur Antwort:*

*„Das sollten Sie als Kriminalbeamter doch eigentlich wissen. Der sollte doch heute Nacht wegen der Mordsache in der Hundestraße festgenommen werden, und da ist er getürrt.“*

*Beweis: Zeugnis des jetzt noch lebenden Krim.-Sekretärs Hermann Kloppenburg, Lübeck, Töpferweg 12. "*

Der Zeuge Kloppenburg ist am 21. April 1974 gestorben. Seine Witwe versicherte auf Anfrage, daß ihr Ehegatte die in dem Brief Naujocks gegebene Darstellung über das Gespräch mit dem Vertreter der Reederei Bertling ihr und anderen gegenüber wiederholt erwähnt habe. Um so erstaunlicher ist es, daß keine der im Bundestag vertretenen Parteien die Gelegenheit wahrgenommen hat, Kloppenburg und Naujock anzuhören.

Die verschwommenen Äußerungen Brandts über seine bevorstehende Verhaftung, die Darstellung Naujocks über belastende Äußerungen von Fick und Kähding sowie die Aussage des früheren Kriminalbeamten Kloppenburg erschüttern die Version, Herbert Frahm habe Deutschland aus politischen Gründen verlassen. Alle Umstände deuten darauf hin, daß Frahm, der offensichtlich von sozialistischen Kreisen in der Lübecker Polizei einen Tip erhalten hatte, in Kenntnis der ihm drohenden Verhaftung wegen des (möglicherweise unbegrün-

deten) Verdachts einer Beteiligung in der Mordaffäre Meinen kurzentschlossen die Flucht ergriff.

Für die Annahme, ihm habe eine Festnahme wegen seines politischen Engagements für die SAP gedroht, liegt kein Grund vor, weil Frahm sich seit der Machtübernahme Hitlers unbehelligt in Lübeck aufgehalten hat und nicht, wie er später in seinen Memoiren behauptete, unmittelbar nach dem Umschwung in den Untergrund gegangen ist. Offenbar fühlte er sich gar nicht so stark gefährdet, wie es Jahrzehnte später dargestellt wurde. Bis zu seiner Abreise aus Deutschland war er bei der Schiffsmaklerfirma Bertling tätig. Die Polizei hätte ihn dort jederzeit mühelos finden und festnehmen können.

Nicht nur die Aussage des früheren Kriminalbeamten Klopenburg bezeugt, daß der junge Lübecker SAP-Führer nicht im Untergrund lebte, sondern seiner Arbeit in der Firma Bertling nachging. Auch ein ehemaliger SAP-Mitkämpfer Brandts, Heinrich Wigger, der der örtlichen Parteileitung angehörte, bezeugt dies. Wigger berichtet, die SAP habe noch kurz vor Brandts Abreise aus Deutschland eine Flugblattaktion zum 1. Mai gestartet: „Herbert (Frahm) schrieb die Matrize auf der Schreibmaschine in dem Speditionsbüro, in dem er damals arbeitete.“

Bei der Erforschung der wirklichen Ursache der Emigration Brandts ist auch die Version zu prüfen, Frahm sei im Auftrag der SAP-Parteileitung in Berlin nach Skandinavien gegangen, um in Oslo ein SAP-Büro einzurichten. Folgt man der Darstellung Drechslers, des Autors der SAP-Parteigeschichte, dann scheint die Parteizentrale in Berlin über die künftige Verwendung Frahms zunächst keine Entscheidung getroffen zu haben. Für die Kontaktaufnahme mit der befreundeten Norwegischen Arbeiterpartei war der Altkommunist Paul Frölich vorgesehen. Erst als dieser kurz vor der Abreise Ende März 1933 auf der Insel Fehmarn verhaftet wurde, entschloß sich nach der Darstel-

lung Drechslers die SAP-Reichsleitung, Frahm als Ersatzmann nach Oslo zu schicken.

Wenn diese Darstellung richtig ist, dann bricht — bleibt die Version einer plötzlichen Flucht aus Furcht vor einer Verhaftung in der Sache Meinen außer Betracht — Brandts Fluchtversion in sich zusammen. Es hätte sich dann um eine illegal vollzogene freiwillige Emigration gehandelt. Die vorhandenen Indizien für eine Flucht sind aber so erdrückend, daß als ausschlaggebendes Motiv für die plötzliche Abreise nach Skandinavien die drohende Verhaftung angenommen werden muß. Möglicherweise wurde der Parteiauftrag an Frahm erst unter dem Eindruck seiner drohenden Verhaftung erteilt.

Über die Vergangenheit darf nach Brandts eigenen Worten kein Gras wachsen. Ein dichtes Gestrüpp von Legenden drohte die Wahrheit über die Gründe der Emigration Brandts zu ersticken. Eine restlose Klärung scheint heute nicht mehr möglich zu sein, zumal die amtlichen Akten, die Antwort auf wichtige Fragen geben können, in Lübeck entwendet worden sind. Mit Sicherheit läßt sich gegenwärtig nur feststellen, daß die Behauptung, Brandt sei aus politischen Gründen geflohen, keine Glaubwürdigkeit beanspruchen kann.

Das Interesse an einer Aufhellung des wirklichen Motivs für die Emigration Brandts ist durch die sonderbaren Reaktionen der Bundesregierung und der SPD auf die Anschuldigungen Naujocks nur noch gesteigert worden. Erst nachdem die Behauptungen Naujocks einer breiten Öffentlichkeit bekanntgeworden waren, Naujock in dem erwähnten Brief an alle Bundestagsabgeordneten unter Berichtigung seiner ursprünglichen Angaben den Versuch einer Präzisierung seines Wissens unternahm und dabei nicht nur auf den Mordfall Meinen, sondern auch auf den Tod des SA-Manns Brüggemann einging, sah sich die SPD veranlaßt, die damaligen Vorgänge aus ihrer Sicht darzustellen.

Der SPD-Vorstand gab eine Denkschrift heraus, die den entstandenen Eindruck verwischen soll, Brandt sei am Tod der beiden SA-Männer irgendwie beteiligt gewesen. In dem Papier wird denn auch alle Mühe darauf verwandt, die Dinge so darzustellen, als ob Brandt mit dem Tod der beiden Männer schon deshalb nichts zu tun gehabt haben könne, weil er bei beiden Bluttaten nicht anwesend gewesen sei. Ausdrücklich wird aber an keiner einzigen Stelle des Papiers gesagt, Brandt sei nicht an den jeweiligen Tatorten gewesen.

In seiner Denkschrift gibt der SPD-Vorstand Darstellungen, die im Widerspruch zu unbestreitbaren Tatsachen stehen. Dadurch degradiert sich diese Arbeit zur Entlastung Brandts als ein unseriöses Schutzpamphlet. Von einer politischen Partei hätte man eigentlich erwarten müssen, daß sie sich gegen Anschuldigungen eines von ihr als geisteskrank diskreditierten Mitwissers der zwielichtigen Vorfälle 1932/1933 nicht zu ähnlich leichtfertigen Behauptungen wie Naujock hinreißen läßt.

Die Ermordung Meinens schildert das SPD-Papier so: Nach der verbalen Wirtshausauseinandersetzung sei es auf der Straße „zu einem tätlichen Zusammenstoß zwischen Meinen und den Reichsbanner-Mitgliedern Kähding und Fick gekommen, in der Willi Meinen so schwer verletzt wurde, daß er später an diesen Verletzungen starb“.

Ein Vergleich mit den Dokumenten 1, 2 und 3 macht deutlich, daß der SPD-Vorstand das Kapitalverbrechen als „tätlichen Zusammenstoß“ zu bagatellisieren versucht. Der unbefangene Leser des SPD-Papiers wird dadurch zu der Auffassung verleitet, es habe sich wohl um eine der damals üblichen Schlägereien zwischen Links- und Rechtsextremisten gehandelt und es sei ein Totschlag bzw. eine Körperverletzung mit tödlichem Ausgang begangen worden.

Die gravierendste Irreführung des Lesers besteht darin, daß behauptet wird, nur Kähding und Fick seien an dem Mord be-

eteiligt gewesen. Daran waren aber nach den vorliegenden Berichten zahlreiche linksradikale Elemente über die Parteigrenzen hinweg beteiligt. Im „General-Anzeiger“ vom 10.8.1932 wurde über die Verhaftung von zwei Kommunisten berichtet, die dem Einzelgänger Meinen bei seiner Flucht vor seinen sozialistischen Mördern den Weg versperrten, ihn zu Fall brachten und mißhandelten. Am 11.8.1932 berichtete der „General-Anzeiger“:

*„Die beiden Kommunisten sind von einer Reihe von Zeugen als einige von denen bezeichnet worden, die dem flüchtenden Meinen hindernd in den Weg traten und sich am Schlagen beteiligten.“*

Es müssen also weit mehr als vier Personen an der Abschachtung Meinens beteiligt gewesen sein. Aus einem Bericht des „General-Anzeigers“ vom 13.8.1932 geht hervor, daß die Polizei ein weiteres Reichsbanner-Mitglied verhaftete, der in der Wirtschaft, als sich dort Meinen aufhielt, „ein langes stilettartiges Messer“ zeigte, das er bei sich trug.

Aus diesen Berichten ergibt sich, daß an dem heimtückischen Mord in der Hundestraße nicht nur die später zum Tode verurteilten beiden Männer beteiligt waren, sondern mehrere andere Personen. Dennoch behauptet der SPD-Vorstand, von einer Beteiligung eines Dritten sei in dem Verfahren nie die Rede gewesen.

Ebenso schwach ist die Beweisführung des SPD-Vorstandes, Brandt sei bei der Schlägerei, in deren Verlauf Brüggmann sein Leben verlor, nicht dabei gewesen. Nach der Darstellung der SPD wurde Brüggmann „in Notwehr“ getötet:

*„Nach dem Bericht des ‚Lübecker Volksboten‘ vom 1. Februar 1933 wurden der sozialdemokratische Reichs-*

*tagsabgeordnete Dr. Julius Leber und seine Begleiter von einer zehn bis zwölf Mann starken SA-Bande, die Hitlers Regierungsantritt gefeiert hatte, überfallen und mit einem Messer im Gesicht verletzt. Im Verlauf der Auseinandersetzung verletzte einer der ihn begleitenden Reichsbannermitglieder Braasch und Rath, seinerzeit Kriminalkommissar in Lübeck, den SA-Mann Brüggemann in Notwehr so schwer, daß er noch im Laufe der Nacht seinen Verletzungen erlag.*

*In dem auf diesen Vorfall folgenden Strafverfahren wegen Raufhandels (!) nach § 227 des Strafgesetzbuches wurden Dr. Julius Leber als angeblicher geistiger Urheber zu zwanzig Monaten, Willi Rath als unmittelbarer Täter zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt. "*

Im Lübecker „General-Anzeiger“ vom 2.2.1933 stellt sich der Vorgang aber ganz anders dar:

*„Eine schwere Bluttat ist in der Frühe des Dienstags (31.1.33) in der Großen Burgstraße verübt worden, eine Bluttat, die an den noch ungesühnten Mord an dem Nationalsozialisten Meinen erinnert. Der 23 Jahre alte Seemann Rudolf Brüggemann, verheiratet und Vater zweier Kinder, wurde bei einem Rencontre mit Dr. Leber und zwei ihn begleitenden Männern von einem dieser Männer, dem Arbeiter Willy Rath, durch einen Stich in die Milz so schwer verletzt, daß er noch vor der Ankunft eines Arztes verblutete. Der Täter wurde von Kameraden des Erstochenen verfolgt und mit Hilfe eines Polizei-Wachtmeisters beim Kanzleigebäude gestellt und verhaftet. Er trug noch das blutige Messer bei sich und gestand seine furchtbare Tat auch ein.“*

Am 2. Februar 1933 meldete der „General-Anzeiger“ zu-

sätzlich, der Reichstagsabgeordnete Leber habe nach Aussagen von Zeugen dazu aufgefordert „zuzustechen“.

Zur Bekräftigung, daß Brandt an dem Vorfall nicht beteiligt gewesen sei, veröffentlichte der SPD-Vorstand eine eidesstattliche Versicherung des Kriminalbeamten a. D. Willi Rath, derzufolge Brandt weder anwesend gewesen sei noch von dem Vorfall gewußt habe:

*„Der beteiligte, heute noch in Lübeck lebende Kriminalbeamte a. D. Willi Rath in einer eidesstattlichen Versicherung zum Naujock-Brief: .Dazu kann ich aus eigener Kenntnis sagen, daß diese Behauptung völlig aus der Luft gegriffen ist. Bei der Auseinandersetzung in dieser Nacht war Herr Bundeskanzler Brandt weder anwesend noch hat er diese Auseinandersetzung veranlaßt noch wußte er davon. Vielmehr Tatsache ist, daß ich den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Julius Leber nach Hause begleitete und daß wir in der Gr. Burgstraße von einer Gruppe SA-Leute angegriffen wurden. In Folge dieser tätlichen Auseinandersetzung kam es zu dem oben erwähnten Vorfall'."*

Bei der Veröffentlichung der eidesstattlichen Versicherung hatte der SPD-Vorstand übersehen, daß aus Äußerungen Brandts geschlossen werden kann, wohl bei dieser Bluttat anwesend gewesen zu sein. In seiner Autobiografie, die verfaßt wurde, als Brandt annehmen konnte, es sei schon Gras über die Vorgänge jener Zeit gewachsen, gab er eine detaillierte Schilderung des Tatgeschehens:

*„Auf dem Heimweg von einer Sitzung war (Julius Leber) von einem SA-Trupp überfallen worden. Die Kameraden vom Reichsbanner, die ihn zu seinem Schutz begleiteten, wehrten sich erbittert. Leber wurde schwer verletzt,*

*mit durchschnittenem Nasenbein, abtransportiert. Einer der Angreifer blieb tot auf dem Platz. Obwohl er und seine Freunde in Notwehr gehandelt hatten und trotz seiner Immunität als Reichstagsabgeordneter, wurde Leber ins Gefängnis eingeliefert."*

Da Brandt bei seinen Tatsachenbehauptungen über den Hergang der Schlägerei keine Quellen angibt, ist davon auszugehen, daß er aus eigener Anschauung berichtete und entgegen Raths eidesstattlicher Versicherung am Tatort gewesen sein muß, es sei denn, Brandt habe fast 30 Jahre später den Lesern seiner Memoiren eine Geschichte über einen Vorfall erzählt, von dem er — Raths eidesstattlicher Versicherung zufolge — überhaupt nichts wußte.

Ein abschließendes sicheres Urteil über die Gründe, die den jungen Herbert Frahm zur Emigration veranlaßte, läßt sich nicht fällen. Nachdem keinerlei Beweise für eine Flucht aus politischen Motiven vorliegen und der Auftrag der SAP, nach Oslo zu gehen, zeitlich mit der wohl nicht unbegründeten Furcht Frahms vor einer drohenden Verhaftung in Zusammenhang steht, ist mit fast an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß Brandt Deutschland verließ, weil die Polizei wegen der später von ihm beiläufig erwähnten und nie näher beschriebenen „lokalen Gegebenheiten" hinter ihm her war.



## Arbeit im Dienst der Weltrevolution

Die SAP, der Brandt bis nach dem Zweiten Weltkrieg angehörte, empfand sich als Keimzelle für eine echte kommunistische Partei. Die Materialien über ihre Geschichte lassen keinen Zweifel daran zu, daß Brandt als ihr Beauftragter für Norwegen tätig war und ein Büro in Oslo unterhielt. An keiner Stelle seiner Erinnerungen geht Brandt auf das politische Selbstverständnis der SAP als einer kommunistischen Partei der trotzkistischen Richtung ein. Ebensovienig erwähnt er eingehend die Funktionen, die er für die SAP ausübte. Er nennt sich und seine Parteifreunde „radikale Sozialisten“.

Durch diese Verniedlichung kann die Meinung aufkommen, Brandt habe einer harmlosen linkssozialistischen Gruppe angehört, die klar auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie stand. Davon kann nicht die Rede sein.

Auf dem schon erwähnten SAP-Reichsparteitag, an dem Brandt als Delegierter teilnahm, war von der Reichsleitung eine „EntschlieÙung zur Lage“ angenommen worden, die die SAP als eine Konkurrenzorganisation der KPD ausweist. Dem deutschen Proletariat, so heißt es in dieser EntschlieÙung, bleibe angesichts des Versagens von SPD und KPD nur noch die Möglichkeit einer völligen Erneuerung seiner politischen Bewegung. Unter Leitung der SAP, der bei diesem Erneuerungsprozeß die Hauptrolle zufalle, müÙten alle „gesunden“ proletarischen Kräfte auf dem Boden des revolutionären Kampfes zusammgeführt werden, um eine „wahrhaft kommunistische Partei“ und eine „wahrhaft“ kommunistische Internationale zu schaffen.

Als Agent dieser weltrevolutionären Partei, die die Bildung einer kommunistischen Einheitspartei aus allen sozialistischen Richtungen als ihre wichtigste Aufgabe betrachtete, wurde Brandt nach Oslo dirigiert. Er war als loyaler Funktionär ver-

pflichtet, sich für das in der Entschließung angegebene Ziel einzusetzen und tat dies auch.

Diese bedeutsamen Fakten enthält Brandt der Bevölkerung vor und speist sie mit der irreführenden Darstellung ab, es „sollten einige Stützpunkte (der SAP) im Ausland geschaffen werden, um von dort aus die Weltöffentlichkeit über die wahre Lage in Deutschland aufzuklären, Flugschriften ins Dritte Reich einzuschmuggeln, ideelle und materielle Hilfe für die Opfer des Terrors zu gewinnen“. Kein Wort verliert Brandt darüber, daß die SAP ihre besondere Mission in der Bildung einer kommunistischen Einheitspartei und einer alle sozialistischen Parteien umfassenden kommunistischen Internationale sah.

Die SAP verfolgte dieses Ziel besonders nachdrücklich. Ihr Auslandsfunktionär Herbert Frahm, der später den Namen Willy Brandt zuerkannt bekam und auch unter den Decknamen Flamme und Martin in Erscheinung trat, beteiligte sich an diesen Bemühungen seiner Partei. Brandt, der dem Erweiterten SAP-Vorstand im Exil angehörte, schweigt sich über das Ausmaß seiner Aktivität in dieser Richtung aus und verschleiert in seinen Memoiren die auf die Errichtung einer sozialistischen Diktatur in Deutschland ausgerichtete Tendenz der SAP.

Nach dieser Klarstellung der tatsächlichen Rolle Willy Brandts als Spitzenfunktionär der SAP im Ausland muß kurz der historische Hintergrund ausgeleuchtet werden, auf dem sich sein persönliches Schicksal vollzog. Brandts Start in die Politik fällt zusammen mit dem Niedergang der Weimarer Republik, die nach der vorherrschenden Meinung in der Bundesrepublik Deutschland vor allem von den links- und rechtsextremen politischen Parteien herbeigeführt wurde. Die sogenannte demokratische Mitte verfügte Anfang der dreißiger Jahre nicht über genügend Kraft und Entschlossenheit, sich dem Zangenriff der Kommunisten und Nationalsozialisten zu entziehen.

Mit der Machtübernahme der NSDAP hatte die radikale Linke (KPD und SAP), die wie Hitler eine Diktatur erstrebte, zunächst eine Schlacht verloren. Sie gab sich jedoch nicht geschlagen. Ihre Kader setzten die Auseinandersetzung, die Hitler zunächst zu seinen Gunsten entschieden hatte, im In- und Ausland fort.

Im Unterschied zur radikalen Linken ließ sich die gemäßigte Sozialdemokratie im Kampf gegen die NSDAP im wesentlichen von dem gleichen Ziel leiten, das auch den nichtsozialistischen Gegnern der NSDAP vorschwebte: der Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie. Von ganz anderen Motiven war dagegen die antinationalsozialistische Aktivität der Kommunisten und Linksozialisten bestimmt. KPD, SAP und andere linksextreme Gruppen bekämpften Hitler nicht um der Restauration der parlamentarischen Demokratie willen, sie erstrebten vielmehr die Beseitigung des NS-Regimes, um an seiner Stelle das deutsche Volk einer Knechtschaft unter kommunistischen Vorzeichen zu unterwerfen. Alle Lippenbekenntnisse zur Demokratie, die die linken Totalitaristen ablegten, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie im Endeffekt lediglich das braune durch ein rotes System ersetzen wollten.

Der junge Brandt war, wie alle KPD- und SAP-Funktionäre, aktiver Kämpfer für die Sache, der er sich verpflichtet fühlte. Seine Tätigkeit war selbstverständlich legitim und nach den Begriffen sozialistischer Moral auch durchaus ehrenwert, auch wenn sie objektiv der Etablierung einer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung nach der Beseitigung der NS-Herrschaft diente. Wer seine Tätigkeit als verwerflich ansieht, wird seiner Persönlichkeit nicht gerecht. Wir haben es hier mit einem Politiker zu tun, der aus einem quasi ererbten proletarischen Bewußtsein den in Deutschland abgebrochenen Kampf zwischen der extremen Linken und dem Nationalsozialismus vom Ausland aus in den Reihen einer sich selbst als Schrittmach-

eher des wahren Kommunismus empfindenden Partei fortsetzt. Als fanatischer Extremist konnte er sich selbstverständlich nicht um bürgerliche Moralvorstellungen bei der Verfolgung seiner politischen Absicht kümmern, dem deutschen Volk die Segnungen eines von ihm im Lauf der Jahre nie klar definierten „Sozialismus“ aufzudrängen.

Das spricht nicht gegen, sondern für den Sozialisten Brandt, der häufig in seinem Leben taktisch erforderliche abrupte Kurswechsel vornahm. Wenn er immer an den jeweils von ihm feierlich proklamierten „grundsätzlichen“ und „moralischen“ Positionen festgehalten hätte, wäre er nie zum Führer der deutschen Sozialdemokratie aufgestiegen und ein unbeweglicher Dogmatiker geblieben. Opportunistische Geschicklichkeit wurde einer der Schlüssel seines Erfolgs, ohne daß der breiten Masse der Bevölkerung bis heute bewußt geworden ist, welche politischen Gefahren damit verbunden sind, wenn Männer in politischen Schlüsselpositionen Opportunismus zur Richtschnur ihres Handelns machen. Brandt ist nicht gefährlich, weil er in seinem ereignisreichen Leben offen und ehrlich kommunistische Auffassungen vertreten und mit Kommunisten eng zusammengearbeitet hat, sondern weil er nach den Grundsätzen sozialistischer Moral hemmungslos opportunistisch reagiert, um seine Ziele zu realisieren. Sein ganzer Lebensweg ist markiert von geschmeidiger Anpassung an gegebene Situationen und permanenter Selbstdarstellung als Politiker mit festen, unwandelbaren politisch-moralischen Prinzipien.

Als Chef des SAP-Büros in Oslo betätigte Brandt sich nach seiner Ankunft in Norwegen sofort in radikalen sozialistischen Kreisen. Er wurde von dem Kommunisten Jacob Walcher, der faktisch Chef der SAP-Auslandsorganisation war, im Sommer 1933 mit der norwegischen Linksintellektuellen-Gruppe „Mot Dag“ in Verbindung gebracht. Brandt gibt zu, er habe stark unter dem Einfluß der routinierten SAP-Funktionäre Walcher,

Frölich und Enderle gestanden, die früher der KPD angehört hatten: „Sie hatten uns Jungen viel zu sagen.“

Die SAP, die damals in Deutschland aus dem Untergrund einen opferreichen Kampf gegen den herrschenden Nationalsozialismus führte, entfaltete im Ausland eine lebhafte Aktivität. Aus ihrer radikalen Grundhaltung heraus lehnte die SAP im Exil zunächst den von der KPD propagierten Volksfront-Gedanken — die Sammlung aller gegen den Nationalsozialismus gerichteten oppositionellen Kräfte — ab. Im Vordergrund der SAP-Strategie stand stets die Sammlung aller sozialistischen Kräfte in einer kommunistischen Einheitspartei und die Bekämpfung aller nichtsozialistischen politischen Gruppen.

Über Einzelheiten der Zusammenarbeit des SAP-Beauftragten Brandt mit der „Mot Dag“, die schon vor 1933 mit der Kommunistischen Partei-Opposition in Deutschland kooperiert hatte, liegen keine Berichte vor. Aus Brandts Darlegungen ist nur bekannt, daß seine Begegnungen mit der „Mot Dag“ und ihrem Führer Erling Falk zu seinen „interessantesten Erfahrungen“ gehörten. Er verdankt diesem marxistischen Orden, in dem Falk „eine Art Hohepriester des Intellektualismus“ darstellte, „manche geistige Anregung“. Dennoch will Brandt sich „relativ rasch“ von dieser Gruppe zurückgezogen haben, weil ihre Mitglieder sich „von der eigentlichen Politik“ abgesondert hätten.

Über den Zeitpunkt des Endes seiner Beziehungen zur „Mot Dag“ und über die Gründe äußert sich Brandt nicht weiter. Er schloß sich dann 1934 nach eigenen Angaben einer von ihm nicht näher bezeichneten oppositionellen Gruppe der norwegischen sozialistischen Jugendbewegung an. Diese Gruppe war allem Anschein nach aus Protest gegen einen Kurswechsel der Norwegischen Arbeiterpartei (NAP) nach rechts gegründet worden. Brandt kommentiert seine Verbindung zur Linksoption gegen die NAP mit der Bemerkung, dadurch sei er

„in einen vorübergehenden Gegensatz zu den Führern der Norwegischen Arbeiterpartei" geraten.

Vergeblich hofft der Leser der Brandt-Memoiren auf Informationen über die Aktivität des SAP-Beauftragten in Oslo. Brandt läßt sich lang und breit über Nebensächlichkeiten aus, verschweigt aber, daß ihm außer dem SAP-Büro noch die Zentrale Auslandsstelle des Sozialistischen Jugendverbandes (SJV) unterstand. Sie gab die „Sozialistische Jugend", das Blatt des SJV, eine Jugend-Korrespondenz und ein SJV-Funktionärsblatt mit dem Titel „Kampfbereit" heraus. Die Schriften, die damals unter der Verantwortung Brandts herauskamen, sind nicht greifbar, sollen sich aber in DDR-Archiven befinden.

Anfang 1934 taucht Brandt in der niederländischen Stadt Laaren auf. Hier wollten sich die Jugendorganisationen der dem „internationalen Büro für revolutionäre sozialistische Einheit" angeschlossenen Parteien organisieren. Die niederländischen Behörden schritten gegen die illegale kommunistische Veranstaltung ein und schoben vier deutsche Emigranten über die Grenze nach Deutschland ab. Brandt hatte Glück und wurde nicht ausgeliefert.

Das geplatzte Laarener Treffen wurde im Februar 1934 in Lille (Frankreich) nachgeholt. Die Vertreter der linkssozialistischen Jugendorganisationen wollten, wie Drechsler mitteilt, „die Voraussetzungen für die Gründung einer neuen kommunistischen Jugend-Internationale schaffen". In Lille wurde ein Büro gegründet, dem als Vertreter des SJV Willy Brandt angehörte. Das Büro gab später in Stockholm ein „Internationales Jugend-Bulletin" heraus.

Die Lille-Konferenz erwähnt Brandt mit keiner Silbe. In seinen Memoiren bemerkt er nach einem Hinweis auf den Laaren-Zwischenfall, die Kontakte mit den „linkssozialistischen Jugendgruppen" seien für ihn nicht ergiebig gewesen — eine verblüffende Behauptung angesichts der Tatsache, daß er dem in-

ternationalen Büro der linkssozialistischen Jugendorganisationen angehörte. Noch aufschlußreicher ist sein Hinweis, er habe deshalb die Zusammenarbeit mit den „sozialdemokratischen Jugendverbänden“ gesucht und sei dadurch mit (dem späteren SPD-Vorsitzenden) Erich Ollenhauer in Verbindung gekommen.

Brandt verzichtet, wie gewöhnlich, auf die Angabe von Daten, Einzelheiten und Quellen für seinen angeblichen Kurswechsel weg von den Linkssozialisten zu den Sozialdemokraten. Die Geschichte der SAP enthält keinerlei Angaben darüber, daß es damals zwischen dem radikalen SAP-Spitzenfunktionär Brandt und dem gemäßigten SPD-Politiker Erich Ollenhauer, der als Chef der sozialdemokratischen Jugend schon Ende der zwanziger Jahre vor einer Radikalisierung der SPD-Jugend gewarnt hatte, eine Verbindung zustandekam.

Der tatsächliche ideologische und politische Standort Brandts in den Jahren 1933/34 deckte sich vielmehr mit der Generallinie der SAP in der Emigration. Neben der Anleitung der illegalen Arbeit in Deutschland konzentrierte die Exil-SAP ihre Hauptkräfte auf die Lösung jener zentralen Aufgabe, die die Partei nach Hitlers Machtübernahme erneut als primäres politisches Ziel proklamiert hatte: die Schaffung einer wirklichen kommunistischen Einheitspartei „als Voraussetzung für die revolutionäre Aktion zum Sturz des Faschismus und Kapitalismus“. Das bedingte auf internationalem Gebiet die Bildung einer neuen kommunistischen Internationale. Brandt, der als führender Kopf der Exil-SAP die konkreten Bemühungen um die Bildung einer IV. Internationale kannte, verliert über dieses Thema kein Wort.

Ungeachtet ihrer prinzipiellen Abneigung gegen die Volksfront-Taktik der KPD, die nach dem VII. Weltkongreß der Komintern eingeschlagen wurde, beteiligte sich die SAP 1936 an den Pariser Volksfront-Beratungen, an denen neben den

deutschen sozialistischen Gruppen auch einige bürgerliche Intellektuelle teilnahmen. Brandt nahm an der Volksfront-Aktivität regen Anteil, macht in seinen Erinnerungen darüber aber nur ein paar flüchtige Angaben und erwähnt in diesem Zusammenhang eine Konferenz, die im Jahr 1938 (!) stattgefunden haben soll. Offensichtlich aus der Erwägung, daß eine genaue und umfassende Schilderung seiner Haltung und der Rolle der SAP bei diesen Vorgängen seinem Ruf als Antikommunist und „Kalter Krieger“ schaden könne, vermied Brandt Anfang der sechziger Jahre eine Beschreibung seiner Rolle in der Volksfront-Bewegung.

Die denkwürdige Volksfront-Konferenz im Pariser Hotel Lutetia fand nicht 1938, sondern am 2. Februar 1936 unter der Leitung des linksbürgerlichen Schriftstellers Heinrich Mann statt. Auf dieser Sitzung, an der Brandt höchstwahrscheinlich teilnahm, gründeten 118 Vertreter der KPD, der SPD, der SAP, der RSDP, des ISK sowie Schriftsteller und Intellektuelle ein Komitee zur Vorbereitung der deutschen Volksfront.

Brandt hielt sich nach seinen eigenen Angaben im Sommer 1936 in Oslo auf, wo ihn ein Brief der Pariser SAP-Auslandsleitung erreichte mit der Aufforderung, für einige Zeit die politische Leitung der SAP in Berlin zu übernehmen.

Seine Ankunft in Berlin datiert Brandt auf den „Herbst 1936“. Die illegale SAP-Organisation in Berlin hatte den Decknamen „Metro“. Brandt betrat mit einem falschen Paß deutschen Boden. Über den Zweck seines mehrwöchigen Aufenthaltes in Berlin — möglicherweise auch an anderen Orten im Deutschen Reich — gibt Brandt keine genauen Informationen. Insbesondere enthält seine Darstellung keine Angaben, mit welchen Direktiven ihn der SAP-Vorstand in Paris nach Deutschland entsandt hatte, welche speziellen Aufträge er auszuführen hatte. Weshalb er sich über wissenswerte Einzelheiten seiner nicht ungefährlichen und wichtigen Mission aus-



schweigt, ist unverständlich. 15 Jahre nach Kriegsende, als er seine Erinnerungen zur Papier bringen ließ, konnte es keinen Grund mehr geben, der Öffentlichkeit vorzuenthalten, was er 1936 in Deutschland getan hat, um den Parteiauftrag auszuführen. Möglicherweise hängt seine Schweigsamkeit damit zusammen, daß er Aufträge zu erledigen hatte, von denen er vielleicht auch heute noch annimmt, sie könnten seinem Ruf schaden. Auszuschließen ist nämlich keineswegs, daß er Aufträge erledigt hat, die über den streng parteipolitischen Rahmen hinausgingen. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß nicht nur die KPD, sondern auch die SAP im nachrichtendienstlichen Geschäft tätig war und daß den im Ausland operierenden SAP-Stützpunkten dabei eine wichtige Rolle zufiel. So betrieb beispielsweise die SAP-Organisation in Stockholm, die von dem Altkommunisten August Enderle geleitet wurde, „illegale Nachrichtenübermittlung“. Bemerkenswert in Bezug auf die Agententätigkeit der von der KPD des Zusammenspiels mit der Gestapo verdächtigten SAP sind die Hinweise Franz Dahlems über das Auftreten Brandts in Spanien, auf die später noch eingegangen wird.

Das Geheimnis, von welchen Stellen die SAP die finanziellen Mittel bekam, um ihre ausgedehnte Tätigkeit in Europa zu entfalten, ist bisher nicht gelüftet worden. Alle SAP-Quellen schweigen sich darüber aus. Auch Willy Brandt hat sich nicht dazu geäußert, woher die Gelder flössen, die ihm die Unterhaltung seines Osloer Apparates und die Durchführung seiner Reisen von Land zu Land ermöglichten.

In einem Bericht der Geheimen Staatspolizei wurde angedeutet, daß die SAP die Mittel zur Finanzierung ihrer Arbeit von befreundeten ausländischen Parteien erhalte:

*„Da die SAP über sehr gute Verbindungen speziell zur englischen Arbeiterpartei und Splitterparteien in den nordischen Staaten verfügt, dürften ihr auch die Geldmittel*

*und damit die Grundlage ihres Fortbestandes so leicht nicht ausgehen. Mit ihrem Fortbestand ist auch in den kommenden Jahren zu rechnen. Festzustellen ist, daß auch der sogenannte ‚Eckstein-Fonds‘, welcher zur Unterstützung von politischen Gefangenen der SAP und deren Angehörigen bestimmt ist, noch weiterbesteht.“*

In den letzten Tagen des Jahres 1936 hält Brandt sich nach eigener Darstellung in der Tschechoslowakei auf. Nur einmal bei der Beschreibung der damaligen Zeit deutet Brandt vorsichtig das Volksfront-Thema an, ohne mit einem einzigen Wort auf die schon erwähnte Lutetia-Konferenz vom 2. Februar 1936 einzugehen. Brandt, der damals schon dem Erweiterten Parteivorstand der SAP angehörte, muß aber sehr eingehend über die Volksfront-Aktion informiert gewesen sein. Denn er war im Frühjahr 1936 in Paris.

Während der Beratungen im Volksfront-Ausschuß konnte zwischen der KPD und den linkssozialistischen Parteien zunächst keine Einigung erzielt werden, weil die Vertreter der KPD, wie sie sich ausdrückten, für eine Neugestaltung Deutschlands auf bürgerlich-demokratischer Grundlage eintraten, vornehmlich aber die SAP davon nichts wissen wollte und an ihrer revolutionären sozialistischen Tendenz festhielt, mit dem Faschismus in Deutschland zugleich auch den „Kapitalismus“ zu vernichten.

Nach endlosem Palaver kam es im Dezember 1936 zu einem gemeinsamen Aufruf des Volksfront-Ausschusses an das deutsche Volk (Dokument 4), der als Musterbeispiel gemeinsamer Geschichtsverdrehung durch SPD, KPD und SAP anzusehen ist. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehörte für die SAP Willy Brandt. Für die Kommunisten hatten Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Herbert Wehner und Willy Münzenberg unterschrieben.

Dieses wichtige Ereignis in der Geschichte der sozialistischen Bewegung erwähnt Brandt in seinen Lebenserinnerungen mit keinem Wort. Wenn man unterstellt, daß Brandt einem Irrtum erlegen ist, wenn er seine Volksfront-Gespräche im Hotel Lutezia in den Herbst 1938 verlegt, dann muten Bemerkungen, die er über seine Volksfront-Mitkämpfer macht, eigenartig an. Mit demselben Walter Ulbricht, der, wie Brandt, den Aufruf an das deutsche Volk unterzeichnet hatte, war — so Brandt — „keine menschliche oder politische Gemeinschaft möglich“.

In gewissem Sinn ist die Aussage Brandts in Bezug auf die Unmöglichkeit einer politischen Gemeinschaft mit der KPD nicht falsch, auch wenn er die Gemeinsamkeit mit der KPD eifrig praktiziert hat. Denn der Grund der Meinungsverschiedenheiten zwischen der KPD und der SAP war politischer und keineswegs ideologischer Natur. In ihrem Ziel, Deutschland nach Hitler eine kommunistische Staats- und Gesellschaftsordnung aufzuzwingen, waren sich die stalinistische KPD und die trotzkistische SAP völlig einig. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen kommunistischen Bruderparteien betrafen nur die Taktik. Die SAP bekannte sich offen zu diesem politischen Ziel, während die KPD-Führer mit Rücksicht auf die SPD und andere bürgerliche „nützliche Idioten“ innerhalb der Volksfront ihre wirklichen Absichten zu verschleiern versuchten.

In den Auseinandersetzungen mit der KPD betonte der SAP-Vorstand immer wieder, er wolle über die Volksfront hinausgehen und die „antifaschistische“ in eine „antikapitalistische“ Front verwandeln; denn es sei für Sozialisten unzumutbar, sich auf die bürgerliche Demokratie festzulegen. Die Partei, deren Vorstand Brandt angehörte, forderte damit offen dasselbe, was Ulbricht, Wehner, Bauer und die anderen Repräsentanten der KPD insgeheim wünschten: die Bolschewisierung Deutschlands.

Daß Brandt eindeutig die radikale Position der SAP ein-

nahm und sich nicht etwa, wie er behauptet, schon Anfang 1934 den gemäßigten Sozialdemokraten anzunähern versuchte, ist nach dem vorliegenden Material unbestreitbar. Durch seine Haltung im spanischen Bürgerkrieg, in den er sich als Beauftragter des SAP-Vorstandes einschaltete, entsteht das Bild eines Extremisten, der die Weltrevolution nicht abwarten kann.

## **Das Blutbad von Barcelona**

Brandt begab sich im Februar 1937 nach Spanien, wo seit dem Sommer des Vorjahres der Bürgerkrieg tobte. Anlaufstelle für Brandt war die trotzkistisch beeinflusste „Arbeiterpartei für marxistische Einheit“ (abgekürzt POUM), die von den Kommunisten als eine „faschistische Agentur“ bekämpft wurde. Die Sowjetunion und die Komintern als die mächtigsten Verbündeten der republikanischen Regierung in Spanien wollten sich durch Aktionen der POUM ihre Pläne nicht durchkreuzen lassen.

Die Bruderpartei POUM lobt Brandt als eine Bewegung, die „das Banner der sozialen Revolution“ hochhielt, während es den Kommunisten vor allem darum gegangen sei, „entscheidenden Einfluß auf die Polizei und auf die Führung der republikanischen Armee zu erlangen“.

Im Mai 1937 kam es in Barcelona durch die revolutionäre Aktivität der von der SAP und ihrem Beauftragten Brandt unterstützten POUM zu einem blutigen Aufstand, der von den Komintern-Organen energisch bekämpft und niedergeschlagen wurde. Brandt, der die deutsche Sektion der POUM leitete und die deutschsprachige Partei-Wochenzeitung „Die spanische Revolution“ herausgab, wurde in die blutigen Auseinandersetzungen zwischen der POUM und der Komintern verwickelt.

Über die Rolle, die Brandt tatsächlich bei dem Aufstand gespielt hat, liegt ein undurchdringlicher Schleier. Sowohl seitens der KPD als auch von Teilen der SAP sind schwere Beschuldigungen gegen ihn erhoben worden. Franz Dahlem, der später dem Politbüro der SED angehörte, wirft Brandt vor, er habe seine Hände beim Aufstand der „Pouministen und Trotzlisten in Barcelona“ mit im Spiel gehabt. Die POUM, so Dahlem, habe *„sowohl mit der Gestapo als auch mit westlichen Geheimdiensten“* zusammengearbeitet. Als „lehrreich“ bezeichnet es Dahlem, daß *„sozialdemokratische Führer wie Brandt“* im spanischen Bürgerkrieg *„als reine Agenten der Imperialisten auftraten“*.

Von Karl Mewis, der gleichfalls eine bedeutende Rolle in der KPD spielte und nach dem Krieg ebenfalls lange Jahre dem SED-Politbüro angehörte, liegt ein Bericht vor, in dem über Brandt und dessen damalige Auffassung und Haltung gesagt wird:

*„Er kam zu uns in Barcelona und sagte: Ich bin Sozialdemokrat, und wir müssen uns zusammenschließen. In Deutschland wird es später nur eine Partei, eine sozialistische Einheitspartei geben. Er kritisierte die Regierung in Spanien. Er verlangte, man solle die Diktatur des Proletariats in Spanien errichten. Man solle einfach die Bauern, die nicht bereit waren, dazu zwingen, Kommunen zu bilden. Wir haben ihm erklärt: Es gibt einen anderen Weg zum Sozialismus als die Diktatur gegen die Massen. Wir waren niemals Anhänger der Auffassung, daß der Sozialismus gegen die Massen eingeführt wird.“*

Brandts außerordentlich zurückhaltende Äußerungen zu den damaligen Vorgängen sind verständlich. Et umschreibt seine Haltung so, daß er *„unentwegt für ein ehrliches Zusammen-*

wirken der antifaschistischen Kräfte" in Spanien eingetreten sei.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Darstellungen Dahlems und Mewis' in den Einzelheiten tendenziös sind und vor allem den Zweck verfolgen, den nach dem Krieg in Berlin zum SPD-Vorsitzenden avancierten und sich dort betont antikomunistisch gebärdenden Brandt als „Agenten der Imperialisten" abzustempeln, läßt sich der sachlich richtige Grund für die damaligen Auseinandersetzungen nicht übersehen: der innersozialistische Methodenstreit über den Weg zum Sozialismus. Brandt bestätigt dies indirekt mit den Worten:

*„Dem linken Flügel der Arbeiterbewegung war es vornehmlich, wenn nicht ausschließlich, um die soziale Revolution zu tun, die Kommunisten agierten so gut wie ausschließlich als Hilfstruppe Moskaus.“*

Aus Brandts Darstellung der Vorgänge in Barcelona geht nicht hervor, ob und inwieweit er, wie es von kommunistischer Seite behauptet wird, an dem Aufstand beteiligt war.

Dahlem spricht lediglich davon, daß Brandt die Hände „mit im Spiel" gehabt habe. Mewis dagegen geht viel weiter und wirft ihm vor, den „Aufstand der Faschisten" (gemeint ist die POUM) gegen die republikanische Regierung unterstützt zu haben.

In einer offiziellen DDR-Biografie aus dem Jahr 1957 wird Brandt „als mit trotzkistischen Kreisen harmonisierender Emigrant in Skandinavien" charakterisiert. Wörtlich heißt es dann weiter:

*„1937 ging Brandt nach Spanien, offiziell als Berichterstatter skandinavischer Zeitungen. In Wahrheit aber unterstützte er die trotzkistische POUM-Partei und half bei*

*der Vorbereitung des gegen die republikanische spanische Regierung gerichteten Aufstandes in Barcelona. "*

Eine Biografie, die die DDR nach der Ernennung Brandts zum Außenminister 1966 veröffentlichte, erwähnt die Vorgänge in Barcelona nicht mehr. Die SED begnügt sich mit der knappen Bemerkung: „Februar — Juni 1937 Korrespondent für skandinavische Blätter während des spanischen Bürgerkrieges.“

Brandts Sympathiebekundung für die POUM und die Versionen der SED-Politiker Dahlem und Mewis über Brandts Haltung in der POUM-Affäre können zu dem falschen Rückschluß führen, Brandt habe auf der Seite der als trotzkistisch abgestempelten POUM gegen die Komintern gestanden. Eine genaue Prüfung dieses Fragenkomplexes ergibt, daß Brandt eine sehr zwielichtige Rolle in den brutalen Machtkämpfen zwischen den rivalisierenden sozialistischen Gruppen gespielt hat. Diese Haltung läßt sich vielleicht dadurch erklären, daß er, wenn er in der von Mord und Verrat geschwängerten Atmosphäre überleben wollte, zu opportunistischem Lavieren gezwungen war. Andererseits hatte er sich an die Weisungen und Richtlinien des SAP-Vorstandes in Paris zu halten. Es scheint, daß Brandt das Kunststück gelang, sein persönliches Sicherheitsbedürfnis und die Belange der SAP-Führung zu befriedigen, deren Mehrheit offensichtlich dazu neigte, sich mit der KPD und der Komintern zu arrangieren.

Um die heikle Mission Brandts in Barcelona objektiv zu würdigen, ist ein Blick auf die innerparteiliche Situation der SAP unerläßlich: Schon einige Zeit vor der Entsendung Brandts nach Spanien hatte sich in der SAP eine Sezession angebahnt. Eine oppositionelle Gruppe, der Fabian angehörte, verlangte, die SAP müsse die Aufgaben der „Bolschewiki des siegreichen Oktober 1917“ übernehmen. Diese Gruppe, der Brandt nicht

angehörte, sympathisierte stark mit der POUM und beschuldigte die Parteileitung mit Brandt-Freund Walcher an der Spitze, sie distanzieren sich von den spanischen POUM-Genossen. Walcher und seiner Gruppe, die Brandt nach Spanien entsandt hatte, warfen die Opponenten vor, sie tendierten zum Stalinismus und bereiteten den Anschluß der SAP an die KPD vor. Die Walcher-Mehrheitsfraktion stempelte die Opponenten kurzerhand als Trotzkisten ab und stieß sie schließlich aus der SAP aus.

Damit waren die innerparteilichen Querelen allerdings noch nicht beigelegt. Der Altkommunist Frölich im SAP-Vorstand befürchtete, daß Walcher die SAP auf einen KPD-freundlichen Kurs dränge, nachdem die Gerüchte über eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Walcher und dem KPD-Vorsitzenden und späteren DDR-Staatspräsidenten Wilhelm Pieck nicht abrissen.

Wo Brandt in diesen SAP-Richtungskämpfen stand, hat er bisher nicht gesagt. In seinen Schriften sucht man vergeblich nach einer Darstellung dieser Entwicklung in seiner Partei. Festgehalten werden muß die Tatsache, daß er der SAP-Mehrheit um Walcher treu blieb, die von eigenen Genossen des Zusammenspiels mit den Kommunisten bezichtigt wurde. Vielleicht erklärt die damalige Haltung Brandts auch das Vertrauen, das ihm unmittelbar nach dem Krieg noch von führenden SED-Politikern entgegengebracht wurde.

Auf welche Art Brandt sich seines Auftrages in Spanien entledigte, ist ungeklärt. Fest steht nur, daß er Kontakte zu den Komintern-Agenten Dahlem und Mewis und zu den POUM-Führern hatte, die im Mai 1937 zum revolutionären Aufstand aufriefen.

Im Verlauf der Verfolgung von POUM-Anhängern und den mit ihnen kämpfenden „trotzkistischen“ deutschen Kommunisten wurde auf bislang ungeklärte Weise der SAP-Ideologe



Kurt Landau in Spanien ermordet, zahlreiche SAPisten festgenommen. Brandt dagegen, der nach dem Krieg von der KPD als Drahtzieher des revolutionären Aufstandes bezichtigt wurde, krümmten die Komintern-Organe, die in Barcelona die Kontrolle über die Sicherheitsbehörden der republikanischen Regierung an sich gebracht hatten, kein Haar.

Brandt wurde damals von der Witwe Landaus, Katja, der Anstiftung und Beihilfe zum Mord an ihrem Mann beschuldigt. Walcher, der in dem Verdacht stand, mit der Komintern zusammenzuspielen, und Frölich nahmen Brandt in Schutz und lehnten mit der Begründung, daß Katja Landaus Vorwürfe gegen Brandt nicht stichhaltig seien, die Forderung nach einem Ausschluß Brandts aus der SAP ab. Eine sachliche und unparteiische Untersuchung der massiven Vorwürfe der Witwe Landaus hat nie stattgefunden. Der Tod ihres Mannes wurde von keinem Gericht aufgeklärt.

Die linkssozialistische Kampagne gegen Brandt wegen seiner angeblichen Rolle bei der Ermordung Landaus und Brandts Beteuerung, er habe sich ehrlich um die Herstellung von Solidarität aller Antifaschisten bemüht, lassen die späteren Behauptungen der SED, Brandt habe den POUM-Aufstand unterstützt, als wenig glaubhaft erscheinen. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß die SED die früher von ihr vorgebrachten Beschuldigungen gegen Brandt nicht mehr erneuert hat.

Brandts undurchsichtiges Verhalten in Spanien führte im Spätsommer 1937 zu einem Eklat in England. Auf einer internationalen linkssozialistischen Konferenz in einer bei London gelegenen Sommerschule der Indépendant Labour Party stieß er nach eigenen Angaben „bei einigen Teilnehmern“ wegen der „spanischen Dinge“ auf „böartige Entstellung meines eigenen Verhaltens“. Ob es dabei um den Vorwurf des Zusammenspiels mit der Komintern oder um die Anschuldigungen der Witwe Landaus ging, sagte Brandt nicht.

Was im übrigen die Haltung Brandts zum Mord aus politischen Motiven angeht, so gibt es Zeugnisse dafür, daß er dieses Mittel in der politischen Auseinandersetzung billigte und noch lange Jahre nach dem Blutbad von Barcelona die Tötung politischer Feinde für angemessen hielt, ganz abgesehen davon, daß er für eine blutige Revolution in Europa eintrat. Nach einem von Brandt nicht bestrittenen Zitat im CSU-„Rotbuch“ plädierte der heutige SPD-Vorsitzende für die Tötung von Ver-

*„ Wo Personen auftreten, die sich der Okkupationsmacht zur Verfügung stellen, ist es die Aufgabe der Partisanen, mit ihnen abzurechnen. Die Verräter werden schonungslos ausgerottet. ”*

An dem eindeutig kommunistischen Standpunkt Brandts in den Jahren 1936/37 kann es keinen Zweifel geben. Ein entsprechendes Glaubensbekenntnis legte er kurz vor seiner Reise nach Spanien in der „Marxistischen Tribüne“ ab:

*„Für die Troztkisten steht die Aufgabe der Schaffung einer ideologisch exakt ausgerichteten Avantgarde über die Arbeiterklasse. Vor uns steht die Pflicht, an der Schaffung wahrhaft kommunistischer proletarischer Massenparteien mitzuwirken, auf dem Boden der westeuropäischen Arbeiter-Bewegung, aus praktischem Leben und Tradition der arbeitenden Klasse unseres Landes heraus. Einer kommunistischen Massenpartei, die in sich die Summe der Erfahrungen der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung verkörpert und durch die Zusammenfassung der im Proletariat vorhandenen Energien und seiner zielbewußten Kräfte das Höchstmaß der zu realisierenden Kampfkraft darstellt.“*

Auch andere Äußerungen aus jener Zeit weisen Brandt als einen überzeugten revolutionären Kommunisten mit einer militanten antireligiösen Einstellung aus.

Brandts Glaube, daß für den Sieg des Sozialismus sowohl die Aktionseinheit der Arbeiterklasse als auch die Sammlung aller sogenannten progressiven Kräfte erforderlich sei, scheint durch seine Erfahrungen im spanischen Bürgerkrieg gestärkt worden zu sein. Auf einer Sitzung der SAP-Parteileitung Anfang Juli 1937 in Paris hielt er ein Referat zum Thema „Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien“, in dem er den Weg aufzeigte, den Sozialisten einschlagen müssen, damit der kapitalistische Feind besiegt werden kann. Dazu bedarf es, wie Brandt sich ausdrückte, „der festen Aktionseinheit der Arbeiterkräfte und aller antifaschistischen Elemente“. Er fuhr fort:

*„Wer sich dem widersetzt oder wer es durch seine Handlungen unmöglich macht, läßt ungeheure geschichtliche Verantwortung auf seine Schultern. Die deutsche Arbeiterbewegung ist kampflös zugrunde gegangen, weil sie sich nicht zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind durchrang.“*

Brandt hatte nach seiner eigenen Darstellung um die damalige Zeit aus eigenem Erleben den Eindruck gewonnen, daß die Kommunisten in Spanien Kapitalverbrechen an sozialistischen Genossen begingen. Seine Erkenntnis hielt ihn dennoch nicht davon ab, in seinem Referat vor dem SAP-Vorstand in Paris für eine Sammlung „der bewußt sozialistischen Kräfte aus dem sozialistischen, kommunistischen, anarchistischen und unabhängigen Lager in einem festen Schutz- und Trutzbündnis“ zu plädieren, „um die revolutionären Errungenschaften zu retten“.

## Das skandinavische Damaskus-Wunder

Nach dieser Sitzung des SAP-Vorstandes verschwindet Brandt von der Bühne des proletarischen Kampftheaters. Über seine weitere politische Aktivität bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gibt es keine zuverlässigen Zeugnisse.

Wenn man Brandts eigener Darstellung folgt, will er noch vor Kriegsbeginn zu der Einsicht gekommen sein, daß der revolutionäre Weg zum Sozialismus unter den gegebenen Umständen in Europa nicht gangbar und der Sieg des Sozialismus nur Schritt für Schritt mit kluger Taktik unter Ausnutzung der Spielregeln der parlamentarischen Demokratie möglich sei.

Wie dieser von ihm behauptete Wandlungsprozeß zustandekam, darüber läßt Brandt sich nicht aus. In seinen Memoiren kommt er im Anschluß an die Erwähnung des mysteriösen Volksfront-Gesprächs „im Herbst 1938“ im Pariser Hotel Lutetia ziemlich unvermittelt darauf zu sprechen, er habe seine „ursprüngliche linkssozialistische Position überwunden, nicht ihren willensmäßigen Antrieb, aber ihre dogmatische Enge“ und sei „freiheitlicher Sozialist, ein sozialer Demokrat skandinavischer Prägung“ geworden.

Eine ausführliche Erklärung dafür, wie sich dieses politische Damaskus-Wunder, das ja ein einschneidendes persönliches Erlebnis gewesen sein muß, an ihm vollzogen hat, ist Brandt dem Publikum schuldig geblieben. Im Gegensatz zu anderen berühmten Renegaten, die lang und breit den Bruch mit ihrer Vergangenheit schildern, um ihn der Öffentlichkeit plausibel zu machen, verzichtet Brandt darauf, seinen Freunden, Gegnern und Feinden reinen Wein einzuschenken über diese angebliche Zäsur in seinem Leben.

Der Versuch, das Leben Willy Brandts von 1933 bis zum Ausbruch des Krieges tatsachengetreu nachzuzeichnen, ist unmöglich. Alle erreichbaren Fakten ergeben kein klares Bild,

wie sich Brandts Leben wirklich abgespielt hat.

So, wie er es schildert und es sich nach den von ihm verfaßten Lebensläufen in den amtlichen Parlamentshandbüchern darstellt, ist es zweifellos nicht verlaufen. Denn Brandt unterdrückt ganz bewußt wichtige Tatbestände und verhüllt sie durch Halbwahrheiten mit der Intention, seine damalige politische Einstellung und sein Wirken zu vertuschen.

Ein vertretbarer Grund für diesen Beitrag zur Geschichtsfälschung ist nicht ersichtlich. Was bleibt, ist die Erkenntnis, daß offenbar Opportunitätserwägungen bei Brandt gegenüber der Wahrheit Vorrang genießen. Auch als gereifter Politiker vermag er nicht offen die Wahrheit zu bekennen. Den Zeitgenossen muß sich jedenfalls das Gefühl aufdrängen, als ob Brandt durch die falsche Darstellung seines Lebens irgend etwas verbergen wolle, dessen er sich schämen müsse.

An dieser Stelle müssen wir deshalb noch einmal auf Brandts Aussagen über seine Tätigkeit zwischen 1933 und 1947 im Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages eingehen, um ein Bild von der Wahrheitsliebe des SPD-Vorsitzenden zu erhalten. Dort findet sich die Eintragung: „Historisches Studium in Oslo. 1933—1947 journalistische und politische Betätigung in Skandinavien.“

Die Behauptung Brandts, daß er ein „historisches Studium“ in Oslo absolviert habe, weicht etwas von seiner im Handbuch des Berliner Abgeordnetenhauses (5. Legislaturperiode) gegebenen Version ab, er habe an der Universität Oslo auch „philosophische Studien“ gemacht.

Wie lange er in Oslo studiert hat, welche Vorlesungen er dort besuchte, wo der Schwerpunkt seines wissenschaftlichen Interesses lag und ob er seine Studien mit Examina abgeschlossen hat, ist nicht bekannt. Brandt, der sich über belanglose Ereignisse in der Emigration ausführlich äußert, machte über seine Studien keine ausführlichen Angaben.

Als der langjährige Präsident des Deutschen Bundestages, Eugen Gerstenmaier, wegen umstrittener Wiedergutmachungsforderungen aus dem öffentlichen Leben verjagt wurde, kamen in der Presse auch Wiedergutmachungsleistungen an sozialdemokratische Politiker zur Sprache. Dabei stellte sich heraus, daß Brandt gleichfalls einen größeren Geldbetrag aus der Staatskasse erhalten hatte. Er behauptete, ihm sei dieses Geld rechtmäßig zuerkannt worden.

Ohne Quellenangabe vermerkt das von der Christlich-Sozialen Union (CSU) herausgegebene „Rotbuch“, Brandt habe am 12. Oktober 1965 als Bürgermeister von Berlin bei dem ihm unterstellten Berliner Entschädigungsamt unter der Registrierungsnummer 333058 eine Entschädigung „wegen Schadens an der Ausbildung“ beantragt und schon fünf Tage später eine Entschädigung in Höhe von 10000 DM zuerkannt bekommen. Der gleichen Publikation zufolge gab Brandt an, die Flucht aus Deutschland habe ihn daran gehindert zu studieren.

Da Brandt andererseits in seinen Lebensläufen hartnäckig behauptet, er habe studiert, muß — falls die Angaben im CSU-„Rotbuch“ über die Begründung des Entschädigungsantrages richtig sind — Brandt falsche Angaben in seinem Antrag gemacht haben. Wenn die Behörde seiner Begründung Glauben geschenkt hat, beruhte die Zuerkennung der Entschädigung wahrscheinlich auf falschen Voraussetzungen.

Die Wahrheit in dieser Angelegenheit muß sich leicht klären lassen. Da die Akten über den Wiedergutmachungsfall Brandt noch vorhanden sind, wäre es wünschenswert, die zuständigen Behörden zur Publikation aller Unterlagen zu veranlassen, damit unmißverständlich geklärt wird, mit welcher Begründung der ehemalige Bonner Regierungschef Wiedergutmachungsleistungen beansprucht hat und mit welcher Sorgfalt die seiner Kontrolle unterstellte Berliner Behörde innerhalb von fünf Tagen seinen Antrag geprüft hat.

Über seine Tätigkeit von 1933 bis 1947 hat Brandt im Handbuch des Deutschen Bundestages objektiv falsche Angaben gemacht. Denn aus anderen Quellen geht unzweideutig hervor, daß das politische Operationsfeld des SAP-Spitzenfunktionärs nicht ausschließlich Skandinavien war, wie er behauptet. Entgegen seiner Darstellung hat er von 1933 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wiederholt Skandinavien verlassen, um für die SAP, seine Auftraggeberin, Aufträge im Ausland auszuführen. Er hielt sich nachweislich für jeweils längere oder kürzere Zeit in Deutschland, Frankreich, Spanien, Großbritannien, der Tschechoslowakei und in den Niederlanden auf.

Bei solchen Methoden zur Bewältigung der Vergangenheit kann Brandts Erklärung, er sei um 1938 „sozialer Demokrat“ geworden und habe seine „linkssozialistische Position“ überwunden, kein Glauben geschenkt werden, zumal er nach den vorliegenden Belegen an seiner radikalen sozialistischen Einstellung auch in Schweden festhielt. Er ließ sich dort sogar zu Äußerungen hinreißen, deren entschieden prosovjetiche Diktion das von ihm später erfundene Damaskus-Wunder als eine Legende zum Zweck des Stimmenfangs ausweist.

Nach seiner angeblichen Hinwendung zum „demokratischen Sozialismus“ blieb Brandt Mitglied und Spitzenfunktionär der SAP, die sich ebensowenig wie Brandt gewandelt hatte. Nirgendwo in den Quellen findet sich ein Hinweis, daß Brandt von den revolutionär-trotzkistischen Zielsetzungen der SAP abgerückt wäre, die SAP kritisiert oder seine Ämter in der SAP niedergelegt hätte. Die SAP ging organisatorisch erst unter, als die Pariser Auslandsleitung beim Heranrücken der deutschen Armee 1940 flüchtete. Juristisch existierte die Partei jedoch fort und wurde unmittelbar nach Kriegsende in Deutschland wieder aktiv.

Brandt schloß sich nach der Besetzung Norwegens durch deutsche Truppen „in Stockholm — gemeinsam mit meinen

Freunden aus der früheren SAP — auch der Auslandsgruppe der deutschen Sozialdemokraten an". Damit hatte Brandt zwei Parteibücher in der Tasche. Er war, wenn seine Angaben stimmen, sowohl Mitglied der prokommunistischen SAP als auch der nichtkommunistischen SPD.

Obwohl eindeutig feststeht, daß Brandt 1931 aus der SPD austrat und seitdem der SAP bis nach Kriegsende angehörte, wird heute der Eindruck einer ununterbrochenen Zugehörigkeit des SPD-Vorsitzenden zur SPD hervorgerufen. Das Mitgliedsbuch Nr. 9/156/48, das sich Brandt 1948 von der Kreisorganisation Wilmersdorf des SPD-Landesverbandes Groß-Berlin ausstellen ließ, enthält die falsche Angabe: „Mitglied von 1930 ohne Unterbrechung“.

In Stockholm fand Brandt einen intakten SAP-Parteiapparat vor. Das dortige SAP-Büro wurde von dem Altkommunisten August Enderle geleitet, der nach dem Krieg im (sozialistischen) Deutschen Gewerkschaftsbund eine wichtige Rolle spielte. Enderle und Brandt waren seit langen Jahren freundschaftlich einander verbunden.

Zu den programmatischen Erklärungen der SAP im Exil zählt eine von der Stockholmer SAP-Gruppe herausgegebene Schrift „Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten“. Verfasser des ersten Teils dieser Schrift war Willy Brandt. Seine Äußerungen widersprechen den Darstellungen in seinen Memoiren, daß er von der Volksfront und den Kommunisten 1938 enttäuscht gewesen sei und sich deshalb zu einem „sozialen Demokraten“ gewandelt habe. In dieser Schrift entwickelt Brandt nämlich wieder die alte Volksfront-Strategie:

*„Klar dürfte sein, daß es keine genügend kraftvolle und einheitliche illegale Bewegung gibt, die am Tage nach Hitler allein die Macht ergreifen könnte. Dagegen können wir hoffen, daß die sich neu entfaltenden Bewegungen der*



*deutschen Arbeiterschaft und Demokratie stark genug sein werden, durch Koalition aller fortschrittlichen Kräfte eine neue Ordnung zu etablieren und aufrechtzuerhalten. "*

In neuem Gewand haben wir es hier wieder mit der Ulbricht/Wehner/Brandt-Konzeption aus dem Jahr 1936 zu tun (vgl. Dokument 4). Die „neue Ordnung“, von der Brandt spricht, ist identisch mit der Forderung nach einer de facto kommunistischen Gesellschaft im Nachkriegsdeutschland.

Auch um die von der SAP angestrebte sozialistische Einheitspartei sorgte sich Brandt in Stockholm. Er schloß „die Möglichkeit einer gewissen Zusammenarbeit“ mit den Kommunisten nicht aus und meinte, man solle versuchen, „die ehrlichen Anhänger der kommunistischen Bewegung aus der Moskauer Vormundschaft zu lösen“.

Brandt war damals davon überzeugt, daß es sich bei Sozialdemokraten, Kommunisten und anderen Gruppen „letzten Endes um Teile ein und derselben sozialistischen Bewegung“ handele. Der Sowjetunion, der er — nach seinen Memoiren zu urteilen — 1938 schwere Vorwürfe wegen ihres antidemokratischen Charakters gemacht haben will, bescheinigte er in Schweden, sie befinde sich „in einer Entwicklung zu einer neuen Art von Demokratie“.

In Schweden trat Brandt 1944 eindeutig für „den sozialistischen Neubau Deutschlands“ ein. Er argumentierte, die Revolution von 1918 habe keine Entscheidung gebracht. Damit knüpfte er an seine grundlegende Überzeugung als revolutionärer Kommunist an.

Jeder Zweifel an der prokommunistischen Einstellung Brandts in jener Zeit ist unangebracht. In Stockholm gebärdete er sich wie ein blutdürstiger Politiker, der den Kommunismus nach dem erwarteten Zusammenbruch der NS-Herrschaft gewaltsam eingeführt wissen möchte. Sein Bedürfnis nach Blut-

bädern scheint damals so stark gewesen zu sein, daß er sein Bedauern über die 1945 versäumte Revolution in ganz Deutschland noch 13 Jahre später öffentlich zum Ausdruck brachte. Diese Haltung entwertet die Beteuerung Brandts, er habe sich 1938 grundlegend gewandelt.

Was von ihr zu halten ist, zeigen Äußerungen Brandts in seinem Buch „Elftem Segern“, das er 1944 in Stockholm veröffentlichte. Er schrieb:

*„Der demokratische Aufstand nach dem Nazismus wird nicht unblutig sein. Aber ohne Blutvergießen läßt es sich auch nicht in Ländern, die die Okkupationszeit durchgemacht haben, machen. Die Forderungen des ganzen Volkes müssen garantiert sein. In Frankreich ist es auch ganz klar, daß die Abrechnung mit den Verrätern aus den früher privilegierten Klassen folgen wird. In Ungarn muß man die Macht der Gutsbesitzer brechen, wenn man eine Volksdemokratie gründen will.“*

Seine Enttäuschung darüber, daß Deutschland nicht das befreiende revolutionäre Blutbad erlebte, brachte Brandt am 27. März 1957 in einem Interview mit der dänischen Zeitung „Politiken“ zum Ausdruck:

*„Das deutsche Volk leidet darunter, daß es niemals eine echte Revolution gehabt hat. Die Chancen dafür waren 1945 vorhanden, aber die Alliierten verhinderten das.“*

Es mag dahingestellt bleiben, ob das deutsche Volk, wie Brandt meinte, darunter „leidet“, daß ihm Blutbäder erspart wurden, die er ziemlich unverhüllt empfahl. Ebensogut könnte man sagen, eigentlich müsse das deutsche Volk darunter „leiden“, daß der Chef einer sogenannten staatstragenden Partei

den westlichen Besatzungsmächten ungerügt von deutschen Politikern vorwirft, eine Revolution mit ihren Schrecken verhindert zu haben.

Für Brandt blieb es immerhin tröstlich, daß wenigstens im Osten und Südosten Europas Blut floß. Er brachte 1945 seine Genugtuung über die Bolschewisierung Osteuropas durch die Rote Armee zum Ausdruck und begrüßte den kommunistischen Aufstand in dem von den Westmächten befreiten Griechenland. Für ihn war wesentlich für die Zukunft, daß überall „der entscheidende Bruch mit den halb- und ganzfaschistischen Regimen der Vorkriegszeit, die Einleitung eines Demokratisierungsprozesses, dessen Schwerpunkt auf sozialen Gebiet liegt“, vollzogen werde.

Während seiner Stockholmer Zeit war Brandt auch als Sekretär der sogenannten „Kleinen Internationale“ tätig, /u deren führenden Köpfen Gunnar Myrdal und der heutige sozialistische Kanzler der Republik Österreich, Bruno Kreisky, zählten. Diese Organisation entwarf Konzepte für die sozialistische Nachkriegspolitik. Im April 1943 wurde von einem internationalen sozialistischen Komitee der „Kleinen Internationale“ eine interessante Erklärung verabschiedet, an deren Formulierung Brandt maßgeblich mitbeteiligt war.

Die „Kleine Internationale“ ging in Übereinstimmung mit dem Tenor der Volksfront-Erklärung von 1936 davon aus, daß ein wirklicher Sieg über Deutschland erst erreicht werden könne, „wenn die gesellschaftlichen und internationalen Verhältnisse überwunden worden sind, aus denen die faschistische und nazistische Gefahr hervorgegangen ist“. Aus dieser Sicht verlangten Brandt und seine Stockholmer Gesinnungsgenossen die Bekämpfung der „antidemokratischen Kräfte“ und „eine umfassende Kontrolle über die Wirtschaft“.

Die „Demokratisierung“ Deutschlands — worunter nach seiner Denkungsart eine „echte Revolution“ mit den unver-

meidlichen Blutbädern zu verstehen ist — wollte Brandt nicht den Deutschen allein überlassen. Nach seinen Vorstellungen sollte die „demokratische Welt“, zu der er damals die Sowjetunion zählte, durch „zweckdienliche Maßnahmen bei der Umbildung des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland mit-helfen“ und diese Revolution „kontrollieren, um die demokratischen Kräfte zu stärken und deren Feinde überwinden zu helfen“.

Für alle Länder empfahl die „Kleine Internationale“ in ihrem Programm die Errichtung einer „sozialistischen Demokratie“. Sie befürwortete zugleich die Sammlung von Kommunisten, Linkssozialisten und Sozialdemokraten „in einer einheitlichen Internationale“.

Brandts Ziel war, wie aus Äußerungen von ihm aus dem Jahr 1944 hervorgeht, nicht die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland, sondern die Ablösung des Nationalsozialismus durch den Sozialismus.

Mewis, der, wie wir wissen, sicherlich nicht zu den Freunden Brandts gezählt zu werden wünschte und ihm wegen seiner Haltung im spanischen Bürgerkrieg die schwersten Vorwürfe gemacht hat, führt in Stockholm Gespräche mit dem späteren Kanzler und bescheinigte ihm 1971 fair und nüchtern:

*„In unserer Unterhaltung gab es weder über aktuelle politische Fragen noch über das Nachher größere Meinungsverschiedenheiten. Willy Brandt trat für die Ausrottung des Faschismus und Militarismus und für Entmachtung der Monopolherren ein.“*

## **Verdacht nachrichtendienstlicher Arbeit**

Zu den Grundirrtümern über das Wirken deutscher Emigranten während der nationalsozialistischen Herrschaft gehört die naive Vorstellung, daß sie das Hitler-Regime im wesentlichen mit politischen Waffen im engeren Wortsinn bekämpft hätten, also hauptsächlich durch Propagandaschriften, Flugblätter etc., die ins Deutsche Reich eingeschleust wurden, und durch die Aufklärung der Bevölkerung ihrer Asylstaaten über den Nationalsozialismus.

Der Widerstand Deutscher in Deutschland und in der Emigration gegen das NS-Regime beschränkte sich keineswegs auf so relativ harmlose Aktivitäten, sondern erstreckte sich auch auf das Gebiet der Sabotage und der Spionage. Der Beitrag, den deutsche Emigranten gerade in der konspirativen nachrichtendienstlichen Tätigkeit zur Bekämpfung des Nationalsozialismus geleistet haben, war nicht gering. Er hat noch keine entsprechende Würdigung gefunden, weil ehemalige Emigranten, die im Nachrichtengeschäft tätig waren, aus falscher Scham darüber schweigen oder ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet zu bagatellisieren versuchen.

Aus ihrer keineswegs unehrenhaften Haltung, man müsse den Nationalsozialismus mit allen Mitteln bekämpfen, kann ihnen kein Vorwurf gemacht werden. Wer, wie die Sozialisten, davon überzeugt war, daß die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland zerschlagen und durch ein sozialistisches Regime ersetzt werden müsse, konnte deshalb nicht darauf verzichten, den Feind auch durch Ausspähung seiner Geheimnisse und Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten zu schädigen. Hervorragende Sozialisten wie Leo Bauer und Herbert Wehner haben entsprechend gehandelt, im Konzert der Roten Kapelle mitgespielt und dabei sogar die Gesetze jener neutralen Länder schwer verletzt, in denen sie Unterschlupf gefunden hatten.

Das neutrale Schweden, wo sich im Krieg Tausende von Emigranten aus den unter deutscher Kontrolle stehenden Gebieten aufhielten, war, wie die Schweiz, zwischen 1940 und 1945 ein Tummelplatz der Geheimdienste der kriegführenden Staaten. Zahlreiche Emigranten nutzten — ob aus Geldmangel oder aus Idealismus, mag dahingestellt bleiben — diesen Umstand und arbeiteten trotz scharfer Strafandrohung mit den Geheimdiensten der gegen Deutschland kriegführenden Staaten zusammen. Schweden sah, ähnlich wie die Schweiz, in einer solchen Tätigkeit einen seine Existenz bedrohenden verbrecherischen Mißbrauch des Asylrechts.

Während des Zweiten Weltkrieges urteilten schwedische Gerichte rund 400 Fälle von Spionageverbrechen ab. Unter den nicht weniger als 1 837 Personen, die zwischen 1939 und 1944 in Schweden unter dem Verdacht nachrichtendienstlicher Arbeit für fremde Mächte festgenommen wurden, befand sich auch der spätere Bundeskanzler Willy Brandt.

Brandt, der 1940 als norwegischer Emigrant nach Schweden gekommen war, pflegte Kontakte nach allen Seiten und fiel 1941 den schwedischen Sicherheitsbehörden auf. Offizielle Darstellungen von schwedischer Seite über den Spionageverdachtsfall Brandt fehlen.

Seine Freilassung aus der Untersuchungshaft verdankte Brandt nicht den Untersuchungsergebnissen der schwedischen Polizei, sondern seinen offensichtlich hervorragenden Beziehungen zu Sympathisanten in der schwedischen Regierung.

Die Affäre wird von Brandt so dargestellt, daß er „nach einem Routine-Verhör wegen Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis“ inhaftiert worden sei, „um festzustellen, ob ich zugunsten einer kriegführenden Macht — der norwegischen Exilregierung — unerlaubt tätig gewesen sei“. Über den Zeitpunkt seiner Festnahme, die genaue Dauer der Untersuchungshaft und die Fragen, die die schwedische Polizei an ihn richtete, gibt

Brandt keine Auskunft. Seinem Gastland machte er später heftige Vorwürfe: „Die Behandlung im Gefängnis hätte würdiger sein können. Aber nach einigen Tagen durfte ich gehen. Mitglieder der Regierung hatten für mich gutgesagt.“

Die schwedischen Sicherheitsorgane, denen die nachrichtendienstliche Tätigkeit vieler Emigranten bekannt war, beobachteten alle verdächtigen Personen und überwachten deren Kontakte. Als führendes Mitglied der linksradikalen und mit der Sowjetunion sympathisierenden SAP in Stockholm, deren Funktionäre in ständigem Kontakt zu Personen standen, die vermuteter nachrichtendienstlicher Tätigkeit zugunsten der Sowjetunion nachgingen, war Brandt automatisch Observationsobjekt der Stockholmer Spionageabwehr. Auch das „Schwedisch-Norwegische Pressebüro“, das Brandt in Stockholm betrieb, erweckte wegen der dort ein- und ausgehenden Personen die Neugier der Polizei. Brandt will nach seiner Verhaftung keine Schwierigkeiten mehr mit den schwedischen Behörden gehabt haben. Allem Anschein nach hielten einflußreiche schwedische Sozialisten wie Myrdal ihre schützende Hand über Brandt.

Ohne völlig unbegründeten Verdacht dürfte Brandt in Stockholm allerdings nicht festgenommen worden sein. Brandt hat nie ableugnen können, daß er in der Emigration an konspirativen Aktionen beteiligt war. Nach den Usancen der revolutionären SAP war solche Tätigkeit völlig normal. Daß er in Stockholm in den Verdacht nachrichtendienstlicher Tätigkeit geraten würde, lag somit auf der Hand.

Die Aufmerksamkeit der schwedischen Polizei lenkte Brandt offenbar dadurch auf sich, daß er Kontakte zu Personen unterhielt, die, wie sich später herausstellte, in Spionageaffären verwickelt waren. So stand Brandt in Beziehungen zu Karl Mewis, der behauptet, Brandt habe den Kontakt zu ihm gesucht, und zum Senior der SAP, Max Seydewitz. Beide Männer spielten

im Spionageprozeß gegen Herbert Wehner eine bedeutende Rolle.

Da in Stockholm freundschaftlicher Verkehr zwischen kommunistischen und linkssozialistischen Emigranten üblich war, ist es denkbar, daß Brandt auch mit Herbert Wehner zusammengetroffen ist, der nach den Feststellungen eines schwedischen Gerichts 1941/42 neun Monate lang Aufträge für die Komintern erledigte und deshalb 1942 wegen Spionage zugunsten der Sowjetunion zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt wurde. Es gab für Brandt schließlich keinen Grund, dem bedeutenden Komintern-Repräsentanten Wehner, einem der maßgeblichen Mitglieder des KPD-Politbüros, aus dem Weg zu gehen, zumal seine und Wehners Meinungen über den Aufbau eines sozialistischen Deutschland nach dem Sturz Hitlers seit 1936 übereinstimmten.

Brandt, der Schweden vorwirft, den Begriff der illegalen nachrichtendienstlichen Tätigkeit gegenüber deutschen und norwegischen Emigranten zu streng ausgelegt zu haben, konnte offensichtlich kein Verstoß gegen die strafrechtlichen Bestimmungen seines Gastlandes nachgewiesen werden. Dennoch wird er von Sozialdemokraten und Kommunisten der nachrichtendienstlichen Tätigkeit verdächtigt.

Sehr bitter hat sich Brandt darüber beklagt, daß er immer wieder „absurden Verdächtigungen“ und „manchen Anfeindungen“ seitens sozialistischer Gesinnungsgenossen ausgesetzt sei. Das hatte schon in Spanien begonnen, wo man ihn bezichtigte, er sei „Agent Francos“ und „Spion der Gestapo“. Dahlem verbreitete eine mit dem Namen Brandt verknüpfte Darstellung, daß die POUM „mit der Gestapo als auch mit westlichen Geheimdiensten“ zusammengearbeitet habe. Mewis erklärte, die Kommunisten hätten Brandt auch in Skandinavien mißtraut und ihm deshalb erbetene Auskünfte verweigert.

Während Brandt von deutscher kommunistischer Seite der



Zusammenarbeit mit deutschen oder westlichen nichtkommunistischen Spionageorganisationen verdächtigt wird, scheinen sozialdemokratische Kreise eher an eine Tätigkeit Brandts in anderer Richtung zu glauben. Die schwedische sozialdemokratische Zeitung „Aftonbladet“ lieferte dafür den Beweis. Am 14. Dezember 1966, nachdem Brandt gerade Außenminister der Großen Koalition in Bonn geworden war, stellte das Blatt Brandt seinen Lesern im Bild mit folgendem Text vor:

*„Heute ist der westdeutsche sozialdemokratische Führer Willy Brandt westdeutscher Außenminister. Es muß für die Sicherheitspolizei so etwas wie ein Schock gewesen sein. In ihren Geheimlisten befindet sich nämlich ein umfangreiches Material über Willy Brandt. Er gilt als der Ostspionage erheblich verdächtig. Viele der Dokumente über Brandt, der unter seinem ursprünglichen Namen Karl Frahm geführt wird, stammen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, als die schwedische Sicherheitspolizei mit der deutschen Gestapo Unterlagen austauschte. Aber das Bemerkenswerteste ist, daß die schwedische Sicherheitspolizei auch nach dem Kriege bis zum heutigen Tage weiterhin Material über Willy Brandt gesammelt hat — unter der Nachforschungsrubrik ‚Ostblockspionage‘.“*

Nach solcherart deutlichen Erklärungen aus Kreisen, die freundschaftlich mit der SPD verbunden sind, ist es nicht verwunderlich, daß sich auch in Deutschland wieder Leute der Vergangenheit des Kanzlers Brandt annahmen, der ja ausdrücklich wünscht, daß über die Vergangenheit kein Gras wachsen soll. Nach Enthüllungen über den ehemaligen Altkommunisten Leo Bauer, einem der treuesten Freunde Brandts, dem nachrichtendienstliche Tätigkeit in der Schweiz zugunsten einer kriegführenden Macht nachgewiesen worden war, schrieb

eine im In- und Ausland hochangesehene Persönlichkeit am 11.5. 1971 einen längeren Brief an einen Abgeordneten des Deutschen Bundestages, in dem vorsichtig der Verdacht einer Zusammenarbeit Brandts mit einem westlichen Geheimdienst angedeutet wurde:

*„ Sehr geehrter Herr...*

*Ich las heute in dem Mitteilungsblatt, „ Union in Deutschland“, Nr. 18/71, auf der letzten Seite über Ihre Untersuchungen, die Herrn Leo Bauer, den derzeitigen Berater von Bundeskanzler Brandt, betreffen. Es wird dort gesagt, daß alle Anwürfe gegen Herrn Bauer bei der SPD offenbar keinen Eindruck gemacht hatten. Ich habe eine Vermutung, weshalb dies nicht geschieht, und möchte folgendes berichten.*

*In den fünfziger Jahren erschien eine Biographie über Willy Brandt. Ich war damals Mitglied des Landesvorstands der CDU Hessen, und ihr Vorsitzender, Herr Dr. W. Fay, hatte bei einer Sitzung des Landesvorstands dieses Buch dabei und bat Frau Dr. Gabriele Strecker, MdL, darum, es einmal durchzuarbeiten und dann gelegentlich dem Landesvorstand ein gedrängtes Referat zu erstatten. Das übernahm Frau Dr. Strecker, und einige Zeit später, anläßlich eines Vorstandstreffens in Hünfeld, wurde das Referat gehalten. Ich kann mich noch deutlich daran erinnern, daß Frau Dr. Strecker auf einen Abschnitt in der Biographie hinwies, wo Willy Brandt für gewisse ausländische Stellen (ich glaube französische Auftraggeber) in Deutschland Aufträge hatte. Die genaue Formulierung ist mir nicht mehr in Erinnerung, aber man konnte unschwer daraus ersehen, daß es eine Art Spionagetätigkeit gewesen sein muß. Ich glaube, in irgendeinem anderen Blatt auch etwas über eine Bauer'sehe Tätigkeit in der Schweiz gele-*

*sen zu haben, die ebenfalls in diese Richtung ging. Es drängt sich mir daher der Gedanke auf, daß Leo Bauer über irgendwelche dunkle Punkte im Vorleben von Herrn Brandt aus nächster Anschauung informiert ist und man deshalb gezwungen ist, Herrn Bauer nicht fallenzulassen. "*

Der Brief gab, weil er von einer seriösen Persönlichkeit stammte, Anlaß zu der Frage an den Chef des Bundeskanzleramtes, Horst Ehmke: „Hat Herr Bundeskanzler Brandt jemals eine ‚Spionagetätigkeit‘ für ‚gewisse ausländische Stellen‘ ausgeübt?“ Eine Spionagetätigkeit des Kanzlers wurde von Ehmke weder bestätigt noch dementiert. Er lehnte die Beantwortung dieser Frage ohne Begründung ab.

Brandt hatte natürlich einen guten Grund, sich nicht zu diesem Fragenkomplex zu äußern oder die Mitteilungen des CDU-Prominenten als Verleumdung hinzustellen. Das erfuhr die deutsche Öffentlichkeit allerdings erst nach Brandts Sturz als Kanzler. Aus amerikanischen Regierungsstellen wurden Bruchstücke von Akten über Kontakte Brandts zur US-Botschaft in Stockholm während des Krieges bekannt. Die damaligen Beziehungen zur amerikanischen Regierung wirkten sich später sehr zum Vorteil Brandts aus. Das State Department in Washington als der verlängerte Arm der wirtschaftlich Mächtigen des Landes verlor den jungen sozialistischen Politiker mit seinen Ansichten über die Umerziehung der Deutschen und die „Demokratisierung“ eines besiegten Deutschland, die in Geheimdossiers der Stockholmer US-Botschaft festgehalten wurden, nicht mehr aus den Augen und förderte seine politische Karriere im Nachkriegsdeutschland, wie wir später noch sehen werden.

Zunächst kehrte Brandt nach Kriegsende, belastet mit schweren Verdächtigungen aus dem Kreis seiner sozialistischen Mitkämpfer und überzeugt von der Vorstellung, Deutschland bedürfe einer Revolution, in sein früheres Vaterland zurück

mit dem Willen, dem Einheitspartei-Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen.

Auf Brandt hatte in Deutschland allerdings niemand gewartet. Noch bevor er wieder deutschen Boden betrat, hatten sich frühere SAP-Mitglieder in allen Besatzungszonen schon lebhaft darum bemüht, eine alle sozialistische Strömungen umfassende sozialistische Einheitspartei zu bilden.

Der Einfluß dieser Kräfte war so stark, daß der hannoversche SAP-Chef und spätere IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner dem SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher einen hohen Preis für den Anschluß der SAP an die SPD abverlangen konnte. Schumacher mußte der SAP, die auch mit der KPD über eine Fusion verhandelte, einen „Marxistischen Arbeitskreis“ zugestehen, der später eine große Bedeutung für die Schulung linkssozialistischer Funktionäre in der SPD und den sozialistischen Gewerkschaften hatte.

In einem Memorandum an Schumacher forderten Brenner für die SAP und Willi Eichler für den Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) den Aufbau einer neuen sozialistischen Partei als „Kampforganisation, die sich die Eroberung der Staatsmacht zum Ziel gesetzt hat, um mit Hilfe dieser Macht den Sozialismus zu verwirklichen“. Da die beiden Politiker in der parlamentarisch-demokratischen Methode kein sicheres Mittel zur Erringung der politischen Macht sahen, vertraten sie die beachtenswerte Meinung, die Partei müsse bereit sein, in revolutionären Zeiten „auch ohne die Zustimmung der Mehrheit des Volkes die Macht zu ergreifen“.

Schumacher lehnte das Verlangen Brenners nach Änderung des Parteinamens „SPD“ ab, kam aber der SAP und dem ISK auf organisatorischem Weg entgegen. Gleichzeitig versicherte Brenner den Genossen der KPD, die ebenfalls bei der SAP um die Bildung einer sozialistischen Einheitspartei warben, es bleibe den Mitgliedern von KPD und SPD überlassen, wieweit

„der so notwendige Schritt zu einer sozialistischen Organisation“ getan werde. Die Genossen von SAP und ISK, so beschied Otto Brenner die KPD, hätten sich bereits entschlossen, diese Arbeit zugunsten der Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei innerhalb der SPD zu leisten, da ihnen hierzu von der SPD die Gelegenheit gegeben werde.

Der Rückblick auf diese der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbekanntem Vorgänge erschien notwendig, weil die Masse der Deutschen fälschlich annimmt, die SPD sei prinzipiell stets gegen irgendwelche Zusammenarbeit mit den Kommunisten oder mit der KPD gewesen und habe nie an eine Verschmelzung mit der KPD gedacht. Brandt war also mit seinen Einheits- und Volkfront-Ideen kein Einzelgänger. Er scheint nur verpaßt zu haben, daß nach dem Arrangement zwischen Schumacher und der Gruppe Brenner/Eichler für die westlichen Besatzungszonen die Würfel in dem Sinn gefallen waren, daß sich die SPD als die sozialistische Einheitspartei empfand, die Masse der Sozialisten in Westdeutschland integriert hatte und Schumacher als eingefleischter Antikommunist sich jedem Gedanken an eine Fusion mit der KPD widersetzte.

Aus seiner Beobachtung, daß in der ersten Nachkriegszeit in Deutschland unter den Sozialisten sozialdemokratischer und kommunistischer Herkunft das Thema der sozialistischen Einheitsbewegung beliebt war, zog Brandt falsche praktische Schlüsse und traf sich 1946 als norwegischer Presseoffizier in Berlin wiederholt mit deutschen kommunistischen Funktionären in West- und Ostberlin.

Namentlich nennt Brandt als einzigen seinen alten „Freund“ Jacob Walcher, der ihn in Paris von schlimmen Vorwürfen eingewaschen hatte. Für das Vertrauen, das Brandt offensichtlich bei der SED-Führung genoß, spricht die Tatsache, daß Walcher ihm „hohe Ämter“ in der Sowjetzone angeboten hat für den Fall, daß er sich der SED anschließe. Die Ostber-

liner Offerte ist besonders aufschlußreich zur Beurteilung der Frage, wo Brandt während des spanischen Bürgerkriegs in den blutigen Richtungskämpfen zwischen der Komintern und der POUM/SAP stand.

Mewis will ebenfalls 1946 ein Gespräch mit Brandt über die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei geführt haben. Der Altkommunist, der mit Brandt während des spanischen Bürgerkriegs aneinandergeraten war, später aber in Skandinavien mit ihm wieder in Kontakt kam, verbreitete darüber zwei Versionen, die unabhängig von den Einzelheiten die Feststellung enthalten, Brandt sei für die Einheitspartei eingetreten:

*„1946, im Februar, saß ich in Westberlin im Gebäude unserer Berliner Parteiorganisation. Ich war damals dort Sekretär. Und eines Tages erscheint ein norwegischer Offizier. Er breitet die Arme aus: Endlich ist es soweit, jetzt kommt die Einheitspartei! Ich sage: Entschuldige, aber da mußt du erst die Uniform ausziehen und ein deutscher Antifaschist werden. Er erklärte, er sei für den Zusammenschluß der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in Berlin. Aber ich wußte, daß er nicht als norwegischer Offizier, sondern im Auftrage der Militärmission der Amerikaner nach Berlin gekommen war. Und bereits ein halbes Jahr später hatte er die Spaltung der Berliner Sozialdemokratie organisiert und verhindert, daß die Westberliner Sozialdemokraten den Zusammenschluß mitmachten. Er hat keine Mittel gescheut, seine Karriere zu Ende zu führen.“*

Viele Jahre später, 1971, als Brandt schon die Ostverträge unterschrieben hatte, gab Mewis in seinem Buch „Im Auftrag der Partei“ nach einem Hinweis, daß Brandt in Schweden Kontakte zu ihm gesucht habe, folgende Darstellung über die

spätere Begegnung mit Brandt in der SED-Landesleitung Berlin:

*„Erst 1946 sah ich Willy Brandt wieder. Damals befand sich die Landesleitung Berlin der SED schon in der Behrenstraße. Ich arbeitete dort als Sekretär für Agitation und Propaganda. Einige Wochen nach der Vereinigung erschien in meinem Büro ein norwegischer Offizier, der mich freudig begrüßte. Es war Willy Brandt. Begeistert sprach er von der Einheitspartei und erklärte, seine Hauptaufgabe sehe er darin, in West-Berlin für die Vereinigung zu wirken.“*

Auch wer geneigt ist, Mewis' unterschiedliche Darstellungen schon wegen der widerspruchsvollen Einzelheiten der Begegnung — einmal will Mewis das Gespräch in Westberlin, das andere Mal in Ostberlin geführt haben! — für wenig glaubwürdig zu halten, kann dennoch nicht übersehen, daß Mewis sich in der Hauptsache nicht getäuscht hat. Daran ändert auch nichts seine unsinnige Behauptung, Brandt habe den Zusammenschluß von SPD und KPD in Westberlin verhindert.

Von Willy Brandt selbst liegen genügend Zeugnisse für seine Sympathien zugunsten einer Einheitspartei vor. In seinem 1946 veröffentlichten Buch „Forbrytere og andre tyskere“ („Verbrecher und andere Deutsche“), an das er nur ungern erinnert sein möchte, vertrat er die Auffassung, die Kommunisten nähmen „im Gegensatz zu früher eine positive Haltung der Demokratie und dem Parlamentarismus gegenüber ein“. Da es in den Programmen der SPD und der KPD keinen größeren Unterschied gebe, fragte er sich, „warum sie nicht zusammengehen“.

Als Schumacher Brandt, der Ende 1947 seinen Status als norwegischer Diplomat aufgegeben hatte, mit der Übernahme

des Berliner SPD-Sekretariats beauftragte, sah sich der frühere SAP-Spitzenfunktionär schon bald heftigen Angriffen aus den eigenen Reihen ausgesetzt. „Emigrantentratsch lebte auf mit absurden Verdächtigungen“, schreibt er in seinen Memoiren, ohne näher auf die Beschuldigungen einzugehen, die gegen ihn erhoben wurden und seine Zusammenarbeit mit KPD-Führern sowie bislang ungeklärte Affären in der Emigration betrafen:

*„Da gab es auch einige, die mich in Hannover (bei Schumacher) als ‚nicht ganz zuverlässig‘ anschwärzen wollten und dabei auf Walchers gelegentliche Besuche bei mir anspielten.“*

Der Verdacht in Schumachers SPD-Hauptquartier, Brandt liebäugle mit dem Gedanken einer Verschmelzung von SPD und KPD mußte zwangsläufig aufkeimen, weil viele SPD-Mitglieder über die politische Haltung Brandts gut informiert waren. In Berkandts Pro-Brandt-Biographie „Willy Brandt — Schicksalsweg eines Politikers“ wird erwähnt, „daß Willy Brandt, wie damals übrigens die Mehrheit vor allem der jüngeren Sozialdemokraten, bis in die erste Nachkriegszeit hinein einer engen Zusammenarbeit, ja vielleicht sogar einer organisatorischen Vereinigung von demokratischen Sozialisten und Kommunisten nicht ablehnend gegenüberstand“.

Berkandt, der sich in der Vita Brandts gut auszukennen scheint und die Strömungen innerhalb des deutschen Sozialismus aufmerksam verfolgt hat, schrieb, die „verlockende Aufgabenstellung“ einer organisatorischen Verschmelzung von Kommunisten und Sozialisten habe vor allem Brandt gereizt, „der sich schon durch seine Beobachtungen in Spanien über die Rolle der Sowjetunion weniger Illusionen machte als die meisten seiner Gesinnungsgenossen der gleichen Generation“. Aus diesem Grunde habe er auch die „ursprünglichen Vereini-



gungsbestrebungen" während der unmittelbaren Nachkriegszeit „zunächst weniger negativ als Kurt Schumacher" gesehen.

Unstreitig ist die Einheitsfrage eine der Hauptursachen der Spannungen zwischen Schumacher und Brandt gewesen. Brandt warf dem Parteiführer öffentlich vor, seine Haltung zur Einheitsfrage wirke „wenig positiv". Er hat sich mit Schumacher nach seinen eigenen Worten nicht „wesensverwand" gefühlt. Mehr über das merkwürdige Verhältnis der beiden grundverschiedenen Männer zueinander könnte die Bundestagspräsidentin Annemarie Renger sagen, die als ehemalige Privatsekretärin Schumachers alles über das Zerwürfnis Schumacher/Brandt und seine Ursachen weiß.

## **Start mit falscher Parteieurkunde**

Seine faszinierende politische Karriere im Nachkriegsdeutschland verdankt Brandt dem vielleicht zufälligen oder auch geplanten Umstand, daß die norwegische Regierung ihn entgegen ihren ursprünglichen Absichten nicht als Diplomat nach Paris schickte, sondern als Presseattache zu ihrer Militärmission nach Berlin entsandte. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, daß Brandt vielleicht sein weiteres Leben lang Norweger geblieben und nicht wieder nach Deutschland zurückgekehrt wäre, wenn die Regierung in Oslo es so gewollt hätte.

Einmal in Deutschland, waren die bestimmenden Faktoren für Brandts Aufstieg

- seine Ernennung zum Berlin-Beauftragten des SPD-Vorstandes,
- die dadurch gegebene Möglichkeit, innerhalb der Berliner Parteiorganisation Fuß zu fassen,

- die Ausnutzung innerparteilicher Querelen zum eigenen Vorteil,
- die systematische Eroberung der Macht in der Berliner Parteiorganisation und
- die Protektion durch die amerikanische Hochfinanz, ohne deren Einverständnis in Westdeutschland niemand in entscheidende politische Schlüsselstellungen gelangen kann.

Wie es dem in SPD-Kreisen Berlins fast völlig unbekanntem norwegischen Beamten gelang, von Kurt Schumacher zum Berlin-Beauftragten des in Hannover residierenden Parteivorstandes ernannt zu werden, ist bis heute ein Rätsel geblieben.

Brandt behauptet, der Vorschlag, die Berliner Verbindungsstelle des Parteivorstandes zu übernehmen, sei von Schumacher gekommen und ihm von Erich Brost, dem heutigen Herausgeber und Miteigentümer der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“, überbracht worden. Brost, ehemaliger SPD-Emigrant in Schweden, war 1947 Berlin-Beauftragter Schumachers.

Nach Darstellung der ehemaligen SED-Funktionärin und heutigen WDR-Kommentatorin Carola Stern ging der Vorschlag, Brandt zum Berlin-Beauftragten zu machen, entgegen der Brandt'schen Version nicht von Schumacher aus:

*„Als Brost 1947 das Angebot bekommt, im Ruhrgebiet eine neue Zeitung aufzumachen, schlägt er der Parteiführung, und zwar Erich Ollenhauer, vor, Brandt zu seinem Nachfolger zu machen. Die SPD-Zentrale akzeptiert den Vorschlag.“*

Schumacher konnte sich erst nach einigem Zögern dazu entschließen, Brandt den Posten in Berlin anzuvertrauen. Den fanatischen Antikommunisten irritierte nicht nur die prokommunistische Vergangenheit des alten SAP-Funktionärs, gegen

den Genossen aus der Emigration die heftigsten Vorwürfe erhoben. Vor allem Brandts andauernde Beziehungen zu kommunistischen Funktionären in Berlin erregten das Mißtrauen des SPD-Chefs in Hannover.

Über die Kontakte Brandts zu Kommunisten im Nachkriegs-Berlin liegt nicht nur das Zeugnis von Karl Mewis vor. Brandt selbst bestreitet nicht, daß bei solchen Gesprächen sogar eine mögliche politische Karriere im kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands erörtert wurde. Der Altkommunist Jacob Walcher, sein alter Freund aus SAP-Tagen, der sich der SED angeschlossen und einen einflußreichen Posten in Ulbrichts Machtbereich erhalten hatte, scheint ihm in einer dieser Unterredungen ein verlockendes Angebot gemacht zu haben. Brandt:

*„ Und er ließ durchblicken, daß mir hohe Ämter offenstünden, falls ich seinem Beispielfolge.“*

In einem längeren Brief an Schumacher äußerte Brandt sich zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen. Zur Veröffentlichung des vollständigen Wortlauts dieses zweifellos interessanten Briefes konnte er sich bis heute nicht entschließen. Die Öffentlichkeit speiste Brandt in seinen Memoiren mit der Wiedergabe nichtssagender Passagen des Briefes an Schumacher ab.

Ob Schumacher nun durch diesen Brief davon überzeugt wurde, daß die von alten sozialdemokratischen Genossen gegen Brandt vorgebrachten Beschuldigungen haltlos waren, oder ob zugunsten Brandts die Besatzungsmächte und ihre Geheimdienste Druck auf den SPD-Vorstand ausübten, ist nicht bekannt. Unbestreitbare Tatsache ist jedenfalls, daß Brandt persona grata nicht nur bei den Norwegern, sondern auch bei den Amerikanern und Briten war.

Bei der Regierung in Washington war Brandt gut angeschrieben wegen seiner Stockholmer Vorschläge zur politischen Neu-

Ordnung Deutschlands, die sich weitgehend mit den amtlichen US-Vorstellungen über die „Demokratisierung“ Deutschlands und die „Umerziehung“ seiner Bevölkerung deckten. In London, wo nach dem Krieg die Labour Party an die Macht gekommen war, war Brandt auch kein Unbekannter. In dem Hintergrundbericht von SPD-Insidern „Deutschland, deine SPD“ wird behauptet, die ersten drei Bücher, die Brandt in Schweden schrieb, seien „aus den Kassen des Secret Service finanziert“ worden. Die engen Beziehungen, die Brandt in Stockholm zu Briten und Amerikanern unterhielt, werden in dem Bericht so geschildert:

*„ Willy Brandt hatte seine passive politische Haltung aufgegeben. Jetzt begann er, wie vor ihm bereits Wehner, Nachrichten zu sammeln, ihm erschien alles interessant, was deutsche Besatzungstruppen in Norwegen und Dänemark trieben. Er suchte auch nach Neuigkeiten aus dem Deutschen Reich. Und wenn sie seinen Pressebüro-Schreibtisch erreichten, wurden die Meldungen auch abgesetzt, unter anderem bei den Engländern und Amerikanern. Hier begannen seine Kontakte zu US-Redaktionen. “*

Bei so engen und weitreichenden Beziehungen zum Nachrichtengewerbe jener Staaten, die nunmehr im eroberten Deutschland Besatzungsmacht waren, wäre es jedenfalls verständlich gewesen, wenn die SPD-Zentrale in Hannover über das hinweggesehen hätte, was Brandt „Intrigen“, „Emigranten-Tratsch“ und „absurde Verdächtigungen“ nennt. Schumacher setzte jedenfalls durch sein Placet Brandt auf das Sprungbrett, von dem aus der tatendurstige Heimkehrer sich in die politische Arena stürzen konnte.

Mit den gesammelten Erfahrungen in parteipolitischen Auseinandersetzungen und innerparteilichen Fraktionskämpfen

setzte Brandt sofort instinktiv auf das richtige Pferd. In den Auseinandersetzungen zwischen dem Berliner Bürgermeister Ernst Reuter und dem Berliner SPD-Vorsitzenden Franz Neumann nahm er für Reuter Partei und hängte sich an dessen Rockschöße. Als Profiteur des Zerwürfnisses zwischen den beiden bekanntesten politischen Figuren in Westberlin konnte er sich auf Arbeit für den eigenen Erfolg konzentrieren. Durch planmäßige Kleinarbeit gelang es ihm, sich eine Mehrheit des Berliner SPD-Parteitags gegen den Parteichef Neumann zu verschaffen. Wie es in diesem Kampf, der durch offene Feindschaft zwischen sozialistischen „Brüdern“ gekennzeichnet war, zugeht, beschrieb Carola Stern so:

*„ . . . machte sich Brandt daran, systematisch die zwanzig Kreisorganisationen zu erobern. Die Brandt-Crew zog von Versammlung zu Versammlung. Auch die Presse wurde eingespannt. Bevor ‚ihr Mann‘ 1958 zum drittenmal und diesmal erfolgreich gegen Neumann kandidierte, entwickelte Klaus Schütz ‚ein Karteikartensystem, in dem die politischen Ansichten aller Parteitagsdelegierten verzeichnet wurden, und arbeitete Methoden aus, nach denen man auf der Grundlage dieses Katalogs an jeden einzelnen Delegierten herantreten konnte‘. Fein ist es auf beiden Seiten in diesem jahrelangen Kampf nicht zugegangen. Jede Gruppe war vorübergehend überzeugt, daß die andere ‚in Grund und Boden gestampft werden müßte‘.“*

Als Brandt Statthalter des SPD-Vorstandes in Berlin wurde, war er norwegischer Staatsbürger. Einige Monate später wurde ihm die deutsche Staatsangehörigkeit wieder zuerkannt. Das Recht, anstelle seines Geburtsnamens Herbert Ernst Karl Frahm den Namen Willy Brandt zu tragen, erhielt er nach An-

gaben Germers erst am 11. August 1949. Dennoch enthält das SPD-Mitgliedsbuch Nr. 9/156/48, das 1948 ausgestellt wurde, den Namen Brandt, dessen er sich zu dieser Zeit eigentlich nicht bedienen durfte. Wie schon an anderer Stelle erwähnt, enthält diese parteiamtliche Urkunde die unwahre Angabe, Brandt sei von 1930 an ununterbrochen Mitglied der SPD.

Durch dieses Parteibuch wurde den Mitgliedern der SPD vorgetäuscht, bei Brandt handele es sich um einen Altgenossen. Ebenso interessant wie die falschen Eintragungen ist nun, wie diese Angaben in das Parteibuch kamen. Die mit dem Parteistempel versehene Urkunde des Kreisverbandes Wilmersdorf ist ausgestellt und unterschrieben von „Wellmann“. Der damalige Sekretär des SPD-Kreisverbandes Wilmersdorf hieß Hans Wellmann, während Vorsitzender desselben Kreisverbandes der unter seinem Decknamen Willy Brandt lebende Herbert Frahm war. Wellmann, ein gelernter Maurer, wurde später persönlicher Referent Brandts und zog auch in den Deutschen Bundestag ein. Es ist kaum anzunehmen, daß die SPD untersucht wird, wer Wellmann veranlaßt hat, den Parteineuling Brandt als Altmitglied seit 1930 auszuweisen.

## **Karrieren für Männer des Systems**

Brandts stetiger Aufstieg zum Lokalpolitiker in Westberlin wurde begünstigt durch die politischen Zeitumstände und den unerwartet frühen Tod Reuters und seines Nachfolgers Otto Suhr. Entscheidende Unterstützung bei seinem ehrgeizigen Vorhaben, Berlin als Plattform persönlicher Macht zu erobern, um von dort aus seine bundespolitische Karriere voranzutreiben, erhielt er vornehmlich von amerikanischer Seite und ihr verbundenen deutschen Kreisen. Die ostdeutschen Kommuni-

sten trugen, wie noch dargelegt wird, auf ihre Weise zu seiner Popularisierung bei. Hinzu kam noch, daß die SPD, die zwischenzeitlich unter das Joch des Machtpolitikers Herbert Wehner geraten war, bundesweit auf der immer starker werdenden Brandt-Welle mitschwamm und sich von ihr Vorteile versprach. Hier trafen sich auf glückliche Weise die Interessen der amerikanischen Hochfinanz mit den Absichten Wehners.

Die Interessenidentität zwischen den Superkapitalisten und dem wirklichen Boß der deutschen Sozialdemokratie erscheint unverständlich und phantastisch, wenn man von der irrigen Ansicht ausgeht, Wehner sei ein eingefleischter Kommunist und verkappter Agent Moskaus. Wer sich näher mit der Person und dem Lebensweg dieses hochkarätigen Machtpolitikers beschäftigt, stellt sehr bald fest, daß Wehner — wie Willy Brandt, Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß, Helmut Kohl und andere — Nutznießer und Diener des westlichen „demokratischen“ Herrschaftssystems ist, das sich von dem östlichen „demokratischen“ System hinsichtlich der faktischen Beherrschung der Volksmehrheit durch minoritäre gesellschaftliche Kräfte nicht unterscheidet.

Das Zerrbild, das sich weite Teile der Öffentlichkeit von der Rolle Herbert Wehners machen, ist das Ergebnis haßerfüllter Kampagnen, die gegen ihn von kommunistischer und pseudo-konservativer Seite geführt worden sind. Moskau und Ostberlin, die allen Anlaß hätten, wegen ihres eigenen grenzenlosen Opportunismus im Kampf um die Macht zu schweigen, stempelten Wehner als Verräter und Schurken ab (Dokument 5). Andererseits sah sich Wehner von CDU und CSU wegen seiner früheren Rolle als Spitzenfunktionär der Komintern und der KPD Verdächtigungen ausgesetzt, er betreibe im sozialdemokratischen Tarnkleid raffiniert die Politik und die Geschäfte des Kreml.

Bei nüchterner Betrachtung der Dinge läßt sich nicht über-

sehen, daß die Kommunisten hier aus ihrer Interessenlage einen ihrer ehemaligen Spitzenmanager, der sich mit ihnen — aus welchen wirklichen oder vermeintlichen Anlässen oder Gründen auch immer — verkracht hat, als moralisch minderwertigen Überläufer in das Lager des Feindes bezeichnen, während Wehner umgekehrt seinen ehemaligen Brötchengebern in Moskau Verrat am sozialistischen und demokratischen Gedanken vorwirft. Es wird sich wohl nie klären lassen, wessen Vorwürfe richtig sind. Wehner zog jedenfalls aus der Tatsache, daß ihn seine ehemaligen Arbeitgeber in Moskau fristlos und ohne vorherige Anhörung entließen und ihm dazu noch ein schlechtes Zeugnis ausstellten, die verständliche Konsequenz, sich in den Dienst der westlichen Variante des „demokratischen“ Systems zu stellen.

Heuchelei wäre es, Wehner deswegen zu verurteilen, daß er auf denkbare andere berufliche Alternativen verzichtet hat. Ernsthaft konnte doch niemand erwarten, daß ein Mann von der Intelligenz Wehners aus etwaigem Ekel sowohl vor dem östlichen wie dem westlichen „demokratischen“ System sich zu politischer Enthaltensamkeit entschließen und das Leben eines unbedeutenden kleinen Angestellten oder Arbeiters führen würde, oder daß Wehner sich an die Spitze einer von vornherein zum Mißerfolg verurteilten sektiererischen kommunistischen Partei nach Art der SAP stellen würde.

Wehner, der in machtpolitischen Kategorien zu denken gewohnt ist, blieb, wenn er überhaupt im politischen Geschäft bleiben und dort Erfolg haben wollte, bei der gegebenen machtpolitischen Konstellation gar nichts anderes übrig, als sich voll in den Dienst des westlichen Herrschaftssystems zu stellen. Wenn die SPD ihn nicht aufgenommen hätte, wäre der leidenschaftlich am Mitmischen in der Politik interessierte Mann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zwangsläufig bei der CDU/CSU gelandet, die sich — genauso



wie SPD, SED und FDP — nicht dagegen sperrt, Leute in ihre Reihen aufzunehmen, die von sich behaupten, sie hatten mit ihrer früheren politischen Meinung gebrochen.

Wer den Fall Wehner reduziert auf das, was er tatsächlich beinhaltet — nämlich den aus Not geborenen Wechsel des Arbeitgebers seitens eines fristlos gefeuerten außergewöhnlich talentierten Politmanagers —, wird deshalb die Ansicht, er besorge insgeheim noch die Geschäfte seiner früheren Firma in Moskau, als absurd ansehen. Wenn hie und da eine solche Ansicht wegen der politischen Haltung Wehners entstehen konnte, dann sind solche Vorurteile vor allem darauf zurückzuführen, daß zwischen Wehners früheren Arbeitgebern in Moskau und den wirklichen politischen Machthabern des westlichen Herrschaftssystems auf bestimmten Gebieten der Politik eine Interessengleichheit besteht oder von beiden Seiten aus taktischen Erwägungen der Öffentlichkeit vorgetäuscht wird.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedarf, daß Herbert Wehner seit seiner Verstoßung durch Moskau fest in das westliche System integriert ist und ihm nützliche Dienste erweist, dann haben ihn CDU und CSU geliefert, die wider besseres Wissen Gruselmärchen über ihn und seine Genossen verbreiten. Führende Männer dieser beiden Parteien, voran Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß, haben bei vielen Gelegenheiten ihr volles Vertrauen zu Wehner bekundet. Da CDU und CSU die politischen Interessen der internationalen Hochfinanz vertreten, bedeutet dies, daß Wehner als die wichtigste Figur der SPD das Vertrauen auch der Machthaber der westlichen Welt in Manhattan genießt.

Die Beschäftigung mit Herbert Wehner und seinem Platz im politischen Machtgefüge ist unerläßlich für das Verständnis der Entwicklung der Karriere Willy Brandts und der ihm zugeteilten politischen Rolle. Ohne Zustimmung Wehners, der nicht gegen den Willen der internationalen Hochfinanz Mitte der

fünfziger Jahre faktisch die Macht in der SPD an sich riß, wäre Brandt niemals als Galionsfigur der deutschen Sozialdemokratie erkoren worden. Zwischen Wehner und den Finanzparasiten von Wall Street bestand stillschweigendes Einvernehmen darüber, daß sich unter dem politischen Nachwuchs in der Bundesrepublik Deutschland niemand besser als Brandt dazu eigne, in einer durch den allmählichen Übergang vom Kalten Krieg zur Entspannung und Kooperation veränderten weltpolitischen Landschaft zum „Staatsmann“ aufgebaut zu werden, der im geeigneten Augenblick eine neue „deutsche“ Politik durchführen könne.

Das abgekartete Spiel, den mit schauspielerischem Talent ausgestatteten Berliner Provinzfunktionär Willy Brandt als falschen politischen Messias auf das deutsche Volk loszulassen, war einer der glänzendsten Einfälle, die Wehner und die Machthaber in Amerika hatten. Brandt war damit quasi zum Erfolg verurteilt. Ernsthafter Widerstand gegen den Willen seiner mächtigen Protektoren war nicht zu erwarten, zumal die tonangebenden Leute im sogenannten bürgerlichen Lager in der Bundesrepublik spürten, daß Brandt mit dem Segen der „Schutzmacht“ USA nach oben geschoben wurde. Adenauers CDU/CSU-Regierungen griffen deshalb auch tief in die Staatskasse, um „Willy Brandt alias Herbert Frahm“, wie Adenauer seinen parteipolitischen Gegner in Wahlreden zu bezeichnen pflegte, weltweit politisches Prestige zu verschaffen. Adenauer, der Brandt versicherte, daß er nicht gegen ihn eingestellt sei, wußte als westdeutscher Vertrauensmann der internationalen Hochfinanz nur zu gut, daß seine Freunde in den USA Vertrauen zu Herbert Wehner und Willy Brandt hatten. CDU und CSU konnten sich deshalb wirklichen Widerstand gegen das Hochkommen Brandts nicht leisten. Denn er und seine Partei gehörten ja wie sie selber zum Instrumentarium des demokratischen Systems.

Der systembedingte Konsensus zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den sogenannten C-Parteien wird durch die täglichen ideologischen Scheingefechte, die sich beide Gruppierungen liefern, ständig verschleiert, ist aber eine der bedeutsamsten politischen Realitäten in der Bundesrepublik Deutschland, so sehr sich auch die Chefdemagogen beider Richtungen wechselseitig als „Sicherheitsrisiko“ einstufen und einander die Praktizierung faschistischer Methoden vorwerfen. Nach Theaterschluß versäumen sie natürlich nicht, sich zur „Solidarität der Demokraten“ zu bekennen.

Ohne Berücksichtigung der machtpolitischen Verfassung des westlichen Herrschaftssystems und der Abhängigkeitsverhältnisse in ihm sind Karrieren, wie sie Brandt und Wehner gemacht haben, unverständlich. Nur in einem System, dessen Hauptkennzeichen die Unaufrichtigkeit gegenüber den unaufgeklärten Massen ist, konnte sich ein Mann wie Brandt erfolgreich als politischer Erlöser und Moralprediger aufspielen. Und es ist auf die Eigentümlichkeiten dieses Systems mit seiner fast perfekt organisierten Volksverdummungsindustrie zurückzuführen, daß politische Scharlatane hohes Ansehen genießen, so lange sie den Herrschern des Systems nützlich erscheinen.

## **Interventionen aus Amerika**

Der breiten Öffentlichkeit in Deutschland fiel Willy Brandt nicht auf, als er sich in Berlin in pausenlosem Kleinkrieg gegen Franz Neumann hochboxte. Im Deutschen Bundestag, dem er seit 1949 angehörte, war er einer der vielen, denen niemand sonderliche Beachtung schenkte.

Erst mit dem Tod Suhrs kam Brandt plötzlich ins Rampenlicht, als die USA und die bürgerliche Presse vehement seine

Berufung zum Bürgermeister des westlichen Teils der ehemaligen Reichshauptstadt forderten. Seit diesem Tag ist der Name Brandt nicht mehr aus den Schlagzeilen der in- und ausländischen Presse verschwunden. Die aggressive sowjetische Berlin-Politik steigerte noch das Interesse an dem Mann, der unter der Oberleitung der westlichen Besatzungsmächte die Verwaltung der bedrängten Stadt leitete. Als publicitybewußter Politiker verstand Brandt aus dieser einmalig günstigen Lage für sich Kapital zu schlagen.

Die Forderung, Brandt zum Bürgermeister von Westberlin zu machen, kam, wie Karl J. Germer, der erste Nachkriegsvorsitzende der SPD in Berlin, berichtet, von der amerikanischen Regierung. In Washington hatte man den aufstrebenden Politiker nie aus dem Auge verloren und sorgfältig registriert, wie geschickt er sich dem Wind anzupassen verstand, der aus Amerika wehte.

Nach Darstellung Germers erfolgte die Kampagne der bürgerlichen Presse, Brandt zum Bürgermeister zu wählen, auf direkte Weisung der US-Botschaft in Bonn-Mehlem. Germer schrieb, er habe von einem Redakteur der Berliner „Morgenpost“, einem Blatt des Springer-Konzerns, erfahren:

*„Am 4. September 1957 berief unser Chefredakteur von Bonn aus eine dringende Redaktionskonferenz für den Abend ein, da er eine wichtige Nachricht mitbringen würde. Die Nachricht lautete: ‚Ich weiß, wer der Regierende Bürgermeister sein wird; unter den Spitzenfunktionären der SPD gibt es keinen ernsthaften Gegenkandidaten. Alle sind durchgesprochen worden. Der zukünftige Bürgermeister heißt Willy Brandt.‘ Als einige Kollegen die Bemerkung fallen ließen, ‚den kennt doch niemand‘, erhielten sie die Antwort: ‚Dafür sitzen wir ja hier zusammen, wir werden ihn bekannt machen.‘ Diesen Auftrag*

*erteilte dem Chefredakteur die Botschaft der USA in Mehlem."*

Das Trommelfeuer für Brandt, das im State Department ausgelöst worden war, walzte die letzten Widerstände gegen ihn in der Berliner SPD nieder. Schlagzeilen der bürgerlichen Presse wie „Das ist der richtige Mann für uns!“, „Den Besten für Berlin!“ verdrängten die Frage, wer dieser von der amerikanischen Hochfinanz und dem Strauß-Freund Axel Springer protegierte Mann eigentlich ist und was ihn denn charakterlich für seine künftige Aufgabe auszeichne. Der verbale Antikommunismus, den Brandt in der Zeit des Kalten Krieges ebenso überzeugend wie CDU-Politiker zu zelebrieren verstand, reichte als politischer Befähigungsnachweis aus, um ohne Prüfung seiner Person und seines Lebensweges mit den Stimmen der CDU zum Bürgermeister gewählt zu werden. Damit gehörte er als Chef der Regierung eines besonders exponierten Stadtstaates der ersten Garnitur deutscher Politiker an.

Zu Brandts Image als bürgerlicher Demokrat trugen nicht nur die Springer-Blätter und andere der CDU nahestehende Gazetten bei. Auch die ostdeutschen Kommunisten beteiligten sich auf ihre Weise an der Popularisierung dieses Mannes, indem sie ihn als Prototyp des Kapitalistenknechts und des Arbeitverrätters hinstellten und sich dabei auf die positiven Urteile der bürgerlichen Presse über Brandt stützten. Bei der Aversion der Bevölkerung in der Bundesrepublik gegen die SED hatten die Attacken der SED auf Brandt die Wirkung, daß er vielen Menschen schon deshalb als vertrauenswürdig erschien, weil er von dem verhaßten Ulbricht angerempelt wurde. Das vertrauensselige Publikum ahnte ja nicht die enge Geistesverwandtschaft zwischen Ulbricht und Brandt, für die die Volksfront-Erklärung (vgl. dazu Dokument 4) ein eindrucksvolles Zeugnis ist.

Als Brandt 1957 Bürgermeister und ein Jahr später auch Vorsitzender der Berliner SPD wurde, vollzog Herbert Wehner eine innen- und außenpolitische Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie. Mit dem „Godesberger Programm“ leitete Wehner den Durchbruch der SPD zur „Volkspartei“ ein. Gleichzeitig teilte er Brandt, der sich auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges in Berlin national und international zu profilieren verstand und schon einen Bekanntheitsgrad wie Adenauer erreicht hatte, die Rolle des künftigen Stimmenfängers für die SPD zu. 1961 schickte Wehner ihn erstmals als Kanzlerkandidat gegen Adenauer ins Rennen. Niemand in der SPD bot Wehner langfristig idealere Voraussetzungen für die Regierungsübernahme in Bonn durch die SPD als der Berliner Frontstadt-Held, der ein auf die bürgerliche Mentalität der Massen zugeschnittenes gemäßigt wirkendes innenpolitisches Programm vertrat und den Eindruck hervorrief, daß er und die SPD selbstverständlich an der bisherigen ostpolitischen Konzeption festhalten würden: keinerlei Konzessionen an Moskau!

Die folgende Blütenlese aus Reden und Erklärungen Brandts macht deutlich, daß er zur Erreichung der ihm von Wehner gesteckten Ziele zu Aussagen bereit war, deren wörtliche oder sinngemäße Wiederholung heute von der SPD als friedensgefährdendes revanchistisches Geschwätz alter Nazis bezeichnet werden würde:

*„Die Spaltung Deutschlands in Unfreiheit für 17 Millionen Deutsche gefährdet den Frieden der Welt.“*

*„Wir werden uns niemals abfinden mit der widernatürlichen Teilung, denn wir haben das gleiche Lebensrecht wie andere Völker.“*

*„Es bleibt dabei: auch wenn wir die Teilung faktisch hinnehmen müssen, kann das freie Deutschland kein Regime anerkennen, das nur auf Bajonetten ruht und von*

*den Menschen verabscheut wird. Wir sind bereit, Opfer zu bringen, aber wir sind nicht bereit, sechzehn Millionen Menschen zu opfern. Das ist ein Grundsatz der Moral. Der zweite Grund liegt in unserer Verfassung. Sie macht uns die Wiederherstellung der staatlichen Einheit zur Pflicht."*

*„Die Preisgabe unserer Landsleute wird nicht stattfinden. Wir sind ein Volk, das auch eine Selbstachtung hat. Recht und Moral verpflichten uns zu diesem Standpunkt. "*

*„Man kann einem Volk, wie wir es in den letzten Jahren erlebt haben, eine Teilung auferlegen, man kann es aber nicht auch dahin bringen, sie zu akzeptieren, sich damit abzufinden und sie zu unterschreiben. Das Ergebnis würde nicht dem Frieden dienen."*

*„ Wir müssen uns streng davor hüten, in Gedanken die Zweistaatentheorie mitzuvollziehen, die man uns aufschwätzen will."*

*„(Wir werden) nicht eher wieder wirklich ruhig schlafen, bevor die Mauer verschwunden ist. "*

*„ Wer glauben sollte, daß dieses Volk sich mit der Teilung abfindet, irrt. Das ist die Aufgabe Berlins, der Pfahl zu sein, der in dieser Wunde des Unrechts steckt und nicht vernarbt."*

*„Ich habe gesagt, wir werden unsere Landsleute nicht verraten. Ich ergänze: wir wollen es nicht und wir können es nicht."*

*„ Wir lassen die Frage der deutschen Einheit nicht von der Tagesordnung der internationalen Politik absetzen. Wir überlassen Herrn Ulbricht nicht das Feld. "*

*„Schlesien bleibt in unserem Bewußtsein deutsches Land."*

Während Wehner und Brandt den Deutschen vorspiegelten, eine von Brandt geführte Regierung werde sich von niemandem in der Wahrnehmung deutscher Interessen übertreffen lassen, waren schon längst die Weichen für eine massenpsychologisch behutsame Neuorientierung der Ost-West-Beziehungen in Washington gestellt worden. Brandt paßte sich geschickt dem von Präsident John F. Kennedy eingeleiteten Kurswechsel an. Egon Bahr, der Jahre später den Moskauer Vertrag aushandelte, war zwischenzeitlich auf amerikanisches Betreiben Brandt als Chefdenker und Unterhändler für Geheimkontakte zu kommunistischen Kreisen beigeordnet worden, wie Germer berichtet:

*„Wie beim Aufbau des ‚Regierenden‘, war bei der ‚Lancierung‘ des Egon Bahr dieselbe Hand im Spiel.“*

Bahr, der, bevor er in die Dienste Brandts trat, bei dem amerikanischen Rundfunksender RIAS tätig war und seinen Arbeitgebern durch stramm verbalen Antikommunismus angenehm aufgefallen war, enttäuschte seine Gönner nicht. Der flexible Mann trat schon 1963 mit einem neuen ostpolitischen Konzept der SPD unter der Devise „Wandel durch Annäherung“ an die Öffentlichkeit. Erst Jahre später kamen durch Geheimdienst-Berichte Einzelheiten über seine geheimen Sondierungen mit kommunistischen Persönlichkeiten im Auftrag Brandts ans Tageslicht. Der CDU-Kanzler der Großen Koalition, Kurt Georg Kiesinger, und sein Staatssekretär, der heutige Fraktionschef der CDU/CSU im Bundestag, Karl Carstens, kehrten diese Affäre kurzerhand unter den Teppich.

Die Bahr-Affäre wurde durch einen Artikel im CSU-Organ „Bayernkurier“ ausgelöst (Dokument 6), der in der Öffentlichkeit Aufsehen erregte, weil der Herausgeber des Blattes, Franz Josef Strauß, in der Großen Koalition mit Brandt und



Wehner einträchtig am Kabinetttisch saß. In Anspielung auf geheimdienstliche Erkenntnisse, die dem Blatt vorlagen, wurde in dem Artikel ziemlich unverhüllt die Frage gestellt, ob der immer deutlicher sichtbar werdende ostpolitische Kurs der SPD mit weitreichenden Zugeständnissen an Moskau auf Absprachen des Brandt-Intimus Bahr mit den Kommunisten beruhe.

Die Attacke des Strauß-Sprachrohrs galt nur vordergründig Bahr. Zielscheibe und Adressat war Bahrs Chef und Auftraggeber Brandt, der — wie andere sozialdemokratische Persönlichkeiten — einige Zeit vorher in Rom mit italienischen kommunistischen Spitzenfunktionären zusammengetroffen war. Auch der einflußreiche ehemalige KPD-Spitzenfunktionär und Brandt-Berater Leo Bauer hatte bereits Geheimkontakte zu den Führungen ausländischer kommunistischer Parteien aufgenommen.

Auf die Veröffentlichung, die kurz darauf noch durch die Enthüllung weiterer Details über Bahr in Springers „Welt am Sonntag“ angereichert wurde, reagierte Brandt nicht mit der Beantwortung der politischen Fragen, die jetzt aufgeworfen waren. Wie immer, wenn er sich durchschaut fühlt, wandte er die bewährte Methode „Haltet den Dieb!“ an und stellte Bahr wortreich als Opfer eines „Sumpfes von Verleumdung“ dar. Durch Abschweifen auf Vorgänge von sekundärer Bedeutung lenkte er erfolgreich vom neuralgischen Punkt der Fragestellung ab.

Ausgangspunkt der Veröffentlichungen waren bittere Klagen des SED-Chefs Walter Ulbricht auf einem Parteitag der polnischen Kommunisten über einen angeblichen Wortbruch der SPD-Führung. Der damalige SED-Führer hatte den Sozialdemokraten vorgeworfen, sie hätten ihr der SED-Führung gegebenes Versprechen, eine Anerkennung der DDR durch Teilabkommen herbeizuführen, nicht eingehalten. Von der

SPD-Führung waren Ulbrichts sensationelle Erklärungen als „unwahr“ zurückgewiesen worden.

Unter Bezugnahme auf Ulbrichts Äußerungen und die vorliegenden geheimdienstlichen Erkenntnisse schrieb nun das Strauß-Blatt, man werde wohl bald an Bahr Fragen zu seinen Kontakten und Gesprächen mit der SED stellen. Damit war angedeutet, daß die Klagen Ulbrichts über den Wortbruch der SPD einen realen Hintergrund hatten.

Die SPD und ihr nahestehende Medien gebärdeten sich wie Unschuldslämmer. Die Veröffentlichungen in den Blättern von Strauß und Springer wurden als „Brunnenvergiftung“ und „Verleumdung“ bezeichnet, den Verfassern vorgeworfen, sie hätten das Material in Ostberlin gekauft oder es sei ihnen von dort zugespielt worden. Der Sprecher des SPD-Vorstandes sprach sogar davon, daß das Material gegen Bahr eine „Fälschung“ und der Urheber des Artikels im „Bayernkurier“ Walter Ulbricht persönlich sei.

Selbstverständlich war sich die SPD-Führung darüber im klaren, daß das Material gegen Bahr, das der Bundesnachrichtendienst in jahrelanger Arbeit durch Observation kommunistischer Funktionäre im Ausland gesammelt hatte, dem CDU-Kanzler Kiesinger vorlag, ja, daß Kiesinger sogar zur Sammlung des Materials über Brandt und Bahr Auftrag erteilt hatte, wie der „Stern“ in seiner Ausgabe 44/1973 berichtete. Das Dossier über Bahr lag lange vor Ulbrichts Klagen über die SPD-Führung im Bundeskanzleramt vor, so daß die Unterstellung, Ulbricht sei der „Urheber“ der Angriffe auf Bahr gewesen, jeder Grundlage entbehrte.

Brandt störte dieser eindeutige Sachverhalt nicht und behauptete, die gegen Bahr unternommenen Attacken gingen auf östliches Spielmaterial zurück. Dennoch sah er sich zu einer „Teileröffnung“, wie es die „Neue Zürcher Zeitung“ nannte, gezwungen. Unter dem Druck der Tatsachen mußte er zu-

geben, daß Bahr in seinem Auftrag jahrelang zahlreiche Geheimgespräche mit kommunistischen Partnern geführt hatte. Auskunft über den Inhalt dieser Gespräche wollte er mit Rücksicht auf das angeblich gefährdete „Staatsinteresse“ nicht geben.

Es gelang Brandt, eine breite öffentliche Diskussion über diese Affäre und den ostpolitischen Kurs der SPD zu unterdrücken, weil Kiesinger, auf den damals schon der prokommunistische US-Politiker Henry Kissinger, Vertrauensmann und Schützling der Gebrüder Rockefeller, einwirkte, ebenso wenig wie Strauß an einer prinzipiellen Auseinandersetzung mit der SPD über eine den wirklichen deutschen Interessen dienende Politik lag. So stellt sich die Bahr-Affäre rückblickend dar als ein Scheingefecht der CSU. Strauß hatte gar nicht die Absicht, den von der SPD auf Betreiben Washingtons eingeschlagenen ostpolitischen Kurs energisch zu bekämpfen. Die Niederschlagung der Bahr-Affäre durch das Gespann Kiesinger/Carstens im Einvernehmen mit Strauß war das Vorspiel dafür, daß CDU und CSU einige Zeit später dem Bundeskanzler Willy Brandt die Annahme der Ostverträge in den parlamentarischen Körperschaften ermöglichten. Brandt und Strauß erwiesen sich bei allem theatralischen Getöse, das sie im Bundestag und in der Öffentlichkeit veranstalteten, als gemeinsame Helfer einer Politik, die nicht auf dem Mist Brandts gewachsen, sondern seit Jahren im Washingtoner State Department geplant worden war. Die Enthüllungen eines Parteifreundes von Strauß in dem biografischen Tatsachenbericht „KISSINGER“, die die Abhängigkeit der CDU/CSU und der SPD von der internationalen Hochfinanz mit ihren osthandelspolitischen Interessen verdeutlichen, zeigen, wer Willy Brandts Hand lenkte, als er seine Unterschrift unter den Moskauer Vertrag vollzog. Zwei Zitate aus amerikanischen Berichten, die in dem Buch wiedergegeben werden, sprechen für sich:

*„Verfasser der US-Deutschlandabmachungen, welche die Vorstellungen von zwei Deutschland, der Berliner Mauer und die Zulassung des rotbesetzten Deutschland in die Vereinten Nationen zuwege brachten, waren Helmut Sonnenfeldt, James Sutterlin sowie Henry Kissinger. “*

*„(Die Geheimtelegramme) enthüllten sehr ungewöhnliche politische Gespräche hinter den Kulissen zwischen dem westdeutschen Staatssekretär Egon Bahr und dem Gehilfen des Präsidenten für Angelegenheiten der nationalen Sicherheit, Henry Kissinger. Unterrichtete Quellen stellen fest, daß Kissinger die westdeutschen Zugeständnisse an Moskau und das kommunistische Ostdeutschland förderte. “*

## **Rosas Wort in Willys Ohr**

Aus der Tatsache, daß Brandt als Bundeskanzler der Sowjetunion ihre territorialen Eroberungen im Zweiten Weltkrieg vertraglich bestätigte, sollte niemand falsche Schlüsse ziehen und die Rolle, die der ehemalige Lübecker Schiffsmakler-Lehrling dabei gespielt hat, überschätzen. Auch ohne Brandt wäre die Entwicklung ähnlich verlaufen. Die internationale Hochfinanz als Inhaber der wirklichen politischen Macht in der westlichen Welt hätte in Deutschland jederzeit andere Männer gefunden, die bereitwillig ihre Wünsche erfüllt hätten. Insoweit war Brandt als Angehöriger einer programmatisch antikapitalistischen Partei also nur Werkzeug einer Politik, deren Richtlinien keineswegs in der Bonner Adenauerallee bestimmt werden. An der Tatsache, daß Deutschland den Krieg verloren und — ob zu Recht oder zu Unrecht, ist in diesem Zusammenhang belanglos — nach den Usancen einer unter dem Gesetz „Macht

geht vor Recht" stehenden Welt als Besiegter dafür zu zahlen hat, ist ebensowenig zu rütteln wie an dem pseudodemokratischen Charakter der Herrschaftssysteme in Ost und West.

Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß Machthaber zur Ausübung ihrer Macht immer auf dienstbare Geister angewiesen sind, die sich ihnen zur Verfügung stellen. Das Schicksal aller Diener und Knechte besteht darin, daß ihre Herren sie nach Belieben von ihren Aufgaben entbinden, ihnen eine andere Arbeit zuteilen oder sie entlassen. Nicht anders als einem Knecht erging es Brandt, als er seinen Spezialauftrag — die „Normalisierung“ der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Sowjetunion und ihren Satelliten — erfüllt hatte. Er mußte Helmut Schmidt Platz machen, den das internationale Machtkonsortium für besser qualifiziert hielt, künftig seine Interessen in der Bundesrepublik Deutschland wahrzunehmen. Schmidt war von der volksfeindlichen Bilderberg-Clique zur Nachfolge Brandts erkoren.

Die Bilderberg-Organisation, ein von den Finanzgruppen Rockefeller und Rothschild geschaffenes Herrschaftsinstrument zur politischen Kontrolle der westlichen Welt, auf deren Geheimzusammenkünften die reichsten Geldmonopolisten mit Spitzenfunktionären der sozialistischen Reaktion Absprachen treffen, hatte sich kurz vor Brandts Sturz vom 19. bis 21. April 1974 zu einer Konferenz in Megève getroffen. Helmut Schmidt, damals Bundesfinanzminister, und sein Genosse Hans-Jürgen Wischniewski standen mit auf der Liste der Konferenzteilnehmer. In seiner Kissinger-Biografie berichtet Igaszot über diese Veranstaltung:

*„Hervorgehoben wurde in den wenigen Berichten über dieses Treffen der Umstand, daß Helmut Schmidt schon ein paar Tage nach der Rückkehr von Megève zum Bundeskanzler gewählt wurde. Die amerikanischen Gegner*

*der ‚Bilderbergler‘ halten dies nicht für einen Zufall, sondern für perfekte Regie. Denn, so wurde von ihnen ermittelt, auch in anderen Fällen kamen Politiker, die das Wohlgefallen der atlantischen Taikune fanden, jeweils nach ihrem Debüt auf einer Bilderberg-Konferenz an die Spitze ihrer nationalen Regierung, so u. a. der ‚Konservative‘ Edward Heath und der ‚Labour‘-Mann Harold Wilson.“*

Wehner, der mit in das Bilderberg-System einbezogen ist, hatte als gewiefter Strategie selbstverständlich von vornherein eine im Interesse des Systems notwendige Beseitigung Brandts als Eventualität eingeplant. Für den machtbewußten sächsischen Parteipatriarchen war Brandt eigentlich nie etwas anderes als eine zum Gebrauchen und Wegwerfen bestimmte Figur gewesen.

Ob Wehner Vergnügen dabei empfand, den Mann vom Kanzlerstuhl zu stoßen, den er so groß gemacht hatte, wird wohl immer sein Geheimnis bleiben. Vorstellbar wäre es. Denn niemand war ja besser über die Vita Brandts informiert und wohl kaum jemand kannte Brandts politische und menschliche Schwächen so gut wie Wehner, der nach Angaben des „stern“ schon 1958 das vernichtende Werturteil über den späteren ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler fällte: „Für den gibt's nur Pferde, Weiber und Sekt.“

Unmittelbar nach dem Sturz Brandts hat Wehner in falscher Bescheidenheit versucht, sein Hauptverdienst an der Beseitigung des von ihm hochgepöppelten falschen politischen Messias zu schmälern, indem er das Schicksal Brandts auf einen „kalten Staatsstreich“ der CDU/CSU zurückführte. Wirklich unverdächtige Zeugen für die seit Herbst 1973 erkennbare Taktik und Entschlossenheit Wehners zur Beseitigung Brandts und zum Bonner Rollentausch sind die der SPD nahestehenden

Gazetten. Was sie an intimen Einzelheiten über die Unzufriedenheit Wehners mit Brandt durchsickern ließen, widerlegt das Märchen, Brandt sei über Günter Guillaume und die Damen, die ihm von dem Spion zu „Interviews“ zugeführt wurden, gestolpert.

Ausschlaggebend für Wehners Entschluß, Brandt abzulösen, waren rein sachliche Erwägungen. Der von ihm schon sehr früh erkannte Stimmungsumschwung im Volk, der im Frühjahr 1974 durch katastrophale Stimmenverluste der SPD bei Wahlen bestätigt wurde, war für Wehner das Alarmsignal. Brandt wurde jetzt an der kunstvoll geknüpften Schlinge aufgehängt, die er sich selbst um den Hals legte, als er dem angeblich wohlgemeinten Rat seiner „Freunde“ folgte, im Interesse der Überführung Guillaume vorerst nicht auf die Dienste des Ostberliner Agenten zu verzichten.

Gemessen an der Notlage der SPD war Wehners brutales Vorgehen durchaus sachgerecht. Die Partei dankte es ihm auf dem Mannheimer Parteitag 1975 durch langanhaltende Ovationen. Brandt dürfte sich in diesem Augenblick wahrscheinlich an das Wort der Sozialistin Rosa Luxemburg erinnern haben, daß die Sozialdemokraten die größten Halunken seien . . .

## **CIA-Gelder für rote Kassen**

Schon wenige Monate nach seiner Wahl zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale sah sich Willy Brandt dem Vorwurf ausgesetzt, Gelder der Central Intelligence Agency (CIA), des von der US-Hochfinanz kontrollierten amtlichen US-Auslandsgeheimdienstes, erhalten zu haben. Diese Behauptung, die von Brandt bestritten wurde, hatte die enthüllungsfreudige „Washington Post“ aufgestellt, die über ausge-

zeichnete Informationsquellen verfügt und mit einer ihrer politischen Kampagnen den Watergate-Skandal ins Rollen und Richard Nixon zu Fall gebracht hatte. Die „Washington Post“, eines der einflußreichsten Blätter der jüdischen Lobby in Amerika, gehört zum Interessenbereich der Rothschilds, die als Konkurrenten des vornehmlich durch die Rockefeller repräsentierten US-Superkapitalismus einer zu engen Zusammenarbeit zwischen Kapitalisten und Sozialisten reserviert gegenüberstehen.

Gegen die Darstellung, von der CIA Gelder erhalten zu haben, ist Willy Brandt, der schon häufig in weit weniger gravierenden Fällen zum Kadi lief, nicht mit juristischen Mitteln vorgegangen. Für diese bemerkenswerte Zurückhaltung gibt es viele Gründe. Wenn man davon ausgeht, daß Brandt persönlich nach seiner Darstellung keine Gelder von der CIA erhalten hat, dann kann der Verzicht, die Verbreiter der gegenteiligen Behauptung wegen Verleumdung und übler Nachrede zu verklagen, nur politisch motiviert sein, das heißt, der Chef der SPD und der Sozialistischen Internationale nimmt eine hochgradige persönliche Ehrverletzung hin, um eine öffentliche Erörterung der Frage zu vermeiden, ob und inwieweit die Sozialdemokratie in aller Welt politischer Handlanger der Hochfinanz ist. Daran kann Brandt selbstverständlich nicht interessiert sein, weil mühelos der Nachweis erbracht werden kann, daß die Sozialdemokratie, die nach Meinung ihrer Väter eine kommunistische Bewegung war, seit ihren Anfängen der Kostgänger und Lakai des Kapitalismus gewesen ist. Kein Geringerer als Herbert Wehner hat in einer wegen ihrer Offenheit bemerkenswerten Rede der deutschen Sozialdemokratie vorgeworfen, sie spiele die Rolle eines Büttels der Bourgeoisie:

*„Es geht hier um die Existenz der sozialdemokratischen Bürokratie. Sie kann nicht kämpfen und sie will nicht*



*kämpfen, ihre Existenz ist versippt und verschmolzen mit der Existenz der bürgerlichen Gesellschaft, mit der Existenz des Kapitalismus. Sie hindert ihre Anhänger, wenn es sein muß mit den Mitteln der Gewalt und der schäbigsten Verleumdung und Kommunistenhetze daran, gemeinsam mit den Kommunisten zu kämpfen gegen Faschismus und Hungerdiktatur . . . Ihre Politik ist mit radikalen Phrasen verbrämter Sozialfaschismus!"*

Dieses vernichtende Werturteil über die SPD gab Wehner ab, als er führender Mann der Thälmann-KPD war. Seine Aussage verliert nicht schon dadurch an Wert, daß er sie als KPD-Spitzenfunktionär äußerte. Ihm könnte lediglich vorgeworfen werden, daß er nur die halbe Wahrheit aussprach, indem er die Tatsache unterschlug, daß nicht nur die SPD, sondern die gesamte sozialistische Bewegung einschließlich der kommunistischen Parteien ein legitimes Kind des parasitären Kapitalismus ist, das gehorsam dessen Grundgesetz befolgt: die Bewucherung der arbeitenden Menschen durch die Erhebung von Kapitalzins zum Vorteil der Kapitalisten. Es ist dabei von untergeordneter Bedeutung, ob das arbeitslose Einkommen im sogenannten freien Westen von Privatkapitalisten oder im neozaristischen „kommunistischen“ Osten von marxistischen Bonzen des Staatskapitalismus bezogen wird.

Die unleugbare Tatsache, daß die gesamte Welt dem Wucherdiktat der Zinsparasiten unterworfen ist und die sogenannte marxistische Arbeiterbewegung ausschließlich dem Zweck dient, dieses widernatürliche und gegen die arbeitende Menschheit gerichtete Herrschaftssystem zu verteidigen und den sich ändernden gesellschaftlichen Verhältnissen anzupassen, ist der letzte Grund dafür, daß der Chef der Sozialistischen Internationale davon absehen muß, die „Washington Post“ juristisch zu belangen. Einen Prozeß, in dem es eigentlich nicht

darum ginge, ob Willy Brandt persönlich von der CIA Zuwendungen erhalten hat, sondern darum, daß die sozialistischen Parteien seit über einem Jahrhundert von der internationalen Hochfinanz finanziert worden sind, kann sich der Amtsnachfolger von Karl Marx einfach nicht leisten. Denn in einem solchen Verfahren würden auch zwangsläufig die Verbrechen gegen die Menschheit zur Sprache kommen, die Hochfinanz und Sozialismus gemeinsam begangen haben, um den Kapitalismus zu festigen und die Völker der Welt der Früchte ihrer Arbeit zu berauben.

Der Anteil der deutschen Sozialdemokratie an diesem gigantischen Prozeß zur Versklavung der Völker ist so groß, daß seine Beschreibung nicht in den Rahmen einer Biografie über ihren heutigen Führer paßt. An dieser Stelle muß sich der Autor mit der bescheidenen Feststellung begnügen, daß die deutsche Sozialdemokratie nach allen Zeugnissen der Geschichte der objektive Feind aller arbeitenden Menschen in Deutschland war und ist. Von Brandt, über dessen Charakter sich die Leser in diesem Buch eine Meinung bilden konnten, kann billigerweise niemand erwarten, daß er die Organisationen, die er vertritt, öffentlich als mit den parasitären Zinswucherern verbündete Volksfeinde bloßstellt. Offenbar gibt es in der sozialistischen Welt von heute keine Persönlichkeit vom Format des französischen Sozialistenführers Jean-Léon Jaurès, der am Vorabend des Ersten Weltkriegs das Komplott von Kapitalisten und Sozialisten zur Entfesselung des Völkermordens aufdecken wollte und deshalb ermordet wurde. Brandts Beitrag zur Politik hat immer nur darin bestanden, das antisoziale Wesen des Sozialismus zu verschleiern und die ahnungslosen Massen in dem Wahn zu bestärken, der organisierte Sozialismus sei der Interessenvertreter der arbeitenden Menschen gegen kapitalistische Ausbeutung.

Die Vorwürfe der „Washington Post“ erschweren dem Führer der Internationale das von Karl Marx und Friedrich Engels übernommene Geschäft der Volksverdummung. Auf die Dauer läßt es sich nämlich nicht verheimlichen, daß die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas vom CIA geschmiert worden sind. In einem Protokoll des US-Kongresses ist dieser Sachverhalt mit den Worten festgehalten worden, „daß viele der Unternehmungen und Programme dieser sozialistischen' Parteien von der Central Intelligence Agency der Vereinigten Staaten bezahlt worden sind“. Im Klartext bedeutet diese Feststellung, daß die sozialistischen Parteien, wie es schon Wehner beschrieben hat, Bestandteile des Wucherkapitalismus sind.

Diesen für die Internationale blamablen Eindruck zu beseitigen, dürfte Brandt kaum gelingen, nachdem durch Veröffentlichungen über die Bilderberg-Organisation und die Trilateral Commission immer mehr Menschen zu der Überzeugung gelangen, daß die Führer der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften in den Herrschaftsapparat der Hochfinanz einbezogen sind. Eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Zukunft wird es deshalb sein, die von der „Washington Post“ aufgeworfene Frage der Korrumpierung des Sozialismus zu vertiefen, der desinformierten Öffentlichkeit die wahre Funktion der sozialistischen Parteien in der machtpolitischen Strategie des kapitalistischen Herrschaftssystems und die Rolle ihres Oberhauptes als falscher politischer Messias darzulegen. Leicht ist diese Aufgabe nicht, weil der „demokratische Sozialismus“, wenn ihm die Argumente ausgehen, zum offenen Terror überzugehen pflegt. Sozialistenführer Brandt persönlich ist in dieser Beziehung gar nicht zimperlich. Der Träger des Nobelpreises für den Frieden, der, wie an anderer Stelle nachgewiesen wurde, schon als Jüngling in der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern als Schläger in Erscheinung getreten ist, zeigt

auch als alter Mann noch einen ausgeprägten Hang zur Gewalttätigkeit. Als er während des Bundestagswahlkampfes 1976 auf einer Veranstaltung von einem Zwischenrufer mit Bemerkungen über seine politische Vergangenheit unterbrochen wurde, drohte er dem Mann nach Angaben der „Esslinger Zeitung“ vom Rednerpodium aus:

*„Wenn Du das noch einmal sagst, komme ich herunter und haue Dir eine in die Fresse.“*

## **Dokument 1**

*Ein Nationalsozialist auf offener Straße erstochen*

Lübeck, 31. Juli

Eine schwere Bluttat ereignete sich in der Nacht zum Sonntag. Der Handlungsgehilfe Meinen, ein 26jähriger Mann, der als einziger Sohn seiner Eltern in dem väterlichen Geschäft in der Kleinen Burgstraße tätig war, begab sich in der Sonntag-Nacht, sein Geburtstag hatte gerade begonnen, in die Wirtschaft von Feller in der Hundestraße. Meinen hatte das Nationalsozialistische Parteiabzeichen angelegt. Man sprach über Politik, worüber sich zwei Andersdenkende ärgerten. Diese waren schon mit dem Rufe „Freiheit!“ und erhobener Faust in die Wirtschaft gekommen. Um einen Streit zu vermeiden, begab sich Meinen an den Schanztisch und trank dort mit einem Bekannten ein Glas Bier. Die beiden Geegner, die dem Reichsbanner anzugehören schienen, folgten Meinen und rissen ihm sein Parteiabzeichen ab. Da die Lage bedrohlich wurde, verließen verschiedene Gäste das Lokal, und auch Meinen folgte ihnen, um nach Hause zu gehen. Die beiden Skandallustigen stürmten hinter Meinen her und riefen ihm an der Ecke Tünkenhagen zu, er möge sich aus dem Staube machen,

sonst bekäme er noch Schläge. Meinen eilte die Hundestraße hinauf, verfolgt von den beiden Gegnern. Diese schrien nun laut, man möge den Nazi halten. Aus Gängen und Höfen sprangen Männer heraus und verstellten Meinen den Weg, so daß ihn seine Verfolger erreichten. Sie fielen sofort über ihn her und bearbeiteten ihn namentlich mit Messern auf geradezu bestialische Weise. Meinen wurde am Hals und in der Herzgegend so schwer getroffen, daß er tot zu Boden fiel. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des Allgemeinen Krankenhauses gebracht. Der Kriminalpolizei konnte erfreulicherweise eine derartig genaue Beschreibung der Täter gegeben werden, daß ihre Festnahme nur eine Frage kurzer Zeit sein dürfte. Die Nachricht von der Bluttat durcheilte noch am Sonntag die ganze Stadt und rief überall tiefste Empörung hervor.

Von der Nationalsozialistischen Partei wird uns zu der Bluttat noch mitgeteilt, daß Meinen gar nicht der Nationalsozialistischen Partei angehörte. Auf die Rufe: „Haltet den Nazi!“ sollen besonders aus dem Verkehrslokal des Arbeitersportvereins zahlreiche Männer herausgestürzt sein, die Meinen die Flucht unmöglich machten.

Am Nachmittag kam es noch in der Fischstraße zu Zusammenstößen, wobei einige Scheiben zertrümmert wurden.

(„Lübecker General-Anzeiger“ vom 1. 8. 1932)

## Dokument 2

### *Die Bluttat in der Hundestraße*

Der auf so niederträchtige Weise hingemordete Handlungsgehilfe Meinen mußte auf seiner Flucht vor den beiden ihn verfolgenden Reichsbannerleuten die Lendersche Wirtschaft in der Hundestraße passieren. In der Lenderschen Wirtschaft,

dem Verkehrslokale des Arbeitersportvereins, befand sich eine Wache von dreißig Mann. Vor der Tür standen ständig zwei Posten. Als diese Posten die Rufe der verfolgenden beiden Leute hörten, den „Nazi“ festzuhalten, sprangen sie vor und stellten dem flüchtenden Meinen ein Bein, so daß er zu Boden stürzte. So erreichten die Verfolger und vielleicht auch weitere Personen ihr Opfer, das sie mit Schlägen und Messerstichen grauenhaft zurichteten. Die Halsschlagadern waren aufgerissen und auch die Brust in der Gegend des Herzens. Obgleich die Polizei unmittelbar darauf zur Stelle war, kam jede Hilfe zu spät. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des Allgemeinen Krankenhauses überführt, wo eine gerichtliche Sektion stattfand. Personen, die sachdienliche Angaben über den Vorfall machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei oder auf der nächsten Polizeiwache zu melden. Auf Wunsch wird ihnen strengste Diskretion zugesichert.

(„Lübecker General-Anzeiger“ vom 2. 8. 1932)

### **Dokument 3**

#### *Die Mordtat in der Hundestraße.. .*

Die Nachforschungen der Kriminalpolizei wegen der Untat in der Hundestraße in der Nacht zum Sonntag scheinen auf einem toten Punkt angelangt zu sein. Es besteht die Gefahr, daß die unmenschlichen Täter, die den einzigen Sohn alter Eltern auf so niederträchtige Art und Weise abschlachteten, unentdeckt bleiben werden. Fünf Zeugen, Reichsbannerleute und Kommunisten, waren bei der Tat zugegen. Sie haben den Mann stürzen sehen und müssen auch gesehen haben, wer über ihn herfiel. Aber keiner von ihnen kann Angaben über die Messerstiche machen. Das ist denn doch höchst merkwürdig.

Die Polizei meldet heute zu der Bluttat in der Hundestraße: Die bisherigen Nachforschungen und die Vernehmungen zahlreicher Personen in der Mordsache Meinen in der Nacht zum Sonntag in der Hundestraße haben noch nicht zur Ergreifung der Täter, die Meinen die tödlichen Dolchstiche beigebracht haben, geführt. Die Mithilfe des Publikums, dessen Mitarbeit gerade in diesem Falle von größtem Wert ist, fiel bisher sehr spärlich aus. Von einer weiblichen Person wurden fernmündliche Angaben über die Täter gemacht, sie waren aber so undeutlich, daß weder Namen noch Adressen verstanden wurden. Bei Nachfrage hatte die Anrufende das Gespräch unterbrochen, so daß deren Mitteilung wertlos blieb. Die Frau wird ersucht, sich nochmals auf irgendeine Weise mit der Kriminalpolizei in Verbindung zu setzen und ihre Angaben zu wiederholen. Strengste Verschwiegenheit wird zugesichert. Das Polizeiamt sichert demjenigen, dessen Angaben die Überführung der Täter ermöglichen

eine Belohnung von 500 RM

zu. Kommen für diese Belohnung mehrere Personen in Frage, so behält das Polizeiamt sich vor, die Summe unter die Beteiligten nach seinem Ermessen zu verteilen.

(„Lübecker General-Anzeiger“ vom 4. 8.1932)

## **Dokument 4**

*Für die deutsche Volksfront!*

Ein Aufruf

In kurzem werden vier Jahre seit Hitlers Machtergreifung vergangen sein. Bei seinem Amtsantritt versprach der „Führer und Reichskanzler“ dem Arbeiter, dem Bauern und dem gewerblichen Mittelstand Deutschlands Arbeit, Frieden und Wohlstand.

Hitler hat sein Versprechen nicht gehalten. Die Not der Werktätigen in Stadt und Land, in Fabriken, Schächten und Kontoren, in Handwerk, Handel und auf den Bauernhöfen hat sich ständig verschärft. Die Unterdrückung der Persönlichkeit wird immer brutaler.

Die Volksinteressen werden rücksichtslos der Vorbereitung eines neuen Krieges geopfert, der furchtbarer sein wird als alle bisherigen Kriege. Auf dem letzten Nürnberger Parteitag hat Adolf Hitler die Steigerung dieser Politik angekündigt. Sie droht nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt in eine entsetzliche Katastrophe zu stürzen. Um ihretwillen wird das deutsche Volk gezwungen, dem Rüstungskapital immer größere Opfer zu bringen.

In Nürnberg haben die Führer der Nationalsozialisten den Kreuzzug gegen die Sowjetunion und gleichzeitig gegen die demokratischen Staaten gepredigt. Der Ausrottungskampf gegen alle freiheitlichen Bewegungen in der Welt wurde verkündet. Er hat begonnen in Spanien. Deutsche Bomben legen Madrid und andere spanische Städte in Trümmer, deutsche Divisionen, ausgerüstet mit allen Mitteln der Mordtechnik, stürzen sich auf das heroisch um seine Freiheit kämpfende spanische Volk.

Erfüllt von der Überzeugung, daß die braune Tyrannei einzig und allein durch den Zusammenschluß aller zum Kampf für Freiheit und Recht bereiten Deutschen gebrochen werden kann, rufen wir unsere Volksgenossen im Reich und im Ausland auf, sich in einer Deutschen Volksfront zu vereinigen.

### Keine neue Partei

Die Volksfront will keine neue Partei sein. Sie soll ein Bund aller derer werden, die entschlossen sind, ihre Kraft für Freiheit und Wohlstand des deutschen Volkes einzusetzen. Alle in ihr vereinigten Parteien und Gruppen bleiben ihren besonderen



weiterreichenden Zielen treu. Alle eint der Wille, die braune Zwangsherrschaft zu vernichten.

Erst der Sturz der nationalsozialistischen Machthaber wird jeder politischen, geistigen und religiösen Strömung die Möglichkeit geben, für ihre Ansichten, Ziele und Ideale in freier Gleichberechtigung einzutreten. Um das zu erreichen, verpflichten sich alle Gegner des heutigen Regimes, geeint zu bleiben und in geschlossener Front zu streiten, bis der Gegner besiegt und ein freies Deutschland geschaffen ist.

Wir fordern: Freiheit für das Volk!

Freiheit für alle Opfer des Regimes, die in den Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachten! Aufhebung aller Terror- und Ausnahmegesetze! Keine Folter, keine Konzentrationslager mehr!

Bestrafung aller, die für die Verbrechen des heutigen Systems verantwortlich sind!

Freiheit der Presse, Versammlungsfreiheit!

Freiheit des Gewissens, des Denkens und der religiösen Übung!

Ein Ende der Rassenhetze, dieser Schmach für die deutsche Kultur!

Ein Ende der kriegshetzerischen Propaganda in jeder Gestalt!

Wahl der Richter durch das Volk! Sicherung des Einzelnen gegen Willkür durch eine verbürgte Rechtsordnung!

Koalitionsrecht für alle schaffenden Männer und Frauen!

Befreiung der Wissenschaft von allen Fesseln. Neuaufbau aller Unterrichtsanstalten in freiheitlichem und modernem Geist!

Brot durch Freiheit

Die Geschichte der Nachkriegszeit hat gezeigt, wie kleine Gruppen Bevorrechteter, die den Großgrundbesitz, die großen

Industriekonzerne und die Banken beherrschen, zu Totengräbern der Freiheit wurden. Um die Freiheit zu sichern, wird das neue Deutschland die Volksfeinde ihrer Macht entkleiden.

Es wird die Rüstungsindustrie und die Großbanken verstaatlichen. Es wird alle Sabotageversuche des Großkapitals unter Anwendung der schärfsten Mittel zu verhindern wissen.

Es wird die junkerlichen Saboteure der Volksernährung und Volksfreiheit enteignen. Es wird Heer und Verwaltung von allen Staatsfeinden säubern und zu verlässlichen Stützen des neuen Deutschland machen.

Dagegen wird im neuen Deutschland der Bauer frei auf seinem Besitz sein. Er wird des Schutzes seines Eigentums gegen die Zwangswirtschaft und gegen jene Zwangsabgaben teilhaftig werden, die ihn heute häufig genug zwingen, sich seines Grundes und Bodens zu entäußern. Der deutsche Bauer wird der Bevormundung und der Schikanen der Reichsnährstandbonzen ledig sein. Die Aufhebung der Erbhofgesetzgebung wird die freie Verfügung über sein Eigentum und seine ihm vom Dritten Reich geraubte Kreditfähigkeit wiederherstellen. Durchgreifende Entschuldungsmaßnahmen sind vorzunehmen.

Die Kriegswirtschaft wird beseitigt und durch eine Wirtschaft für den menschlichen Bedarf ersetzt. Wenn es wieder Butter statt Kanonen gibt, dann wird dem Mittelstand in Handel und Gewerbe eine auskömmliche Existenz gewährleistet sein.

Alle schaffenden Männer, Frauen und Jugendlichen werden zu menschenwürdigen, tariflich geregelten Löhnen und Gehältern arbeiten, die Arbeitszeit wird mit dem technischen Fortschritt der Produktion und der Rücksicht auf die Befriedigung des Bedarfes in Einklang stehen. Der Staat wird den Kranken, Invaliden, Arbeitsunfähigen und Arbeitslosen ausreichende Fürsorge gewähren; die heutige empörende Schröpfung der

Gewerbetreibenden, Beamten, Angestellten und Arbeiter durch tausenderlei Abgaben und Zwangssammlungen wird beseitigt werden.

### Das Volk entscheidet

Nicht Hitlers brutale Macht- und Kriegspolitik, sondern die Politik der Deutschen Volksfront wird dem ganzen Volk Freiheit und Brot bringen. Sobald dies erreicht und die Freiheit gesichert ist, wird das Volk auf Grund eines unverfälschten demokratischen Wahlrechts seine Vertreter wählen, die ihm allein verantwortlich sind. In dem freien Deutschland werden die Gemeinden und werden alle Einrichtungen des öffentlichen Lebens wieder auf die Grundlage der Selbstverwaltung gestellt sein.

### Gegen Krieg und Autarkie für Frieden und Zusammenarbeit!

Hitler braucht den Krieg um der Erhaltung seiner Herrschaft und um der Erreichung der imperialistischen Ziele seiner Auftraggeber willen. Das neue Deutschland braucht den Frieden zur Befestigung seiner jungen Freiheit und für seinen sozialen und wirtschaftlichen Aufbau. Es wird eine große, starke Macht des Friedens sein, die die Politik der friedensstörenden Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder verlassen wird. Sie wird der gewissenlosen Hetze gegen die Sowjet-Union ein Ende bereiten. Das Recht, das an Stelle der Gewalt das staatliche und private Leben Deutschlands beherrschen soll, wird auch maßgebend für die Gestaltung der Beziehungen unter den Völkern sein. Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit tritt an die Stelle der das gesamte Wirtschaftsleben zerstörenden Autarkie.

Zur Erreichung dieser Ziele haben wir uns zusammengefunden, sicher der Zustimmung unserer Gesinnungsgenossen in

der Heimat. Allen Gegnern des blutigen Schandregimes rufen wir zu:

Sucht Verbindung untereinander und mit uns!

Vereinigt Eure Kräfte mit den unsern zu gemeinsamem Kampf!

Schlagen wir in einer Front den, der unser aller Feind ist!

Unser nächstes Ziel ist der Sturz Hitlers und aller Peiniger des deutschen Volkes! Für Freiheit, Frieden und Brot!

Der Aufruf trägt folgende Unterschriften:

Karl Böchel, Max Braun, Alfred Braunthal, Rudolf Breitscheid, Denicke, E. Drucker, Otto Friedlaender, Albert Grzesinski, Hans Hirschfeld, Max Hofmann, Emil Kirschmann, Julius Lips, Siegfried Marek, Alfred Meusel, Alexander Schifrin, Bruno Süß (Sozialdemokraten).

Ackermann, Bertz, Franz Dahlem, Philipp Daub, Philipp Dengel, Wilhelm Florin, Kurt Funk, Hugo Gräf, Wilhelm Koenen, Paul Merker, Willi Münzenberg, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Weber (Kommunisten).

Willi Brandt, H. Diesel, J. Ewas, K. Franz, R. Frey, Fried. M. Koch, K. Sachs, J. Schwab, Th. Vogt (Sozialistische Arbeiterpartei).

Johannes R. Becher, Georg Bernhard, Ernst Bloch, Felix Boenheim, Hermann Budzislawski, Theodor Fanta, Lion Feuchtwanger, Wolf Frank, Alfons Goldschmidt, Oscar Maria Graf, E. J. Gumbel, Wolfgang Hallgarten, Wieland Herzfelde, Kurt Kersten, Egon Erwin Kisch, Fritz Lieb, Otto Lehmann-Russbüldt, Rudolf Leonhard, Heinrich Mann, Klaus Mann, Balder Olden, Rudolf Olden, Kurt Rosenfeld, J. Schaxel, Walter Schönstedt, Max Seydewitz, Anna Siemsen, Ernst Toller, Bodo Uhse, Arnold Zweig. („Die neue Weltbühne“, 33/1937)

## Dokument 5

### *Angst vor der Entlarvung*

Warum fürchtet Wehner die Enthüllungen über seine Tätigkeit in Schweden. Was sind das für dunkle Dinge, die er verbergen möchte?

Verrat gebiert Verrat! Wehner hat während des Krieges in Schweden bewußt, ohne Bedenken, um seine eigene Haut zu retten, deutsche und ausländische Antifaschisten der Gestapo ans Messer geliefert. Wegen seiner Zutreiberrolle für Himmlers Henker hatte die KPD ihn am 6. Juni 1942 aus ihren Reihen ausgestoßen.

Bezeichnend ist auch hier wieder der Zeitpunkt, an dem sich Wehner vollends als ein prinzipienloser Karrierist entlarvte. Es war Ende 1941, Anfang 1942. Damals hatte Wehner den Eindruck, daß die Faschisten den Krieg gewinnen würden; denn die Hitlerhorden waren auf dem Höhepunkt ihrer Siege. Sie standen vor Leningrad und vor Kursk, sie standen auf der Krim; sie waren in Afrika auf dem Vormarsch; im Fernen Osten hatten die Japaner Singapur erobert und waren Herrscher über die Inselwelt Südostasiens. In dieser schweren Stunde verdoppelten in aller Welt die Antifaschisten aller Richtungen ihre Kräfte, um dem Faschismus Einhalt zu gebieten.

### *Übergang zum Feind*

Herbert Wehner aber ging zu den Feinden der gesamten Menschheit über. Denn er wollte die Katastrophe, die ihm unausbleiblich schien, heil und unbeschadet überleben.

Die KPD hatte ihm Ende 1941 den Auftrag gegeben, über Stockholm nach Deutschland zur illegalen Arbeit zu gehen. Um sich diesem Auftrag zu entziehen, hielt er sich in Stockholm in voller Absicht längere Zeit bei einer Frau auf, deren Mann verhaftet war. Wehner wußte, daß die Wohnung der

Frau von der schwedischen Polizei streng überwacht wurde, und er rechnete damit, in die Arme der Polizei zu fallen. So kam es auch. Er wurde dort im Februar 1942 festgenommen.

Wie aus den Akten der schwedischen Polizei und aus den Protokollen des später gegen Wehner geführten Prozesses hervorgeht, verriet er alles, was er aus seiner illegalen Tätigkeit, was er über den illegalen Apparat der antifaschistischen Bewegung wußte. Dabei war ihm wohlbekannt, daß schwedische Polizeistellen damals mit der Gestapo zusammenarbeiteten. Bis in Einzelheiten deckte er die organisatorischen Fäden der Anti-Hitler-Bewegung in Deutschland auf, machte er detaillierte Angaben über Verbindungsleute, über interne Besprechungen und über Verbindungswege nach Deutschland.

### *Seine Opfer*

Dabei belastete er auch schwedische Antifaschisten so schwer, daß sie verhaftet und abgeurteilt wurden. Zu ihnen gehört Solveyg Hansson, die im März 1942 festgenommen, mit Wehner zusammen angeklagt und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Vor Gericht sagte Wehner aus, er sei mit Solveyg Hansson wöchentlich zusammengetroffen, sie habe ihm Material gebracht, mit ihrer Hilfe habe er illegale Materialien nach Holland geschafft und eine deutsche Emigrantin namens Bischoff auf einem schwedischen Schiff untergebracht sowie illegal nach Deutschland geschickt.

Im Prozeßprotokoll heißt es dazu:

*„Hansson widersprach hier und behauptete, daß sie mit Wehner nichts zu tun gehabt habe: ‚Er ist ein Lügner.‘“*

Zu dem schriftlichen Bericht über Solveyg Hansson, den Wehner vor dem Prozeß der Polizei übergeben hatte, vermerkt das Gerichtsprotokoll:

*„Nachdem Wehner den in deutscher Sprache abgefaßten Bericht hat durchsehen dürfen, erklärte er, daß er den Bericht geschrieben habe.“*

Unter Angabe von erlogenen Einzelheiten belastete er auch Frau Hansson, ihr größere Geldsummen gegeben zu haben.

#### *Durch ihn verurteilt*

Ein weiteres Opfer der Wehnerschen Denunziation war der schwedische antifaschistische Journalist Nils Södermann, der ebenfalls verurteilt wurde.

Wehner gab zu Protokoll, er habe Södermann am 30. Juni 1941 um 19 Uhr in der Wohnung besucht; Södermann habe mit einem deutschen Emigranten, der von der schwedischen Polizei fieberhaft gesucht wurde, zusammengearbeitet. Wehner verfaßte eine ausführliche Aufstellung über Materialien, die er angeblich Södermann gegeben haben will.

Auch Erik Arvid Fritjof und andere schwedische Bürger wurden durch Wehner belastet und daraufhin gerichtlich abgeurteilt.

#### *Der Fall Bischoff*

Der Fall der bereits oben genannten Antifaschistin Bischoff zeigt besonders deutlich, wie skrupellos Wehner der Gestapo in die Hände spielte.

(Jfharlotte Bischoff wurde im Sommer 1941 von Wehner illegal aus Stockholm nach Bremen geschickt. In der Voruntersuchung zu seinem Prozeß schilderte er, wie Frau Bischoff nach Deutschland gekommen war und welche Aufträge sie hatte. Die Gestapo erhielt somit ganz konkrete Hinweise. In den Prozeßakten wird erwähnt, daß sie in Männerkleidung an Bord eines schwedischen Schiffes nach Bremen gefahren war.

Wehner machte sogar Angaben über den Tag der Abfahrt und verriet somit das schwedische Schiff und den Seemann, der Frau Bischoff geholfen hatte.

*„Bei dieser Gelegenheit übergab Wehner an Frau Bischoff ein Paket mit folgendem Inhalt, das Frau Bischoff nach Deutschland bringen sollte“,*

heißt es im Protokoll, und dann folgen die Einzelheiten ihres illegalen Gepäcks.

Ja, dem Gerichtsprotokoll ist selbst zu entnehmen, daß Wehner den Aufenthalt von Frau Bischoff in Berlin verriet und daß man vor der Abreise übereingekommen sei, sie solle zur Verständigung bestimmte Annoncen mit bestimmtem Inhalt im „Berliner Lokal-Anzeiger“ aufgeben.

Wenige Tage nach Wehners Aussagen begann die Gestapo, bei Verwandten und Freunden von Charlotte Bischoff nach ihr zu suchen.

#### *Verrat an Sozialdemokraten*

Durch seine Aussagen und handschriftlichen Berichte half Wehner der Gestapo auch bei der Verfolgung bekannter deutscher Sozialdemokraten, parteiloser Schriftsteller und Journalisten.

Wörtlich heißt es im Protokoll über Wehners Aussagen:

*„In Paris traf Wehner mit dem früheren Polizeipräsidenten Grezesinski zusammen, der auch preußischer Innenminister gewesen war, dem Führer der Sozialdemokratischen Partei von der Saar, Max Braun, dem früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hertz, dem früheren preußischen Finanzminister Klepper und dem früheren Chefredakteur der ‚Vossischen Zeitung‘, Georg Bernhard, dem früheren Reichstagsabgeordneten Breitscheid, welche sich alle in Paris als Emi-*



*granten aufhielten. Unter anderen Namen wurden Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger genannt."*

Auf Grund dieser Aussagen setzte die Gestapo ihre Auslandsagenten auf einige der genannten Persönlichkeiten an. Sie erschwerte ihnen damit bis aufs äußerste die weitere politische Tätigkeit in der Emigration. Rudolf Breitscheid befand sich damals (1942) schon im faschistischen Konzentrationslager Buchenwald. Wie Zeugen berichten, wurde er wegen der Aussagen Wehners von den SS-Mördern in Buchenwald noch grausamer gequält.

### *Bis in Einzelheiten*

Vor dem Gericht und in seinem schriftlichen Bericht für die schwedische Polizei gab Wehner alles, was ihm über die illegale antifaschistische Organisation in Deutschland bekannt war, preis. Er kannte keine Hemmungen.

Unter der Überschrift „Umbau der Organisation mit dem Schwerpunkt in Deutschland" enthüllte er in seinem selbstverfaßten Bericht vom 6. März 1942 der Polizei ein ganzes Netz von Stützpunkten der illegalen Bewegung im Ausland (zum Beispiel in Dänemark) wie auch in Deutschland. Selbst über die Gesichtspunkte bei der Kaderauswahl ließ er sich aus.

Über die illegale Arbeit in West- und Norddeutschland heißt es in seinem Bericht:

*„Im Verlaufe dieser Arbeit sollten sie . . . Führungen bilden, die selbst die Initiative zu politischen Maßnahmen ergreifen konnten. Beschlüsse sollten innerhalb des Landes selbst gefaßt werden und nicht außerhalb desselben . . . Versuche einer solchen Tätigkeit seien auch in Hamburg festzustellen . . . In Süddeutschland beginnen ähnliche Maßnahmen ..."*

usw. seitenlang.

Wiederholt machte er bei Verhören und in Berichten konkrete Angaben über angebliche Finanzquellen der deutschen

Anti-Hitler-Bewegung, um auch ausländische antifaschistische Organisationen zu belasten.

Laut Protokoll sagte er aus:

*„Nach der Ankunft dort (in Paris) erhielt Wehner 2000 bis 3000 Francs. Während Wehners späteren Aufenthaltes in Holland erhielt er 150 Gulden im Monat.“*

*Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter Branting über Wehner: „Ein Provokateur.“*

Für die Verteidigung von Wehner vor dem schwedischen Gericht war ursprünglich der weltberühmte sozialdemokratische Rechtsanwalt Dr. Branting vorgesehen. Branting war damals Mitglied der Leitung der Sozialdemokratischen Partei in Stockholm und Abgeordneter des schwedischen Reichstages.

Als dieser aufrechte sozialdemokratische Antifaschist Einsicht in die Protokolle der Voruntersuchung gegen Wehner genommen hatte, erklärte er:

*„Das ist kein Antifaschist. Das ist ein Provokateur und ein Verräter! Ich muß es ablehnen, ihn zu verteidigen.“*

Branting übernahm jedoch die Verteidigung der mit Wehner gleichzeitig angeklagten schwedischen Antifaschist<sup>^</sup> Solveyg Hansson. Während der Verhandlung stellte er zu Wehners Aussagen eine Reihe von Fragen, zu denen es im Prozeß-Protokoll heißt:

*„ Wehners Auftreten im Prozeß erscheine Branting dunkel. Branting stellte anheim, daß Wehner über den Grund befragt werden möge, warum er im Prozeß so genau über die Arbeit der deutschen Kommunistischen Partei in Deutschland berichtet habe und weshalb er es für notwendig befunden habe, über Frau Bischoff zu berichten. Durch seine in genannter Hinsicht gemachten Angaben könnte dieser und der deutschen Kommunistischen Partei Schaden zugefügt werden, sofern den deutschen Behörden bekannt wurde, was Wehner angegeben hatte.“*

Der sozialdemokratische Anwalt Branting, ein erfahrener Mann im antifaschistischen Kampf, hat gewußt, was er sagte: Ja, Herbert Wehner ist ein Verräter, ein Provokateur.

- Wehner hat deutsche Antifaschisten durch Preisgabe ihrer Namen und ihrer Tätigkeit an die Gestapo verraten.
- Wehner hat durch seine Aussagen schwedische Antifaschisten der Polizei in die Arme getrieben.
- Wehner hat in handschriftlichen Berichten und in seinen Aussagen wichtige geheime Einzelheiten über den Aufbau und die Struktur der antifaschistischen Bewegung in Deutschland an die Gestapo preisgegeben — Einzelheiten, die für die Schergen Himmlers von außerordentlicher Bedeutung waren.

(Aus: „Zur Person: Herbert Wehner" — Ostberliner Druckschrift o. J. in der Bundestags-Bibliothek)

## Dokument 6

Walter Ulbricht erklärte in Warschau, die Sozialdemokraten hätten der SED-Führung versprochen, „daß sie die Anerkennung der DDR durch Teilabkommen herbeiführen würden", aber die Parteioberen seien „ihrem Versprechen" nicht nachgekommen. Mehr als diese Mitteilung hat die Reaktion der SPD in Bonn überrascht. Statt eines unerwartet mitleidigen Lächelns gab es gleich zwei seitenlange Stellungnahmen und bald noch zahlreiche Erklärungen.

Die erste Stellungnahme stammt von Hans-Jürgen Wischniewski, dem Bundesgeschäftsführer der SPD. Sie ist unmißverständlich klar, weist die Behauptung Ulbrichts als „unwahr" zurück. Wörtlich heißt es da: „Kein Sozialdemokrat hat außer den Erklärungen, die im Zusammenhang mit dem

geplanten Redneraustausch zwischen SPD und SED in aller Öffentlichkeit abgegeben worden sind, Meinungen geäußert oder Vorschläge unterbreitet, die nur im geringsten solche Schlüsse zulassen." Allerdings, weil diese Erklärung die einzig deutliche blieb, wird sie geringgeschätzt. Mutmaßt man doch, Wischnewski habe vielleicht in Unkenntnis voreilig gehandelt.

Schließlich unternahm Herbert Wehner, was politische Beobachter „Flucht nach vorn“ nannten. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende wörtlich: „Es ist kennzeichnend für Ulbrichts Situation wie für sein Verhältnis zu Realitäten, daß er in Warschau versucht, mit solchen Behauptungen Spuren zu verwischen.“ Dazu sei festzustellen: „Die SPD hat als Partei der Opposition wie auch als Partei der Bundesregierung offen und beharrlich sachliche Vorschläge gemacht für die Verständigung im gespaltenen Deutschland, um den Menschen die Bürde der Spaltung zu erleichtern . . . “

In einem Interview mit Rias Berlin auf den „möglichen Tatbestand“ angesprochen, meinte Wehner: „Wenn er (Ulbricht) nun in Warschau gesagt hat, die sozialdemokratische Führungsschicht habe der Partei Ulbrichts zugesagt, auf dem Wege der Verständigung über Teilfragen die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik herbeizuführen und dies hätte die Einleitung einer Entspannung bedeutet, die Sozialdemokraten aber hätten ihr Wort gebrochen, so bedeutet das, daß er eben vor dem Warschauer Forum die Sozialdemokratische Partei wieder einmal anschuldigen möchte, der Störenfried und Aggressor... zu sein.“

Alles in allem also: Kein klares Dementi bei Wehner, Formulierungen stattdessen, die sich beliebig interpretieren lassen. Vom Interviewer gefragt, was denn wohl Ulbricht mit seiner Behauptung, die SPD habe der SED die völkerrechtliche Anerkennung der DDR versprochen, bezwecken möchte, korri-

gierte Wehner, von „völkerrechtlicher Anerkennung“ habe Ulbricht nicht gesprochen.

Willy Brandt handelte schnell und lautstark. Allerdings dementierte der SPD-Chef, was Ulbricht und „Neues Deutschland“ gar nicht behauptet hatten, nämlich, daß er (Brandt) vor zwei Jahren der „DDR“ Anerkennung zugesagt habe. Brandt verwies im übrigen auf die Ausführungen seines Vize Wehner, und weil er so auffällig geschickt taktierte, wird in Bonn befürchtet, daß er möglicherweise eben Grund dazu habe. Immerhin, sein engster Berater und vielbeschäftigter Sonderbotschafter im Auswärtigen Amt heißt Egon Bahr, ein Name, der bisweilen mancherorts in der Bundeshauptstadt Unbehagen bereitet. Dies freilich nicht erst seit Ulbrichts Warschauer Rede, sondern seit bekannt ist, daß westliches Geheimdienstmaterial existiert, was im Interesse der Bundesrepublik Deutschland Anlaß zum Fragensteilen bei Bahr sein muß.

Eine der sicher bald an Egon Bahr gerichteten Fragen dürfte beispielsweise sein, ob und wann er im Zentralkomitee der kommunistischen SED in Ost-Berlin ein Gespräch geführt hat. Überdies wird man von ihm wissen mögen, ob er bei solcher Gelegenheit dann möglicherweise auch auf Vorhalte mit dem Hinweis reagiert habe, von ihm sei schließlich wohl genug getan worden. Und eine dritte Frage wird zweifelsohne sein, ob es in solchem Zusammenhang vielleicht lautstarken Ausdruck Bahr'scher Verärgerung über ein Nichtmitziehen der SED in allen Dingen gegeben haben könnte. Von den Antworten Bahrs dürfte es abhängen, ob es in der Folge auch noch Fragen an Willy Brandt gibt.

Ist von „Teilabkommen“ die Rede, wird verständlicherweise heute in Bonn hintergründig an die Tatsache erinnert, daß Bahr zum Beispiel den Gewaltverzicht während einer Fernseh-sendung — offensichtlich ohne Bedacht — als Anerkennung des Status quo gewertet hatte. Bahr gilt als Erfinder der Politik

„Wandel durch Änderung“, erstmals offeriert von ihm im Juli 1963 vor der Evangelischen Akademie Tutzing. Die Rezeptur der Politik sieht bekanntlich viele „Teilabkommen“ zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“ vor.

(„Bayernkurier“, 23. 11. 1968)

## Bibliographie

- Berkandt, Jan Peter:* „Willy Brandt — Schicksalsweg eines deutschen Politikers“, 1961.
- Bolesch, Hans Otto und Leicht, Hans-Dieter:* „Der lange Marsch des Willy Brandt“, 1970.
- Bolesch/Goyke:* „Kennen Sie eigentlich den?“, 1961.
- Brandt, Willy:* „Mein Weg nach Berlin“, 1961; „Mit Herz und Hand“, 1962; „Plädoyer für die Zukunft“, 1961; „Festansprache zum 150. Geburtstag von Abraham Lincoln“, 1959; „Zwei Vorlesungen an der Harvard-Universität“, Okt. 1962; „Friedenspolitik in Europa“, 1969; „Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien“ — Referat des Genossen Brandt auf der Sitzung der erweiterten Partei-Leitung der SAP Anfang Juli 1937, herausgegeben von der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. „Forbrytere og andre tykere“ („Verbrecher und andere Deutsche“), 1946; „Guerilla Krig“ („Guerilla-Krieg“), 1942; „Elfteer Seegern“ („Nach dem Sieg“) 1944.
- Dollinger, Hans:* „Der Weg des Menschen und Politikers Willy Brandt“, 1970.
- Drechsel, Hanno:* „Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)“, 1965.
- Fetscher, Irving u. a.:* „Der Sozialismus“, 1968.
- Flechtheim, Ossip K.:* „Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung seit 1945“.
- Frederik, Hans:* „Gezeichnet vom Zwielficht seiner Zeit“ (über Herbert Wehner), 1974.
- Germer, Karl J.:* „Von Grotewohl bis Brandt“, 1974.
- Goyke, Ernst:* „Die 100 von Bonn“, 1970.
- Igaszagot, Ismerök Az:* „KISSINGER — Person, Politik, Hintermänner“, 1974.
- Kohnen, Peter:* „Deutschland, deine SPD“, 1972.

- Matthias, Erich:* „Mit dem Gesicht nach Deutschland“, 1968.
- Mewis, Karl:* „Im Auftrag der Partei“, 1971.
- Osterroth, Franz u. Schuster, Dieter:* „Chronik der deutschen Sozialdemokratie“, 1963.
- Puttkamer, Jesco von:* Über Brandt in „Wer uns regiert“, 1960.
- Scholl, Heinz:* „Die Scheindemokratie — Das Bündnis der Linken mit Rockefeller, Rothschild & Co.“, 1975.
- Stern, Carola:* „Willy Brandt in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten“, 1975.
- Stolz, Ottou. Salter, Ernst:* „Wehner ante portas“, 1959.
- Weber, Hermann:* „Der deutsche Kommunismus“, 1963.
- Weisenborn, Günther:* „Her lautlose Aufstand“, 1953.
- „SPD und Hitlerfaschismus — Der Weg der Sozialdemokratie von 1933 bis 1946“. Herausgegeben vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Ostberlin 1965.
- Amtliche Handbücher des Deutschen Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses.



# Personenregister

- Adenauer, Konrad 105,110  
Bahr, Egon 112ff., 137  
Bauer, Leo 67, 85, 89, 113  
Baumann, Edith 38, 40  
Bebel, August 23f.,90f.  
Bernhard, Georg 132  
Bertling, Reederei 49 f.  
Bischoff, Charlotte 130 ff.  
Braasch 54  
Branting, Dr. 134  
Braun, Max 132  
Breitscheid, Rudolf 132  
Brenner, Otto 92 f.  
Brost, Erich 98  
Brüggemann, Rudolf 43, 51, 53 f.  
Brüning, Heinrich 37  
Carstens, Karl 112, 115  
Dahlem, Franz 65f., 69f., 72, 88  
Dimitroff, Georgi 9  
Eckstein-Fonds 66  
Ehmke, Horst 91  
Eichler, Willy 92 f.  
Enderle, August 61, 65, 80  
Fabian, Walter 40, 71  
Falk, Erling 61  
Fay, Wilhelm 90  
Feuchtwanger, Lion 132  
Fick 47ff., 52  
Flamme (Deckname für  
Herbert Frahm) 58  
Frahm, Ludwig 22,24, 29, 35  
Frahm, Martha 22, 27  
Franco, Francisco 88  
Fritjof, Erik Arvid 131  
Frölich, Paul 40, 51,61,72f.  
Germer, Karl J. 102,108  
Gerstenmaier, Eugen 78  
Grezesinski, Albert 133  
Guillaume, Günther 7f., 119  
Hansson, Solveyg 130,134  
Heath, Edward 118  
Hertz 132  
Himmler, Heinrich 135  
Hitler, Adolf 41,63, 80, 85, 88,123,  
126 f.  
Honecker, Erich 38  
Kähding 47ff.,52  
Kennedy, John F. 112  
Kiesinger, Kurt-Georg 112,114f.  
Kissinger, Henry A. 115 f.  
Klepper 132  
Kloppenburger, Hermann 48 ff.  
Kohl, Helmut 103  
Kreisky, Bruno 83  
Kuhlmann, Emil 26 f.  
Landau, Katja 73  
Landau, Kurt 73  
Lania, Leo (Pseudonym für  
Lazar Herman) 21  
Lasalle, Ferdinand 24  
Leber, Julius 31, 35f., 54f.  
Lenin 14  
Luxemburg, Rosa 116, 119  
Mann, Heinrich 64, 132  
Martin (Deckname für  
Herbert Frahm) 58  
Marx, Karl 14, 24  
Meinen, Willi 43,46ff., 50ff., 120ff.  
Mewis, Karl 69ff., 84, 87f.,  
94f., 99  
Moising 47  
Münzenberg, Willy 66  
Myrdal, Alva 12  
Myrdal, Gunnar 83, 87

Naujock, August 43ff., 47ff., 55  
 Neumann, Franz 101,107  
 Ollenhauer, Erich 63, 98  
 Pieck, Wilhelm 66, 72  
 Rath, Willi 54ff.  
 Renger, Annemarie 97  
 Reuter, Ernst 101 f.  
 Rockefeller, Gebr. 115,117  
 Rothschild-Gruppe 10, 117  
 Schmidt, Helmut 8,103, 117  
 Schütz, Klaus 101  
 Schumacher, Kurt 92f., 95ff.  
 Seigewasser, Hans 38  
 Seydewitz, Max 36, 38, 87  
 Södermann, Nils 131  
 Sonnenfeldt, Helmut 116  
 Springer, Axel 109  
 Springer-Konzern 108,113f.  
 f., Stoss, Paul 41  
 Strauß, Franz Josef 103,105,109,  
 112,114f.  
 Strecker, Gabriele 90  
 Suhr, Otto 102, 107  
 Sutterlin, James 116  
 Ulbricht, Walter 66f., 81,111,113f.,  
 135 ff.  
 Vetter, Heinz Oskar 40  
 Währer, Dr. 47  
 Walcher, Jacob 38, 40, 60, 72f., 93,  
 96,99  
 Wehner, Herbert 7ff., 66f., 81, 85,  
 88, 100, 103 ff., 110, 112, 118 f.,  
 128 ff.  
 Wellmann, Hans 102  
 Wigger, Heinrich 50  
 Wilson, Harold 118  
 Wischnewski, Hans-Jürgen 117,135 f.

Ein ungewöhnliches  
Dokument  
zur politischen  
Zeitgeschichte:

# **DER WEISE**

*aus dem Sachsenland*

Herbert Wehner  
und sein Verständnis  
von Staat und Sozialdemokratie

Heinz Scholl · VZD

112 S., DM 12,-

# Aktuelle VZD-Sachbücher

Heinz Scholl

## Die Scheindemokratie

Das Bündnis der Linken mit  
Rockefeller, Rothschild & Co.

135 S., DM 16,-

Heinz Scholl

## Von der Wallstreet gekauft

Die Finanzierung Hitlers  
durch  
ausländische Finanzmächte

156 S., DM 24,-

Quina von Brackenhause

**CFR**

Council on Foreign  
Relations, Inc.  
Anatomie einer Elite  
110S., DM14,80

Heinz Scholl

## Bilderberger & Trilaterale

Internationale Cliques in der  
Strategie der US-Hochfinanz  
92 S., DM 8,90

Bei uns sind kritische Biographien erschienen über Willy Brandt, Helmut Schmidt und Henry Kissinger.

Falls Sie an weiteren VZD-Publikationen interessiert sind, schreiben Sie an den Verlag. Ihnen geht dann jeweils bei Neuerscheinungen unverbindlich Informationsmaterial zu.

y ^ Q

Verlag für zeitgenössische  
Dokumentation GmbH  
5350 Euskirchen

